



Bernd Hüttner/Axel Weipert (Hrsg.)

EMANZIPATION UND ENTTÄUSCHUNG

**PERSPEKTIVEN AUF DIE NOVEMBER-
REVOLUTION 1918/19**

INHALT

Vorwort	2
Gisela Notz Geächtet, verfolgt und inhaftiert	5
Der Kampf der Sozialistinnen um das Frauenwahlrecht	
Axel Weipert «Russische Zustände» an der Spree?	12
Die Revolution 1918/19, ihre Räte und die Rolle Russlands	
Stefan Bollinger Schwierigkeiten einer staatstragenden Partei mit der Revolution	20
Die Mehrheitssozialdemokratische Partei (MSPD) in den Jahren 1918/19	
Mario Hesselbarth Repräsentant der revolutionären sozialistischen Arbeiterschaft	29
Die Politik der USPD während der Novemberrevolution 1918/19	
Karsten Krampitz «Ecclesiam habemus!»	37
Vom Ende der Staatskirche: 100 Jahre Evangelische Kirche in Deutschland	
Julia Killet/Riccardo Altieri Kontrahent_innen und Gleichgesinnte	43
Die Rollen von Rosa Luxemburg und Kurt Eisner während der Novemberrevolution 1918/19	
Christian Dietrich «Kein innerer Frieden»	50
Eugen Levinés Rede vor dem bayerischen Standgericht im Juni 1919	
Anja Thuns «Cläre, mach' Du's!»	55
Erinnerungen von Frauen an die Revolutionsereignisse 1918/19	
Die Autor_innen	62

VORWORT

Das Land in der Mitte Europas tut sich schwer mit seinen revolutionären Traditionen. Zweifellos gehören sie nicht unbedingt zum Kern dessen, was bisweilen als «nationale Identität» bezeichnet wird. Und mehr noch: Vielfach gibt es nicht einmal ein breit verankertes Wissen über die revolutionäre Geschichte. Deshalb konnte vor einigen Jahren ein Sammelband zu den Ereignissen im November 1918 durchaus treffend mit «Die vergessene Revolution» übertitelt werden.¹ Sind die Deutschen also kein Volk von Revolutionär_innen? Oder zumindest keines, das sich stolz auf seine emanzipatorischen Traditionen besinnt? Stimmt am Ende vielleicht sogar, was Lenin angeblich über die Deutschen zu sagen wusste – dass sie sich, bevor sie einen Bahnhof stürmen, erst eine Bahnsteigkarte kaufen?

Begibt man sich auf Spurensuche in der deutschen Geschichte, wird dagegen klar: Deutschland ist reich an rebellischen Traditionen, an Kämpfen um Gleichberechtigung, um Anerkennung, um demokratischen und sozialen Fortschritt. Dazu zählen die Aufstände der Bauern im 16. Jahrhundert, deren wichtigste Programmschrift, die Zwölf Artikel, neben demokratischen auch wirtschaftliche und soziale Elemente enthielt. Außerdem ist hier die Revolution von 1848 zu nennen, in der es um konstitutionelle Reformen ging, aber ebenso um soziale Forderungen. Ein Höhepunkt dieser langen Reihe von Auseinandersetzungen war die Revolution nach dem Ersten Weltkrieg. Millionen Menschen engagierten sich für ihre Ziele und waren bereit, ein altes, morsches System durch ein neues zu ersetzen.

Zwar traten die alten Herrscher mit dem Kaiser an der Spitze unter dem Druck von unten erstaunlich geräuschlos ab. Bald wurde jedoch klar, dass die Revolution nicht nur Befürworter_innen hatte. Auch die Gegner_innen mobilisierten ihre Kräfte, um von ihren Privilegien

zu retten, was zu retten war. Es lohnt sich daher, die Revolution nicht nur aus der Perspektive ihrer Anhänger_innen, sondern auch der ihrer Widersacher_innen zu betrachten – erst diese Gesamtschau gibt ein stimmiges Bild, und nur so werden auch ihre Unzulänglichkeiten verständlich. Die Frage nach Erfolg oder Scheitern der Revolution bedarf also einer differenzierten Betrachtung.

Vieles von dem, was ab November 1918 gefordert und zum Teil durchgesetzt wurde, war bereits seit Langem artikuliert worden. Dazu zählt das allgemeine Wahlrecht für Frauen. Gisela Notz schildert in ihrem Beitrag diesen zähen Kampf. Zugleich macht sie darauf aufmerksam, dass sich die Befürworter_innen dieses Wahlrechts in vielen anderen Punkten keineswegs einig waren, was die Durchsetzung zusätzlich erschwerte. Dennoch gehörte das Frauenwahlrecht zu den großen, bleibenden Erfolgen dieser Revolution.

Andere Anliegen konnten nur in Ansätzen umgesetzt werden. Ein umfassendes Rätssystem wurde nicht geschaffen, lediglich Betriebsräte mit beschränkten Kompetenzen konnten etabliert werden. In den Kämpfen um die Räte finden sich allerdings sehr viel weiter reichende Forderungen – noch 1919 konnten dafür Hunderttausende mobilisiert werden, wie Axel Weipert zeigt. In ihrer Funktion als begrenzte Betriebsräte existiert diese neue Institution bis heute – auch hier zeigt sich, wie langfristig die Wirkungen der Revolution waren. Zugleich weist Axel Weipert auf einen wichtigen Faktor hin, der die Revolution von außen beeinflusste: die Ereignisse im revolutionären Russland.

Politischer Kampf erfordert Organisation. Eine der zentralen Organisationen der Revolution war die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Mario Hesselbarth zeichnet ihre Geschichte nach und kon-

statiert, dass sie der «politische Repräsentant der revolutionären sozialistischen Arbeiterschaft» gewesen ist. Ihre Erfolge waren in der Tat beeindruckend, binnen weniger Monate mobilisierte sie fast eine Million Mitglieder und trat zeitweise in die Regierung ein. Dennoch vermochte sie es letztlich nicht, die politische Entwicklung in ihrem Sinn nachhaltig zu beeinflussen.

Über die gesamte Dauer der Revolution, von November 1918 bis Juni 1920, stellte die SPD allein oder in Koalitionen die Regierung Deutschlands. In Stefan Bollingers Untersuchung fällt die Bilanz jedoch zwiespältig aus: Einerseits stehen auf der Habenseite viele Errungenschaften, andererseits setzte die SPD rasch und konsequent auf ein Bündnis mit den alten Eliten und damit auf die falschen Partner. Das konnte nicht ohne Folgen bleiben. Bollinger hält kritisch fest: «Der Klassenkompromiss der MSPD [Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands] war auf den ersten Blick erfolgreich, auf den zweiten ein Verhängnis.» Revolutionen geschehen nicht einfach, sie werden von Menschen gemacht. Gerade die Revolution von 1918 wurde von einer breiten Massenbewegung getragen. Dennoch verbinden wir dieses Ereignis nicht zu Unrecht auch mit einzelnen Persönlichkeiten. Dazu zählen Rosa Luxemburg und Kurt Eisner, deren Lebenswege und Aktivitäten in der Revolution Julia Killet und Riccardo Altieri nachzeichnen. Deutlich wird dabei: So einig sich die beiden in ihren langfristigen Zielen waren, so unterschiedlich waren doch ihre Vorstellungen vom richtigen Weg zum Sozialismus.

Wie Eisner war auch Eugen Leviné in München aktiv und gilt als einer der führenden Köpfe der Bayerischen Räterepublik. Seine Verteidigungsrede zählt zu den großen Gerichtsreden revolutionärer Politik. Christian Dietrich beschreibt in seinem Beitrag die Umstände der Rede und die Haltung dieser bemerkenswerten Persönlichkeit. Levinés Engagement war demnach getragen von hu-

manistischen Idealen, aber auch von einer basisdemokratischen Vorstellung von den Aufgaben der Räte. Gerade das Justizsystem gehörte zu den Bollwerken der alten Ordnung und bekämpfte die Revolution und ihre Protagonist_innen scharf – was sich nicht zuletzt im Todesurteil gegen Leviné niederschlug.

Zu den Kritiker_innen von Revolution und Republik zählten auch große Teile der protestantischen Kirchen. Karsten Krampitz zeigt auf, dass die Revolution zwar die protestantischen Landeskirchen bis heute neu ordnete, dafür aber in der Weimarer Zeit nur wenig Dank erntete. Die Loyalität zur untergegangenen Monarchie und zum Obrigkeitsstaat blieb stark und bildete die Voraussetzung dafür, dass das «protestantische Milieu zum Rekrutierungsgebiet demokratiefeindlicher Kräfte» wurde. Schließlich führte diese Haltung auch zu einer Offenheit gegenüber dem erstarkenden Nationalsozialismus, die im Katholizismus so nicht zu finden war.

Mit Widerständen ganz anderer Art hatten die Revolutionärinnen zu kämpfen – innerhalb wie außerhalb der revolutionären Bewegung, denn Skepsis schlug ihnen oft auch vonseiten ihrer männlichen Mitstreiter entgegen. Anja Thuns kritisiert zudem, dass die vielfältige Beteiligung von Frauen an der Umwälzung noch immer viel zu wenig gewürdigt wird. Frauen demonstrierten, organisierten Aktionen und artikulierten selbstbewusst ihre Anliegen, wie die von Thuns ausgewerteten Dokumente zeigen. Damit eröffnet sich zugleich eine wichtige Ebene der Revolutionsgeschichte: die Frage nach den Motiven und Erfahrungen der einzelnen Beteiligten.

Gerade mit Blick auf die Ereignisse vor 100 Jahren zeigt sich deutlich: Deutschland verfügt über eine beeindruckende revolutionäre Geschichte. Das wird auch keineswegs durch die Tatsache geschmälert, dass in den Jahren 1918 bis 1920 nicht alle Deutschen Anhänger_innen der Revolution waren oder alle Anhänger_innen die gleichen Ziele verfolg-

ten. Gerade in Zeiten, in denen politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend infrage gestellt werden, sind Diskussionen ebenso notwendig wie kontrovers. Wir sind gut beraten, uns unserer emanzipatorischen Wurzeln zu erinnern und um deren Deutung zu streiten. Die Revolution von 1918 bis 1920 kann dabei den Blick besonders für zwei Aspekte schärfen. Einerseits zeigt sie uns, dass gesellschaftlicher Fortschritt erkämpft werden muss, dass viele unserer Freiheiten heute auf das Engagement der damaligen Revolutionär_innen zurückgehen. Zum anderen

erinnert sie uns daran, dass viele der mit ihr verbundenen Ziele und Hoffnungen noch immer auf ihre Verwirklichung warten. Wenn die vorliegende Broschüre dazu einen Beitrag leisten kann, hat sie ihren Zweck erfüllt.

In diesem Sinne wünschen wir eine anregende Lektüre.

Bernd Hüttner und Axel Weipert

Bremen/Berlin, Juni 2018

¹ Gallus, Alexander (Hrsg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010.

Gisela Notz

GEÄCHTET, VERFOLGT UND INHAFTIERT DER KAMPF DER SOZIALISTINNEN UM DAS FRAUENWAHLRECHT

In der Erklärung des Rates der Volksbeauftragten, der im Zuge der revolutionären Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg ab dem 10. November 1918 die höchste Regierungsgewalt innehatte, an das deutsche Volk vom 12. November 1918 heißt es eindeutig: «Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht [...] für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.»¹ Mit der Formulierung «alle männlichen und weiblichen Personen» war eine Forderung der Frauenbewegungen erfüllt, für die sie – wenn auch von unterschiedlichen Standpunkten aus und mit unterschiedlichen Zielsetzungen – jahrelang mit viel Ausdauer, Mut und Fantasie gekämpft hatten. Die Frauen in Deutschland haben das Wahlrecht nicht geschenkt bekommen, seine Einführung war vielmehr das Ergebnis eines langen Frauenrechts- und Klassenkampfes. Denn gerade in dieser Frage bestand «ein enormer Unterschied zwischen arbeitenden Frauen und den besitzenden Ladies, zwischen einer Dienerin und ihrer Herrin».² Ohne den Kampf der Sozialistinnen, die hartnäckig an drei «Fronten» kämpfen mussten – gegen die Repressionen durch die Behörden, gegen die Frauenfeindlichkeit mancher Genossen und gegen viele bürgerliche Frauen – wäre das Frauenwahlrecht nicht durchgesetzt worden.

Ein langer, schwieriger Kampf

In vielen Veröffentlichungen zum 100. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts werden heute vor allem Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung, die für das Stimmrecht gekämpft haben, hervorgehoben.³ Vergessen wird der Kampf der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung, ohne den das

allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen nicht durchgesetzt worden wäre.

Zwar forderte Louise Otto (1819–1895), die Begründerin der bürgerlichen Frauenbewegung, bereits 1843 «die Theilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben».⁴ Für sie und ihre Mitstreiterinnen war das Frauenwahlrecht also durchaus zentral, doch sie sahen in ihm ein Fernziel: Sie fürchteten, dass die meisten Frauen noch nicht in der Lage seien, das Recht selbstständig zu nutzen, und dass Interessenverbände und Parteien die Frauen für ihre Zwecke instrumentalisieren könnten. Anders die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1831–1919): Sie rief 1873 den Frauen zu: «Fordert das Stimmrecht, denn über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau.»⁵ Damit war sie ihrer Zeit weit voraus. Politisches Engagement vertrug sich nicht mit dem bürgerlichen Frauenideal.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht war nicht zuletzt deshalb schwierig, weil Frauen – bedingt sowohl durch ihre unterschiedliche soziale Herkunft als auch ihre unterschiedlichen politischen Vorstellungen – nicht die gleichen Interessen einbrachten. In Deutschland trat der «radikale Flügel» der bürgerlichen Frauen für gleiche politische Rechte als Voraussetzung für die Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft ein.⁶ Die «gemäßigten Bürgerlichen», seit 1894 im Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) organisiert, stritten darum, ob Frauen ein allgemeines und demokratisches Wahlrecht einfordern sollten, das in Preußen bis 1918 nicht einmal für die Männer der unteren Schichten galt, oder ob sie die Anpassung an die Rechte «ihrer» Männer fordern sollten, das heißt ein Wahlrecht, gestaffelt in drei oder vier Klassen

je nach Höhe der gezahlten Steuern, und damit ein beschränktes «Damenwahlrecht».⁷

Die völlig rechtlose Situation der Arbeiterinnen und Dienstmädchen nahmen sie nicht in den Blick. So kam es kaum zu gemeinsamen Aktionen, eher zu Behinderungen. Ohnehin war es für die bürgerlichen Frauen schwierig, weil keine der bürgerlichen Parteien die Forderung der Frauen nach dem Frauenwahlrecht unterstützte.⁸ Bis zu seiner Durchsetzung waren es lediglich die beiden sozialdemokratischen Parteien MSPD und USPD, die sich für ein allgemeines und demokratisches Wahlrecht für alle Staatsbürger_innen ohne Unterschied des Geschlechts einsetzten.

Auf der Frauenstimmrechtskonferenz der «Bürgerlichen» 1899 in London schlossen sich sowohl Anhängerinnen eines eingeschränkten als auch eines allgemeinen Wahlrechts zusammen. Erst 1902 gründeten Anita Augspurg (1857–1943) und Lida Gustava Heymann (1868–1963) in Hamburg den Verein für Frauenstimmrecht. 1904 nahm der Verband unter Ausschluss der Sozialistinnen am Internationalen Frauenstimmrechtskongress in Berlin teil. Auf dem Kongress wurde der Weltbund für das Frauenstimmrecht unter dem Vorsitz von Marie Stritt (1855–1928) gegründet.⁹ Der Weltbund verfolgte strikte Neutralität in der Frage, welche Frauen von den Wahlrechtserweiterungen profitieren würden. Das förderte Marie Stritts Popularität, verhinderte aber eine einheitliche «Marschrichtung» der «Bürgerlichen».

Der Interessengegensatz zwischen Proletarierinnen und «Bourgeoisdamen»¹⁰ schien unüberwindlich. Viele konservative Frauen hielten die Forderung bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs hinein für verfrüht, weil der öffentliche Widerstand gegenüber Frauen in der Politik zu groß erschien oder weil sie ohnehin an der propagierten «natürlichen» Bestimmung der Frau, die ihren Platz in der Familie finden sollte, festhielten. Zu ihnen zählte der Deutsch-Evangelische Frauenbund, der noch

1917 aus dem Bund Deutscher Frauenvereine austrat, weil Ersterer die Forderung nach dem allgemeinen Frauenstimmrechts nicht mittragen wollte.¹¹

Frauenwahlrecht und proletarische Frauenbewegung

Im Unterschied zu anderen Parteien kämpfte die SPD seit ihrer Gründung 1863 für die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts und hielt daran – später gemeinsam mit der USPD – bis zu seiner Einführung 1918 fest.¹² Für die proletarische Frauenbewegung stand das Frauenwahlrecht, in Verbindung mit der Forderung nach einer allgemeinen Wahlrechtsreform, von Anbeginn auf dem Programm. Nach dem Motto «Können wir nicht wählen, so können wir doch wühlen!» beteiligten sich viele Frauen an den Wahlkämpfen sozialdemokratischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter.¹³ Sie wollten damit der Partei zum Sieg verhelfen, die ihre Anliegen unterstützte. Darüber berichteten Ottilie Baader (1847–1925), die Zentralvertrauensperson der SPD-Frauen, und Pauline Staegemann (1883–1909), die Begründerin des Berliner Arbeiter- und Mädchenvereins von 1873.¹⁴

Bereits auf dem Internationalen Arbeiterkongress, der vom 14. bis 20. Juli 1889 in Paris tagte, hatte Gertrud Guillaume-Schack (1845–1903) – unterstützt durch Clara Zetkin (1857–1933) und Emma Ihrer (1857–1911) – das uneingeschränkte Frauenstimm- und Wahlrecht gefordert.¹⁵ Die Proletarierinnen wussten, dass sie von den bürgerlichen Frauen keine Unterstützung zu erwarten hatten: «Die Arbeiterfrauen», so Clara Zetkin auf dem Kongress, «welche nach sozialer Gleichheit streben, erwarten für ihre Emanzipation nichts von der Frauenbewegung der Bourgeoisie, welche angeblich für Frauenrechte kämpft.»¹⁶ Zetkin unterstrich, dass sich die Interessen widersprechen: Während die bürgerliche Frauenbewegung für eine Stärkung der Position der Frauen im herrschenden System eintrat, ging

es Zetkin und ihren Mitstreiterinnen um das Frauenwahlrecht als Mittel im Kampf gegen den Kapitalismus. Die Dynamik dieses Widerstands machte Zetkin auch 20 Jahre später auf der Konferenz sozialistischer Frauen in Mannheim 1906 deutlich: «Die Forderung der Frau, als Persönlichkeit mittels des aktiven und des passiven Wahlrechts den ihr gebührenden Platz in Staat und Gemeinde auszuüben, hat ihre wichtigste treibende Kraft durch die wirtschaftliche Entwicklung und durch die kapitalistische Produktion erhalten.»¹⁷ Aber den Sozialistinnen ging es nicht um den «Kampf gegen die Männerwelt ihrer Klasse», sondern um den «Kampfe gegen die Kapitalistenklasse und gegen die kapitalistische Ordnung».¹⁸ Daran hatten die Bürgerlichen kein Interesse. Auch Luise Zietz (1865–1922), damals im Parteivorstand der SPD, ging mit den bürgerlichen «Schwestern» ins Gericht. Der größte Teil würde sich mit einem «beschränkten Frauenwahlrecht» zufriedengeben und sich nicht darum kümmern, wenn die große Masse der Proletarierinnen weiter in politischer Rechtlosigkeit gehalten würde.¹⁹

Keine der führenden Frauen der proletarischen Frauenbewegung blieb von Verfolgung verschont, während viele «Bürgerliche» ungehindert konservative Politik betreiben konnten.

Viele Sozialistinnen, die in Deutschland für ihre Anliegen kämpften, wurden gesellschaftlich geächtet, diskriminiert und verfolgt und nicht selten ins Gefängnis geworfen. Schließlich war von 1878 bis 1890 Bismarcks «Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Social-Demokratie» in Kraft, das sämtliche Basisaktivitäten von Parteien, Gewerkschaften und anderen sozialistischen Zusammenschlüssen betraf und auch nach 1890 das gesellschaftliche Klima weiter mitprägte. Sozialistische Frauen waren einer doppelten Un-

terdrückung und Verfolgung durch die Staatsgewalt ausgesetzt, weil Frauen erst seit 1908 mit Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes einer politischen Partei oder Organisation beitreten konnten. Keine der führenden Frauen der proletarischen Frauenbewegung blieb von Verfolgung verschont, während viele «Bürgerliche» ungehindert konservative Politik betreiben konnten.

Erst nach 1908 durfte der Wahlrechtskampf offen und offensiv geführt werden. August Bebel (1840–1913), Parteivorsitzender der SPD, beantragte 1875 auf dem Gothaer Parteitag, der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht für alle Staatsbürger die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen hinzuzufügen. Durchsetzen konnte er sich damit jedoch (noch) nicht. Ausdrücklich betonten die sozialdemokratischen Männer, dass die Ablehnung des Frauenwahlrechts nicht aus prinzipiellen Gründen erfolge, sondern aus «taktischen» Erwägungen, weil man sich von den Frauen keinen Stimmen- oder Mitgliederzuwachs für die SPD erhoffte.²⁰ Im Gothaer Programm hieß es: «Allgemeines,

gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an.» Alle Staatsangehörigen waren eben alle Männer. Erst auf dem

Parteitag 1891 in Erfurt konnte Clara Zetkin die (meisten) Genossen davon überzeugen, dass «allgemein und gleich» auch die Frauen einschließen müsse. Im Parteiprogramm hieß es jetzt: «ohne Unterschied des Geschlechts».

Diese Formulierung im Reichstag durchzusetzen war nicht zuletzt deshalb schwierig, weil ihm bis zum Ende des Kaiserreichs keine Frauen angehörten. Als August Bebel 1895 gemeinsam mit Ignaz Auer (1846–1907) den Gesetzentwurf einbrachte, der die Einführung des Frauenstimmrechts zum Inhalt hatte,

musste er es ertragen, dass er von den Männern aller übrigen Parteien deswegen belächelt wurde. 1906 wurde derselbe Antrag als «Gesetzentwurf Albrecht und Genossen» wiederholt, durch Eduard Bernstein (1850–1932) begründet und erneut abgelehnt.

1903 beschloss der SPD-Parteitag, in allen Wahlrechtskämpfen auch das Frauenstimmrecht zu betonen.²¹ Die durch die Frauen organisierten Veranstaltungen erfreuten sich regen Zulaufs. Otilie Baader bezeichnete die Wahlrechtsbewegung von 1905/06 als die «umfassendste und kräftigste Aktion für das Frauenstimmrecht [...], die wir in Deutschland bis jetzt gehabt haben», obwohl die Forderung «mehrfach von den Genossen vergessen» worden sei.²² Schließlich wurde auf der SPD-Frauenkonferenz 1906 in Mannheim der Beschluss gefasst, die Forderung nach dem Frauenstimmrecht in den Mittelpunkt der SPD-Politik zu stellen – diesmal ohne Rücksicht auf taktische Überlegungen.²³

Die SPD-Frauen hatten erkannt, dass das Problem auf nationaler Ebene nicht zu lösen war. Auf der ersten Internationalen Sozialistischen

überzeugte die internationalen Gäste von der Notwendigkeit der Einrichtung eines internationalen Frauensekretariats, um die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Frauen zu intensivieren.²⁴

Bei der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 26. und 27. August 1910 in Kopenhagen brachte Clara Zetkin gemeinsam mit Käthe Duncker (1871–1853) und Gertrud Hanna (1876–1944), damals Leiterin des Frauensekretariats bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die Durchführung eines Frauentags zur Abstimmung, «der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht» dienen sollte.²⁵ Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die sozialistische Frauenbewegung richtete sich nicht allein auf die Einführung des Frauenwahlrechts. Vielmehr verstand sie es im Kampf um Gleichberechtigung als Teil der «ganzen Frauenfrage», zu der eine ganze Reihe von Forderungen gehörte wie etwa die nach Schutz der Arbeiterinnen am Arbeitsplatz, sozialer Fürsorge für Mutter und Kind, Gleichbehandlung von verheirateten

und ledigen Müttern, Bereitstellung von Kinderkrippen und Kindergärten, freie Schulmahlzeiten und Lehrmittelfreiheit. Auch das unterschied sie von der radikalen bür-

Der Beginn des Ersten Weltkriegs vertiefte den Riss zwischen den Frauenbewegungen. Internationale Zusammenschlüsse waren kaum mehr möglich. Frauentage wurden von den Behörden verboten.

Frauenkonferenz 1907 in Stuttgart legten die Sozialistinnen eine einheitliche Marschroute für den Frauenwahlrechtskampf fest. Die Parteien aller Länder verpflichteten sich, energisch für die Einführung des uneingeschränkten allgemeinen Frauenwahlrechts einzutreten. Auf Vorschlag von Luise Zietz wurde ein Internationales Frauensekretariat gegründet. Zur Sekretärin wurde Clara Zetkin gewählt. Die Zeitschrift *Die Gleichheit* wurde zum internationalen Organ bestimmt. Rosa Luxemburg (1871–1919) hielt eine flammende Rede und

gerlichen Frauenbewegung, deren Forderungen sich in der Einführung des Frauenwahlrechts erschöpften, weil sie der Meinung waren, damit wäre die Emanzipation der Frauen durchgesetzt.²⁶

Der Frauentag am 19. März 1911 wurde ein voller Erfolg. «Eine wuchtige, sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht», so geht es aus einem Bericht des SPD-Parteivorstands hervor.²⁷ Etliche Frauen der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung nahmen an den Veranstaltungen teil oder überbrach-

ten Grußadressen. Da die bürgerlichen Frauen sich in diesem Fall hinter die Forderungen der proletarischen Bewegung stellten, war ein vereintes Demonstrieren möglich. *Die Gleichheit* berichtete anschließend: «Zahlreiche Polizeimannschaften in der Nachbarschaft der Versammlungslokale bewahrten revolvegrüstet die Stadt vor dem Umsturz der Frauen.»²⁸ In vielen Orten des Reichs fanden Versammlungen statt, auf denen Resolutionen zum Frauenstimmrecht beschlossen wurden. Bürgerliche Depeschbüros schätzten die Zahl der Teilnehmer_innen auf 30.000 – «höchstwahrscheinlich gut über die Hälfte zu niedrig», vermutete *Die Gleichheit*.

Auch im Jahr 1912 fanden Hunderte von Frauenversammlungen statt, die das Interesse der Frauen an den Reichstagswahlen unterstrichen. In Stuttgart hielt Rosa Luxemburg am 12. Mai 1912 eine Rede zu «Frauenwahlrecht und Klassenkampf», in der sie unter dem Motto «Her mit dem Frauenwahlrecht!» die politische Rechtlosigkeit der Frauen scharf verurteilte. Die kraftvolle Bewegung von Millionen Proletarierinnen, die ihre politische Rechtlosigkeit als Unrecht empfanden, wertete sie als ein «untrüglisches Zeichen» dafür, «dass die gesellschaftlichen Grundlagen der bestehenden Staatsordnung morsch und ihre Tage gezählt sind».²⁹

Der Beginn des Ersten Weltkriegs vertiefte den Riss zwischen den Frauenbewegungen. Internationale Zusammenschlüsse waren kaum mehr möglich. Frauentage wurden von den Behörden verboten. Sozialistinnen kämpften – wenn auch überschattet von den Kriegereignissen und teilweise beschäftigt mit kommunaler Fürsorge – weiter für das Frauenwahlrecht. Gertrud Bäumer (1873–1954) schuf aus patriotischer Motivation mit dem Ziel der «Aufrechterhaltung der Heimatfront» den Nationalen Frauendienst. Etlliche sozialdemokratische Frauen, unter ihnen auch Marie Juchacz (1879–1956), folgten der Aufforderung. Viele Frauen schlossen sich

der 1917 gegründeten USPD an, weil sie die Kriegspolitik der SPD-Führung nicht weiter mittragen konnten.

Gemeinsames Vorgehen von bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegungen

Das nahende Kriegsende, die politischen Unruhen und die revolutionäre Stimmung gaben der Frauenstimmrechtsbewegung neuen Aufschwung. Das bürgerliche Frauenstimmrechtslager schloss sich zusammen und begann, mit der sozialdemokratischen Frauenbewegung zusammenzuarbeiten. Gemeinsam wurden nun Frauenversammlungen in vielen größeren Städten veranstaltet. Der «gemäßigte» Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung hielt sich allerdings bis zuletzt ganz fern. Die im Reichstag vertretenen Parteien verhielten sich weiterhin ablehnend. Am 22. März 1917 legten Eduard Bernstein (SPD) und Genossen den Gesetzentwurf für das allgemeine Wahlrecht «ohne Unterschied des Geschlechts» erneut vor – er wurde auch dieses Mal abgelehnt.

Im Dezember 1917 wurde dem Preußischen Landtag eine «Erklärung zur Wahlrechtsfrage» überbracht. Die Erklärung war von Marie Juchacz für die Frauen in der MSPD, Marie Stritt für den Deutschen Reichsbund für Frauenstimmrecht und Minna Cauer (1841–1922) für den Deutschen Bund für Frauenstimmrecht unterschrieben. Die USPD hatte die Unterstützung der Erklärung abgelehnt, weil sie eine eindeutig sozialistisch ausgerichtete Republik anstrebte. Clara Zetkin sah in der gemeinsamen Erklärung den Beweis, dass «die sozialdemokratische Frauenbewegung zu einer Nichts-als-Reformbewegung entartet [war], die die bürgerliche Ordnung nicht stürzen, sondern stützen will».³⁰ Entsprechende Gesetzentwürfe der SPD zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts wurden noch bis Juli 1918 vom Reichstag abgelehnt.³¹

Endlich das Frauenwahlrecht

Deutschland war mitten im politischen Umsturz, als die Frauenrechtlerinnen endlich ihr Ziel erreichten. Ausgehend vom Matrosenaufstand Anfang November 1918 in Kiel, bildeten sich zu Beginn der Revolution von 1918/19 in nahezu allen größeren deutschen Städten revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte, die die politische Macht übernahmen. Sie forderten Frieden, Demokratie und die Abdankung des Kaisers sowie der übrigen Herrscher in Deutschland. Nach der Erklärung des Thronverzichts durch den Reichskanzler am 9. November und der Flucht des Kaisers am 11. November 1918 brach der Obrigkeitsstaat zusammen. Obwohl viele Frauen an den revolutionären Aktionen beteiligt waren, waren nur wenige in der revolutionären Rätebewegung aktiv; unter ihnen Toni Sender (1888–1964) in Frankfurt am Main, Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann in München sowie Anna Nemitz (1873–1962) in Groß-Berlin. Auf dem Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin waren unter den 496 Delegierten zwei Frauen: Käthe Leu aus Danzig und Klara Noack aus Dresden.³²

Frauen in den Parlamenten

Am 19. Januar 1919 zur Wahl der verfassungsgebenden Nationalversammlung durften Frauen erstmals bei einer landesweiten Wahl in Deutschland an die Wahlurnen treten und sich selbst zur Wahl stellen. Die KPD, die am 1. Januar 1919 gegründet worden war, nahm nicht an dem Urnengang teil, weil sie die Räterepublik durchsetzen wollte. Für die Linken stand die Wahl im Schatten der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (1871–1919) – vier Tage vor dem Wahltermin. Die Wahlbeteiligung war mit 82,4 Prozent der wahlberechtigten Männer und 82,3 Prozent der Frauen hoch. Insgesamt zogen mit vier Nachrückerinnen 41 Frauen in

die Nationalversammlung ein.³³ Das war ein Anteil von fast zehn Prozent der Abgeordneten. Ein Frauenanteil in dieser Höhe wurde auf nationaler Ebene erst bei der Bundestagswahl im Jahr 1983 wieder erreicht. Am 14. August 1919 wurde die Weimarer Verfassung verkündet. Keine Partei versuchte mehr, das Frauenstimmrecht anzutasten.

Obwohl für die Wahl nur wenige geschlechtsdifferenzierte Daten vorliegen, lassen Wahlanalysen vermuten, wenn auch nicht beweisen, dass die absolute Mehrheit der Sozialdemokratie durch die Einführung des Frauenwahlrechts verhindert wurde. Frauen wählten offenbar mehrheitlich konservative Parteien,³⁴ von denen keine einzige sie in ihren Kämpfen unterstützt hatte. Einigkeit herrscht in der Interpretation der Wahlanalysen der Weimarer Zeit darin, dass das die konservativen Parteien begünstigende Wahlverhalten der Frauen in erster Linie Ausdruck ihrer stärkeren kirchlichen Bindungen war.³⁵

Von den 467 Parlamentsmitgliedern, die im Juni 1920 in den Deutschen Reichstag der Weimarer Republik einzogen, waren 37 (8,7 Prozent) Frauen, vier Nachrückerinnen kamen später hinzu. 22 Parlamentarierinnen gehörten SPD und USPD an, die restlichen 15 verteilten sich auf die konservativen, liberalen und katholischen Parteien.³⁶

Am 19. und 20. Februar 1919 sprachen Marie Juchacz für die MSPD und Luise Zietz für die USPD als erste Frauen vor einem deutschen Parlament.³⁷ Mit der Anrede «Meine Herren und Damen» lösten sie Heiterkeit aus. «Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf», stellte Marie Juchacz fest. Sie war sich sicher, dass die Frauen der Regierung nicht zu Dank verpflichtet waren: «Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit; sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.» Luise Zeitz kommentierte die ersten Vorlagen der Regierung und wurde immer

wieder durch Zwischenrufe unterbrochen, während sie die Gemeinsamkeiten zwischen SPD- und USPD-Frauen hervorhob.³⁸

Die Sozialistinnen brachten frischen Wind und neue Themen in das Parlament, denn sie sorgten dafür, dass soziale Probleme, die die unteren Schichten betrafen, zu denen die meisten als Dienstmädchen, Weberinnen oder Heimarbeiterinnen einmal selbst gehört hatten, öffentlich diskutiert wurden und dass die Sozialgesetzgebung nach deren Interessen weiterentwickelt wurde. Die liberalen und konservativen Volksvertreterinnen sahen sich und agierten eher als Repräsentantinnen ihres Standes.

1 Ebert/Haase/Scheidemann/Landsberg/Dittmann/Barth: Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918, in: Reichs-Gesetzblatt 1918, S. 1303–1304. **2** Kollontai, Alexandra: Was ist der Frauentag?, in: Prawda, 23.2.1913. **3** Vgl. zum Beispiel die meisten Beiträge in: Rohner, Isabel/Beerheide Rebecca (Hrsg.): 100 Jahre Frauenwahlrecht. Ziel erreicht! ... und weiter?, Sulzbach/Taunus 2017. **4** Otto, Louise: «Die Theilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben», in: Sächsische Vaterlandsblätter, 22.8.1843, S. 591 ff. **5** Dohm, Hedwig: Der Jesuitismus im Hausstande, zitiert nach Hervé, Florence/Nödinger, Ingeborg: Lexikon der Rebellinnen, Dortmund 1996, S. 71. **6** Vgl. Notz, Gisela/Wickert, Christl: Frauenwahlrechtskämpfe – Misserfolge und Erfolge, in: Ferner, Elke (Hrsg.): 90 Jahre Frauenwahlrecht!, Berlin 2008, S. 17 f. **7** Zetkin, Clara: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958, S. 221. **8** Clemens, Bärbel: Der Kampf um das Frauenstimmrecht in Deutschland, in: Wickert, Christl (Hrsg.): «Heraus mit dem Frauenwahlrecht!», Pfaffenweiler 1990, S. 51–123, hier S. 109. **9** Zu Marie Stritt vgl. Schüller, Elke: Marie Stritt – Eine «kampffrohe Streiterin» in der Frauenbewegung (1855–1928), Königstein/Taunus 2005,

S. 143. **10** Die Gleichheit, 18.4.1894, S. 63. **11** Hofmann-Göttig, Joachim: Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986. **12** Vgl. auch Notz/Wickert: Frauenwahlrechtskämpfe, S. 11–40. **13** Wickert: Heraus mit dem Frauenwahlrecht, S. 72. **14** Notz, Gisela: Zum Wirken und zur Person von Pauline Staegemann (1883–1909), in: ASF-Brandenburg (Hrsg.): Pauline-Staegemann-Preis, Dokumentation, Potsdam 2004, S. 4–9 und Baader, Ottillie: Ein steiniger Weg, Berlin/Bonn 1979. **15** Kirchner, Jürgen: Zur Frauendelegation auf dem Gründungskongress der II. Internationale, in: Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft «Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau». X. Clara-Zetkin-Kolloquium, Leipzig 1989, S. 8–15, hier S. 13. **16** Zetkin, Clara: Für die Befreiung der Frau! Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongress zu Paris am 19.7.1889, in: Zetkin, Clara: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1957, S. 3–11, hier S. 3. **17** Zetkin, Clara: Zur Frage des Frauenwahlrechts. Bearbeitet nach dem Referat auf der Konferenz sozialistischer Frauen zu Mannheim, Berlin 1907, S. 84 f. **18** Ebd. **19** Zietz, Luise: Die Frauen und der politische Kampf, Berlin 1912, S. 27. **20** Zetkin: Zur Geschichte, S. 145. **21** Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Protokolle der Frauenkonferenz 1906 in Mannheim, S. 117, 288, 292 u. 296 f. **22** Ebd., S. 403. **23** Zetkin: Zur Frage des Frauenwahlrechts. **24** Siehe hierzu Notz, Gisela: «Her mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!» Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht, Bonn 2008, S. 31 f. **25** Ebd., S. 32. **26** Der Reichsverband für Frauenstimmrecht löste sich 1919, nachdem das Frauenwahlrecht durchgesetzt war, sogar auf. Siehe Schüller, Elke: Marie Stritt. Eine «kampffrohe Streiterin» in der Frauenbewegung (1855–1928), Königstein/Taunus 2005, S. 205 f. **27** Frauenbüro beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.): Informations- und Referentenmaterial, Bonn o. J., o. S. **28** Die Gleichheit, 27.3.1911, S. 200. **29** Luxemburg, Rosa: Frauenwahlrecht und Klassenkampf, in: Frauenwahlrecht – Propagandaschrift zum II. sozialdemokratischen Frauentag, Stuttgart, 12.5.1912. **30** Zetkin: Zur Geschichte, S. 220. **31** Stenographisches Protokoll Reichstag, S. 5912. **32** Arbeiter- und Soldatenräte Berlin 1918. Stenographische Berichte, Glashütten/Taunus 1972, S. 198–214. **33** Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 4/1919, Berlin 1919, S. 278 ff. **34** Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD, Bonn 1983. **35** Beyer, Hans: Die Frau in der politischen Entscheidung, Stuttgart 1933; Breme, Gabriele: Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Stuttgart 1956. **36** Notz: Her mit dem allgemeinen Wahlrecht, S. 45. **37** Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 177 f. **38** Ebd., S. 233.

Axel Weipert

«RUSSISCHE ZUSTÄNDE» AN DER SPREE? DIE REVOLUTION 1918/19, IHRE RÄTE UND DIE ROLLE RUSSLANDS

Oft wird den Deutschen nachgesagt, sie seien kein Volk von Revolutionär_innen. Vor 100 Jahren aber war das Gegenteil richtig, auch wenn diese revolutionäre Tradition im öffentlichen Bewusstsein weitgehend verschüttet ist. Um diesem Vergessen entgegenzuwirken, sollen im Folgenden drei Aspekte, die besondere Aufmerksamkeit verdienen, eingehender betrachtet werden: erstens die basisdemokratisch-sozialistische Rätebewegung als zentraler Akteur dieser Revolution, zweitens die zweite Phase der Revolution ab dem Frühjahr 1919, in der das parlamentarische System endgültig gegenüber dem Räte-system durchgesetzt wurde, und drittens die Verbindungslinien zwischen der deutschen und der russischen Revolution, denn Letztere war Vor- und Schreckbild der deutschen Revolution, zugleich aber nicht nur räumlich weit von ihr entfernt.

Revolution und Rätebewegung

Die deutsche wie die russische Revolution sind nur vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs zu verstehen.¹ Nach den blutigen Kriegsjahren war die Friedenssehnsucht breiter Bevölkerungskreise in beiden Ländern groß. Hinzu kamen die dramatisch zugespitzte Versorgungslage und damit verbunden ein enormer Autoritätsverlust des Staates. Bereits während des Krieges war es in Deutschland mehrfach zu umfangreichen politischen Streiks gekommen, erstmals 1916 und dann vor allem im April 1917 und Januar 1918. Anfangs handelte es sich bei der Revolution folgerichtig um eine Bewegung gegen den Krieg und das alte politische System. Klare Ziele gab es zunächst noch nicht und folglich auch keine fertigen Konzepte in den Schubladen der

Revolutionär_innen, die nur noch hätten umgesetzt werden müssen.

Die kaiserliche Reichsleitung fand nach der erzwungenen Abdankung des Monarchen einen Nachfolger im Rat der Volksbeauftragten, einer Koalition aus den beiden sozialdemokratischen Parteien SPD und USPD. Nach dem 9. November 1918 leiteten zunächst die beiden Vorsitzenden, Friedrich Ebert und Hugo Haase, gemeinsam die Regierung. Gestützt auf die alten Beamten gelang es Ebert jedoch binnen kurzer Zeit, zur bestimmenden Kraft im Rat der Volksbeauftragten zu werden.

Ein wichtiges Ereignis war der Abschluss des Waffenstillstands an der Westfront am 11. November 1918. Er markiert bereits einen ganz entscheidenden Unterschied zwischen der deutschen Revolution und ihrem russischen Pendant im Februar 1917: denn in Russland wurde auch nach dem Sturz der Monarchie weitergekämpft. Das kostete die dortige provisorische Regierung einen großen Teil ihrer Unterstützer_innen und machte die Oktoberrevolution überhaupt erst möglich.

Die Revolution in Deutschland ist untrennbar mit der Gründung von Räten verbunden. In den ersten Tagen waren sie die zentralen Akteure der Umwälzung, Anhänger_innen und Gegner_innen identifizierten sie geradezu mit der Revolution selbst. Sie waren prädestiniert als Instrument der Massen, da sie lokal und relativ unkompliziert entstanden. Und sie ermöglichten eine direkte Einflussnahme der Wähler_innen auf politische Fragen. Es war überhaupt ein wesentliches Merkmal dieser Revolution, dass sie nicht zentral geplant war oder durch eine einzelne Gruppe gelenkt wurde.

Auch in den Revolutionen in Russland von 1905 und 1917 hatten sich Räte gebildet. Dennoch kann man nicht einfach von der Kopie

eines «russischen Musters» in der deutschen Revolution sprechen. Denn die sozialen und politischen Rahmenbedingungen in beiden Ländern waren sehr unterschiedlich. Das lässt sich an vielen Punkten festmachen. Deutschland war ein hoch entwickeltes Industrieland mit einer starken und zumindest teilweise in das politische System integrierten Arbeiterbewegung. Im Gegensatz dazu war Russland noch ganz überwiegend agrarisch geprägt. Die zaristische Autokratie hatte außerdem eine Einbindung der Arbeiterbewegung immer abgelehnt und sie so zu einem unversöhnlichen Gegner der alten Ordnung gemacht.

Kerngedanke des Rätensystems war die Vorstellung einer umfassenden Demokratisierung von unten.² Gewählte Vertreter_innen sollten stets mit ihren Wähler_innen in engem Austausch stehen, diesen gegenüber verantwortlich sein und auch jederzeit abgewählt werden können. Eine Reihe von Merkmalen des Rätensystems sollte das sicherstellen – wenn auch kaum ein realer Rat alle diese Punkte erfüllte: Demnach bilden gewählte Räte Gremien, die gesetzgebende und verwaltende Funktionen vereinen. Jeder Rat wird von seinen Wähler_innen mit einem imperativen Mandat ausgestattet und kann also jederzeit von diesen abberufen werden. Ein wichtiger Unterschied zwischen Räten und einem parlamentarischen Repräsentativsystem besteht darin, dass die Räte nicht nur als Organisationsstruktur zu denken sind. Vielmehr sind sie ganz bewusst auch als das entscheidende Instrument zum Aufbau eines Rätensystems konzipiert. Ziel und Mittel fallen also zusammen. Das bedeutet konkret, dass den Räten eine Doppelrolle zukommt: als Forum der Willensbildung und als Organisator der politischen Aktivitäten. Die Basis kann dabei ganz entscheidenden Einfluss ausüben und beispielsweise Aktionen auch gegen den Willen der Führer_innen der Räte beschließen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass sich die Aktivität der Wähler_innen auch in

der Praxis nicht auf den Wahlakt beschränkte: Streiks oder Demonstrationen wurden immer von der Basis selbst durchgeführt. Damit verfügten die Räte über eine starke demokratische Legitimation – vor allem, nachdem die ersten, oft per Akklamation entstandenen Strukturen durch solche ersetzt wurden, die nach einem ausgearbeiteten Wahlsystem bestimmt worden waren.

Dass die Räte als revolutionäre Organisationsformen bekannt und geläufig waren, zeigt sich anhand der Tatsache, wie schnell und flächendeckend sie sich in weiten Teilen Deutschlands entfalteten. Es gab im Winter 1918/19 kaum eine Stadt, einen Betrieb oder einen Garnisonsstandort in Deutschland, an dem sie nicht entstanden. Praktisch alle Zeitungen berichteten ab Anfang November ausführlich über die Bewegung und sorgten so, gewollt oder nicht, zusätzlich für die rasche Verbreitung der Räteidee.

In kleineren Städten erfolgten die Einsetzung von Räten und die erste Wahl in der Regel nach einer größeren Demonstration auf einem zentralen Platz.³ In den Großstädten bildeten sie sich meist nach vorgeschalteten Delegiertenwahlen in den Betrieben oder Verhandlungen zwischen den linken Parteien und Gewerkschaften. In den ersten Revolutionstagen war vieles improvisiert, klare Strukturen und Regeln traten erst später in Kraft – Revolutionen laufen nicht nach einem festen Drehbuch ab. Vieles war von den lokalen Verhältnissen abhängig. Radikale Räte – etwa in Bremen, Braunschweig, Halle oder in Teilen des Ruhrgebiets – standen gemäßigeren Räten gegenüber, die in den meisten Kleinstädten und im Südwesten Deutschlands dominierten. Zu Beginn spielten zudem Soldaten, vor allem Matrosen der Kaiserlichen Marine, oft eine ganz entscheidende Rolle.

In Berlin bildete sich neben der neuen Regierung auch ein zentrales Organ der Räte, der Vollzugsrat. Er stützte sich auf rund 800 Delegierte aus den Betrieben der Hauptstadt

und konnte in den ersten Wochen zudem als höchstes Gremium der Räte ganz Deutschlands agieren. Damit geriet er in die Rolle eines ernsthaften Konkurrenten der Regierung um die höchste Staatsgewalt.

Eine Klärung dieses Konflikts ergab sich erst auf dem ersten Reichsrätekongress, der im Dezember 1918 in Berlin zusammentrat. Einerseits beschloss der Kongress eine durchgreifende Demokratisierung des Militärs: Offiziere sollten von den Mannschaften gewählt

hört aber zu den großen und für die junge Republik fatalen Versäumnissen, dass eine wirkliche Verwaltungsreform nicht angegangen wurde.

In den Unternehmen waren die Räte ebenfalls sehr aktiv, und dabei waren sie erfolgreicher als in der Verwaltung. Verbesserungen im Arbeitsalltag konnten ebenso durchgesetzt werden wie höhere Löhne und die Mitbestimmung der Belegschaften. Noch ambitioniertere Vorhaben scheiterten aber.

Denn die Revolution hatte zwar die Staatsspitze ausgetauscht, die kaiserlichen Beamten arbeiteten aber weiter. Hier eröffnete sich ein weites Feld der Kontrolle für die Räte. Es gehört aber zu den großen und für die junge Republik fatalen Versäumnissen, dass eine wirkliche Verwaltungsreform nicht angegangen wurde.

und einige Symbole der strengen Hierarchie wie die Grußpflicht abgeschafft werden. Außerdem wurde eine umfangreiche Sozialisierung von Unternehmen gefordert. Vor allem aber entschieden sich die Räte für ihre Selbstentmachtung zugunsten eines parlamentarischen Systems. Möglichst bald sollte nun die verfassunggebende Nationalversammlung gewählt werden. Mit dieser Entscheidung setzten sich die gemäßigten Räte gegenüber den radikalen durch. Denn die Radikalen hatten sich nicht die parlamentarische, sondern die Räterepublik zum Ziel gesetzt. Manche plädierten auch für ein Mischsystem aus Parlament und Räten.

Die Aktivitäten der Räte auf lokaler Ebene waren sehr vielfältig. Neben der Militärreform durch die Soldatenräte, die schon bald auf Drängen der Offiziere von der Regierung wieder zurückgenommen wurde, war das vor allem die Demokratisierung der Verwaltung. Denn die Revolution hatte zwar die Staatsspitze ausgetauscht, die kaiserlichen Beamten arbeiteten aber weiter. Hier eröffnete sich ein weites Feld der Kontrolle für die Räte. Es ge-

Bemerkenswert ist die enorme Bandbreite der Rätebewegung, die über den Kernbereich der Arbeiter- und Soldatenräte weit hinausging.⁴ Auch Lehrlinge, Erwerbslose, Frauen, Intellektuelle oder Künstler_innen bildeten eigene Rätestrukturen. Mit Blick auf die Rolle der Frauen in der Rätebewegung ist festzuhalten: Einerseits wurden viele Vorschläge für eine Einbindung von Frauen in die bestehenden Räte sowie die Bildung eigener Frauenräte formuliert. Dabei kamen auch heute noch aktuelle Fragen zur Sprache, etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Andererseits waren Frauen in der Rätepraxis stark unterrepräsentiert.

Nach der spontanen Bildung der Räte entwickelte sich bald eine breite Debatte über ihr weiteres Schicksal. Ließ sich die Rätebewegung in die bestehende Ordnung integrieren oder strebte sie aktiv eine zweite revolutionäre Welle an? Zu den Vordenkern der radikalen Räte gehörten unter anderem Richard Müller und Ernst Däumig vom Groß-Berliner Vollzugsrat. Sie entwickelten das sogenannte «reine Rätssystem».

Faktisch stabilisierte sich jedoch die Weimarer Republik mit ihrer rein parlamentarischen Staatsstruktur und einer weiter auf Privateigentum basierenden Wirtschaftsordnung. Auch die Offiziere setzten sich gegen die Soldatenräte durch und bauten eine Reichswehr nach ihren eigenen konservativen Vorstellungen auf. Dennoch hatte die Rätebewegung entscheidenden Anteil daran, dass in der Weimarer Reichsverfassung den Räten einige Kompetenzen zugesprochen wurden. Auf diese Verfassungsbestimmung baute dann das Betriebsrätegesetz vom Februar 1920 auf. Es kann als Vorläufer der heutigen Mitbestimmung und der Betriebsräte gesehen werden. Das Gesetz ist damit das einzige Erbe der Rätebewegung, das noch heute zumindest indirekt von praktischer Bedeutung ist.

Die zweite Phase der Revolution

Wie bereits angedeutet, hatte sich trotz der Revolution unter der neuen republikanischen Oberfläche in vielen Bereichen erstaunlich wenig geändert. Das führte unter den Revolutionär_innen bald zu wachsendem Unmut. Der USPD-Politiker und Räteaktivist Wilhelm Koenen brachte das im Rückblick auf die griffige Formel: «Es war unser entschlossener Wille, aus der halben Revolution eine ganze werden zu lassen.»⁵

Den radikaleren zweiten Abschnitt der deutschen Revolution kann man auf den Zeitraum von Anfang 1919 bis zum Kapp-Lüttwitz-Putsch ein Jahr später datieren. Lange galt diese Periode unter Historiker_innen nur als ein Nachspiel der Umwälzung vom November 1918. Für diese Sichtweise spricht auch einiges: So wurde im Januar die Nationalversammlung gewählt, die dann eine republikanische Verfassung beschloss. Vieles von dem, was in den ersten Monaten des Jahres 1919 entschieden wurde, erwies sich anschließend als nicht mehr umkehrbar. Für die Zeitgenoss_innen war allerdings noch nicht

klar, wohin die Reise gehen würde. Die Menschen sahen sich selbst auch nach der Wahl zur Nationalversammlung noch mitten in einer revolutionären Umbruchsituation. Aus der Sicht der neuen Regierung erschienen die Radikalen und mit ihnen die Räte als lästiger Störfaktor, die der eingeleiteten Entwicklung hin zur parlamentarischen Demokratie im Weg standen. Das wiederum rechtfertigte in den Augen von Regierungsmitgliedern wie Friedrich Ebert und Gustav Noske den Einsatz massiver Repression bis hin zu militärischer Gewalt gegen jene Kräfte, die auf weiter gehende Maßnahmen drängten.

Die Generalstreikwelle im Frühjahr 1919 war gewissermaßen Höhe- und Wendepunkt der zweiten Phase der Revolution. Organisiert von den Räten, hatten im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und an anderen Orten die Streikenden das Wirtschaftsleben zum Stillstand gebracht. Das spektakulärste Beispiel für diese Welle war der Generalstreik in Berlin im März.⁶ Rund eine Million Beschäftigte aus den Berliner Betrieben beteiligten sich. Interessant dabei ist, dass diese machtvolle Bewegung von den Berliner Räten getragen war. Und mehr noch: Es war gerade deren Basis direkt in den Betrieben, die sich damit gegen die eigenen Führungspersonen durchsetzte.

Als Ziele formulierte man eine dauerhafte Anerkennung der Räte, die Sozialisierung der Wirtschaft und eine durchgreifende Militärreform. Die einzelnen Streikaktionen liefen aber nicht koordiniert ab, sondern blieben immer auf eine Region oder gar nur eine Stadt begrenzt. Als in Berlin der Streik begann, war er im Ruhrgebiet und Halle-Leipzig bereits beendet.

Vielfach wurden die Aktionen mit Gewalt niedergeschlagen. Besonders heftig waren die Kämpfe im Berliner Osten vom Alexanderplatz bis Lichtenberg.⁷ Die Regierung setzte ihr ganzes militärisches Arsenal ein. Der Reichswehrminister Noske erließ außerdem einen widerrechtlichen Befehl, dem zufolge jeder Mensch

sofort erschossen werden konnte, der mit einer Waffe aufgegriffen wurde. Mindestens 2.000 Tote waren das traurige Ergebnis des Streiks – die meisten von ihnen waren Opfer der brutalen Racheaktionen der Regierungstruppen. Parallel hatte die Regierung hastig versprochen, einige Forderungen aufzugreifen. Als die Bewegung zu Ende war, wurde davon aber kaum etwas umgesetzt – abgesehen von dem bereits erwähnten Betriebsrätegesetz.

Es ist kein Zufall, dass die Räte zwar viele Aktionen anstoßen konnten, aber häufig dann versagten, wenn es um eine überregionale Koordination ging. Das ist sicher ein erhebliches Defizit des Räteystems mit seiner basisdemokratischen Struktur. Daran änderten auch die großen Rätekongresse und andere Initiativen wenig, die eine solche Zusammenarbeit herbeiführen sollten. Teils ähnliche Erfahrungen lassen sich auch in anderen Versuchen der Etablierung von Rätestrukturen erkennen, die es bis heute immer wieder, auch global, gegeben hat.⁸

Es bleibt aber festzuhalten: Die Revolution war nicht schon mit der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 zu Ende. Während die Revolution also stark sozialistisch und basisdemokratisch geprägt war, war es ihr Ergebnis nicht. Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich dadurch auflösen, dass Berlin und einige weitere revolutionäre Zentren eben nicht repräsentativ für Deutschland in seiner Gesamtheit waren. Hinzu kommt, dass parallel zu den revolutionären Aktivitäten eine massive Gegenbewegung einsetzte, der viele Errungenschaften der Revolution – in nicht wenigen Fällen auch die Revolutionär_innen selbst – zum Opfer fielen.

Der Blick nach Russland

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Räte als entscheidender Träger der Revolution kein rein deutsches Phänomen waren. Räte finden wir in dieser Zeit in vielen europä-

ischen Ländern, zum Beispiel in Italien, Ungarn, Österreich oder auch in Großbritannien. Das bekannteste Beispiel sind aber die russischen Sowjets.⁹ 1917 bildeten sie mit der provisorischen Regierung eine Doppelherrschaft. Nach der Oktoberrevolution, die sich stark auf die bolschewistisch beeinflussten Sowjets in Petrograd und Moskau stützte, übernahmen die Bolschewiki unter Lenin die Herrschaft, sodass die Macht nun in den Händen der Kommunistischen Partei – oder genauer: bei ihren Führungsgremien lag. Die Räte waren bald kaum mehr als eine Fassade, gewissermaßen das demokratische Feigenblatt einer ganz undemokratischen Parteidiktatur. Daran änderten auch Versuche eines Kurswechsels wie beispielsweise der Kronstädter Aufstand von 1921 nichts.¹⁰

All das wissen wir heute – aber was man nicht vergessen darf: Die Zeitgenoss_innen kannten den Ausgang der Geschichte nicht. Man muss sich klarmachen, wie schwierig die Situation in Russland für Beobachter_innen im Ausland einzuschätzen war. Es gab in Deutschland kaum zuverlässige Informationen über das, was im Osten vor sich ging. So folgten die einen zum Teil sehr unkritisch der Version, die die Bolschewiki verbreiteten. Und die anderen meinten, ebenso unreflektiert, dass die russische Revolution nichts anderes bringen würde als Gewalt und Unterdrückung. Das heißt nicht, dass es nicht auch kluge und weitsichtige Kommentare gab. Manches wurde später publiziert, etwa Rosa Luxemburgs berühmte Schrift, die erst nach ihrem Tod veröffentlicht wurde.¹¹

Eine bolschewistische Machtübernahme nach russischem Muster stand in Deutschland nie bevor, auch wenn das manche konservativen Historiker_innen so dargestellt haben. Denn die Revolution radikalisierte sich zweifellos, bolschewistisch war sie deshalb aber nicht. Der Gedanke einer Demokratisierung von unten im Sinn eines Räteystems widersprach vielmehr der Vorstellung diame-

Die Stalinisierung der KPD in den 1920er Jahren kann also auch als eine Folge des Scheiterns der basisdemokratischen Rätebewegung verstanden werden.

tral, die Revolution könne nur von einer straff hierarchisch aufgebauten kommunistischen Kaderpartei «gemacht» werden. Zwar lassen sich ideelle Bezugnahmen auf die russischen Sowjets nachweisen. Auch in der außenpolitischen Orientierung der deutschen Rätebewegung spielte das Land im Osten eine prominente Rolle. Das zeigte sich zum Beispiel während des Berliner Generalstreiks: Zu den Forderungen zählte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Russland. Allerdings waren die realen Kontakte marginal.

Natürlich blickten nicht nur deutsche Revolutionär_innen nach Russland, auch umgekehrt waren die Bolschewiki sehr an den Entwicklungen in Deutschland interessiert. Es war zunächst ein Allgemeinplatz, dass eine isolierte Revolution in dem unterentwickelten Russland auf Dauer scheitern musste. Gerade Deutschland weckte mit seiner starken Arbeiterbewegung große Hoffnungen. Es kam jedenfalls nicht von ungefähr, dass Lenin den Sitz der Kommunistischen Internationale von Moskau nach Berlin verlegen wollte, sobald dort die kommunistische Bewegung siegreich wäre. Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Nicht nur die berühmten Anführer der Bolschewiki wie Lenin oder Trotzki, auch die Funktionär_innen aus der zweiten Reihe glaubten, dass eine radikale Revolution in Deutschland ihre eigene Bewegung massiv stärken würde.¹² Das war in ihren Augen der entscheidende Schritt hin zur Weltrevolution. Erst Stalin machte aus der Not der ausbleibenden kommunistischen Machtübernahme im Westen eine Tugend und sprach nun vom Aufbau des «Sozialismus in einem Land». Seine

innerparteilichen Kritiker_innen, darunter vor allem Trotzki, hielten dagegen an der Ansicht fest, eine solche isolierte Revolution könne nicht gelingen. Es ist sicher interessant, darüber nachzudenken, wer von den beiden am Ende recht behalten hat.

In Deutschland verlor das Räteystem im Zuge der Misserfolge der Rätebewegung ab 1919 zunehmend an Attraktivität. Damit eng verbunden avancierte in Anlehnung an die vermeintlich erfolgreichere Revolution der Bolschewiki die hierarchische Avantgardepartei zum neuen Hoffnungsträger der Radikalen. Wenn also Russland, die Sowjets und die Bolschewiki Einfluss auf Deutschland ausübten, dann mehr als Projektionsfläche für Revolutionshoffnungen. Die Räte sah man später in der KPD bestenfalls noch als nützliches Hilfsmittel. Die Stalinisierung der KPD in den 1920er Jahren kann also auch als eine Folge des Scheiterns der basisdemokratischen Rätebewegung verstanden werden.

Dagegen betonten viele Räteanhänger_innen in der Revolutionszeit, einen eigenen Weg gehen zu wollen, und grenzten sich von den Bolschewiki entschieden ab. Ernst Däumig beispielsweise sagte dazu: «Und gerade weil wir von Rußland ungeheuer lernen können, wie wir es nicht machen sollen, bauen wir unser Räteystem nicht sklavisch nach russischem Muster aus.»¹³

Die Sozialdemokrat_innen waren in ihrer Kritik an Russland noch vehementer. Gelegentlich dämonisierten sie die russische Entwicklung und ihre vermeintlichen Anhänger_innen in Deutschland regelrecht. Besonders die Räte gerieten dabei rasch ins Fadenkreuz. So mokierte sich der spätere preußische Ministerpräsident Otto Braun über «planlose Willkürakte einzelner Arbeiter- und Soldatenräte»; mit ihnen drohe der «Absturz in das bolschewistische Chaos».¹⁴ In dieser Einschätzung waren sich die Sozialdemokrat_innen mit dem Bürgertum einig. Dort sah man nicht weniger ängstlich nach Osten und war bereit, das harte

Vorgehen der Regierung gegen die linke Opposition im eigenen Land zu decken.

Schaut man in die deutsche Provinz, wird noch etwas deutlich: Dort identifizierte man nicht nur Russland mit solchen Bestrebungen, sondern auch die Reichshauptstadt, aus der das «Berliner Bolschewitentum» drohe, wie sich die liberale *Rostocker Zeitung* ausdrückte.¹⁵ Verbunden wurden diese Berichte mit Aufforderungen an die Reichsregierung, die Radikalen einzusperren und, wenn nötig, mit «scharf zupackender Faust» gegen sie vorzugehen.¹⁶ Es wäre also ganz falsch, die Gewalt nur dem selbsternannten «Bluthund» Noske oder den rechtsradikalen Freikorpsstruppen anzulasten.¹⁷

viele andere falsche Behauptungen nachweisen. Um nur einige Fälle herauszugreifen: Im Ruhrgebiet gab es beispielsweise Zeitungsberichte darüber, dass Lenin in Dortmund eine Rede gehalten habe und russische Marineinfanteristen in Duisburg gelandet seien.¹⁸ Im März 1919 wurden tagelang Falschmeldungen über einen Massenmord an Lichtenberger Polizisten verbreitet, die den Linken zum Opfer gefallen sein sollten.¹⁹ Das lieferte dann die unmittelbare Begründung für den erwähnten Schießbefehl von Reichswehrminister Noske. So unzutreffend das alles war, hatte es doch ganz reale Konsequenzen – bis hin zu der Gewalteskalation, wie sie im Frühjahr 1919 zu beobachten war.

Dass die SPD sich lieber mit den konservativen Kräften einließ, als strukturelle Reformen anzugehen, ist nicht zuletzt auf die Sorge und bisweilen sogar Hysterie zurückzuführen, die der russische Oktober auslöste.

Woher kamen diese Ängste und was machte sie so wirkmächtig? Das bedarf einer Erklärung. Denn noch im November 1918 hatte sich die deutsche Revolution dadurch ausgezeichnet, dass sie nahezu ohne Gewalt ablief. Viele Deutsche konnten sich eine Revolution aber nur als einen gewaltsamen Umsturz vorstellen; etwa so, wie man die Französische Revolution von 1789 oder die europäischen Erhebungen 1848 in Erinnerung hatte. Daneben nahm man auch zur Kenntnis, wie blutig es seit 1917 in Russland zuging.

Eine Revolution ohne Gewalt war also etwas Neues und Ungewohntes – und schon allein deshalb verdächtig. So waren weite Teile der Bevölkerung empfänglich für alle Arten von Gerüchten und Verschwörungstheorien. Die Dolchstoßlegende ist nur ein sehr bekanntes Beispiel dafür – es lassen sich aber noch

Der deutschen Revolution hat die Oktoberrevolution also paradoxerweise eher geschadet als genutzt: Die Gemäßigten und das Bürgertum schreckte sie ab und trieb sie in die Arme der Gegenrevolution, die ihre Repressionen mit drohenden

«russischen Zuständen» rechtfertigte. Die Radikaleren wiederum konnten kaum auf konkrete Unterstützung hoffen. Und wenn doch, dann nur um den Preis einer weitreichenden Unterordnung unter die sowjetrussische Führung. In einem kaum näher bestimmbar Umfang halfen die Ereignisse in Sowjetrußland den deutschen Radikalen eher als vages Vorbild. In jedem Fall spielten jene Kräfte, die auf eine Revolution nach russischem Muster setzten, im Deutschland der Jahre 1918 bis 1920 eine sehr geringe Rolle.

Diese Feststellung steht nur scheinbar im Widerspruch zu der großen indirekten Bedeutung der russischen Revolution für den Verlauf der Entwicklungen in Deutschland: denn Symbole und Ängste, so falsch sie auch sein mögen, können große Wirkungen entfalten. Dass die SPD sich lieber mit den konservati-

ven Kräften einließ, als strukturelle Reformen anzugehen, ist nicht zuletzt auf die Sorge und bisweilen sogar Hysterie zurückzuführen, die der russische Oktober auslöste.

Ausblick

Es wäre zu wünschen, dass der anstehende Jahrestag der deutschen Revolution nicht nur dazu genutzt wird, die großen Verdienste der Parlamentarisierung und die erste deutsche Demokratie – die Weimarer Republik – zu würdigen. Das Jubiläum könnte auch Anlass sein, an die zahlreichen Akteur_innen zu erinnern, die für andere Formen der Demokratisierung eingetreten sind und dafür bereit waren, große Opfer zu bringen. Denn die Rätebewegung gehört nicht nur zum Kern der deutschen Revolution, sie ist auch ein wichtiger – und doch oft vergessener – Teil der Demokratiegeschichte Deutschlands.

1 An Überblicksdarstellungen zur deutschen Revolution herrscht kein Mangel. Aktuell, wenn auch etwas zu sehr auf die Militärpolitik konzentriert, ist Käppner, Joachim: 1918 – Aufstand für die Freiheit, München 2017. Zum Zusammenhang von Weltkrieg und Arbeiterbewegung siehe Weipert, Axel/Oberhaus, Salvador/Nakath, Detlef/

Hüttner, Bernd (Hrsg.): «Maschine zur Brutalisierung der Welt»? Der Erste Weltkrieg – Deutungen und Haltungen 1914 bis heute, Münster 2017. **2** Schneider, Dieter/Kuda, Rudolf (Hrsg.): Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente, Frankfurt a. M. 1968. **3** Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Frankfurt a. M. 1978. **4** Weipert, Axel: Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015, S. 256–342. **5** Zitiert nach Weipert: Zweite Revolution, S. 72. **6** Weipert: Zweite Revolution, S. 41–159. **7** Lange, Dietmar: Massenstreik und Schießbefehl, Münster 2012. **8** Azzellini, Dario/Ness, Immanuel (Hrsg.): «Die endlich entdeckte politische Form». Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute, Köln 2012. **9** «Sowjet» heißt im Russischen nichts anderes als «Rat». Umfassend zur russischen Revolution Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998; lesenswert auch Hildermeier, Manfred: Die Russische Revolution 1905–1921, Frankfurt a. M. 1989. **10** Vgl. zum Kronstädter Aufstand die mit viel Sympathie geschriebene Darstellung des russischen Revolutionärs und Anarchisten Volin: Der Aufstand von Kronstadt, Münster 1999. **11** Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974. Von Luxemburg stammt im Übrigen die Bezeichnung «russische Zustände» – allerdings in einem etwas anderen Zusammenhang gebraucht. Diese Wendung fand unabhängig von ihr in diversen Variationen weite Verbreitung in der deutschen Presse und galt geradezu als Synonym für Chaos und Gewalt. **12** Albert, Gleb: Activist Subjectivities and the Charisma of World Revolution. Soviet Communists Encounter Revolutionary Germany, in: Weinbauer, Klaus u. a. (Hrsg.): Germany 1916–23. A Revolution in Context, Bielefeld 2015, S. 181–203. **13** Zitiert nach Weipert: Zweite Revolution, S. 406. **14** Ebd., S. 380. **15** Rostocker Zeitung, 26.11.1918. Siehe allgemein zur Revolutionszeit in Rostock Weipert, Axel: Eine Revolution in «geordneten Bahnen»: Rostock 1918/19, in: Lehnert, Detlef (Hrsg.): Revolution 1918/19 in Norddeutschland, Berlin 2018, S. 301–345. **16** Rostocker Anzeiger, 22.11.1918. **17** Zu diesem Aspekt siehe Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017. **18** Nachrichtenblatt des Wehrkreiskommandos VI für die Truppe, Münster, 1.4.1920. Siehe BArch R 3902/10, Bl. 75. **19** Weipert: Zweite Revolution, S. 129f.

Stefan Bollinger

SCHWIERIGKEITEN EINER STAATSTRAGENDEN PARTEI MIT DER REVOLUTION

DIE MEHRHEITSSOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (MSPD) IN DEN JAHREN 1918/19

Das Urteil Rosa Luxemburgs war vernichtend. Ihre alte politische Heimat, die SPD, hatte nicht nur den imperialistischen Krieg mitgetragen, Luxemburg sah in ihr auch den Totengräber der gerade einmal sechs Wochen alten Revolution. Denn in dieser «treten die Schutztruppen der alten Ordnung nicht unter eigenen Schildern und Wappen der herrschenden Klassen, sondern unter der Fahne einer (sozialdemokratischen Partei) in die Schranken [...]. Würde die Kardinalfrage der Revolution offen und ehrlich *Kapitalismus oder Sozialismus* lauten, ein Zweifeln, ein Schwanken wäre in der großen Masse des Proletariats heute unmöglich [...]. Die bürgerliche Klassenherrschaft kämpft heute ihren letzten weltgeschichtlichen Kampf unter fremder Flagge, unter der Flagge der Revolution selbst. Es ist eine sozialistische Partei, es ist das ureigens-te Geschöpf der Arbeiterbewegung und des Klassenkampfes, das sich in das wichtigste Instrument der bürgerlichen Gegenrevolution verwandelt hat.»¹

Angesichts des unter Federführung der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD)² erklärten Verzichts der Arbeiter- und Soldatenräte auf eine zentrale Machtposition in Deutschland zugunsten einer Nationalversammlung sowie der ersten durch die Regierung gedeckten, letztlich angeordneten Angriffe auf linke Arbeiter und Soldaten sah Luxemburg die Hoffnungen schwinden. Für sie drohte mit dieser Sozialdemokratie die Revolution zu scheitern und die Verwirklichung des Sozialismus in weite Ferne zu rücken.

Die Sorgen der Macht

Dabei sah es am 4. Oktober 1918 zunächst so aus, als stünde die MSPD kurz vor der Erfüllung aller ihrer sozialistischen Ziele. Nachdem die Oberste Heeresleitung (OHL) intern die Niederlage eingestanden hatte und Reichskanzler Georg von Hertling zurückgetreten war, suchte sein Nachfolger Max von Baden nun nach einer neuen Regierung, an der alle im Reichstag vertretenen Parteien beteiligt werden sollten und die die Verantwortung für einen Waffenstillstand übernehmen sollte. Militärs, die Politiker der bürgerlichen Parteien und selbst der Kaiser waren mit einer Regierung einverstanden, die diesen Weg des Friedens beschreiten sollte. Notgedrungen mussten deshalb die seit 1914 gegenüber den Sozialdemokraten und den Mehrheitsparteien im Reichstag durch die Reichsleitung gemachten Versprechungen eingelöst werden: die Parlamentarisierung (das heißt das Recht des Reichstags, über Regierung und Krieg zu entscheiden), die Aufhebung des undemokratischen Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen, die Beendigung des Belagerungszustands und eventuell soziale Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Philipp Scheidemann als Staatssekretär (d. h. Minister) ohne Geschäftsbereich und Gustav Bauer als Staatssekretär für Arbeit zeigten, wie staatstragend die Sozialdemokraten nicht nur bei Kriegsbeginn, sondern nun auch am Vorabend des Friedens, der Demobilisierung und des Wiederaufbaus sein wollten. Endlich konnten Sozialdemokraten beweisen, dass und wie sie die Chancen für gesellschaftliche Veränderungen nutzten.

Wie schon im Januar 1918, als in Deutschland eine Million Arbeiterinnen (die mittlerweile die Männer in der Wirtschaft ersetzen mussten) und Arbeiter gegen den Krieg streikten, störten dies allerdings die unzufriedenen Massen, die USPD, der Spartakusbund und die Revolutionären Obleute. Sie wussten wenig von den geheimen Absprachen der Führer der MSPD mit dem neuen Reichskanzler Max von Baden und den Politikern vom Zentrum und von der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei (FVP).

Und weil sich die Matrosen nicht in einer sinnlosen Feindfahrt, die die Friedensbestrebungen gefährden mussten, verheizen lassen wollten, standen sie mit den Beschäftigten an der Waterkant auf. Über den Kriegsschiffen in Kiel wehten am 4. November rote Fahnen. Von Norden her drangen Aufrufe gegen den Krieg, gegen den Kaiser, für Arbeiter- und Soldatenräte, für Sozialisierung und Sozialismus durchs ganze Land. Sie machten Revolution! Was tun? Die Erwartungen an die MSPD waren groß – von den Aufständischen, den Parteimitgliedern und Sympathisanten, aber auch von jenen Politikern, die seit 1917 angesichts der immer aussichtsloseren Kriegslage einen Politikwechsel anstrebten. Und in diese Richtung hatte sich in der Tat einiges bewegt. Der Bruch innerhalb der SPD mit dem Entstehen der USPD im April 1917 und die im Juli 1917 im Reichstag mit den Stimmen der Mehrheitsparteien (Zentrum, FVP und MSPD) verabschiedete Friedensresolution für einen Verständigungsfrieden hatten etwas bewirkt. Der Regierungsantritt der MSPD Anfang Oktober 1917 war unmittelbare Folge des Eingeständnisses der OHL, dass der Krieg verloren war, und des verzweifelten Versuchs, mittels Verfassungsreform das Parlament in die politische Verantwortung zu bringen und der Monarchie einen konstitutionellen Rahmen zu geben.

Nun machten aber die revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen, die Soldaten und Matrosen deutlich, dass sie den Frieden *jetzt* ver-

langten, dass sie den preußisch-deutschen Militarismus mit seinem Kadavergehorsam und seinen schikanösen Ritualen beseitigt und dass sie den Kaiser und die politischen Eliten als die Verantwortlichen für die Niederlage von der Macht entfernt sehen wollten. Zumindest die von USPD, Spartakus, Revolutionären Obleuten und anderen Linken geführten neuen Arbeiter- und Soldatenräten traten für die demokratische Republik plus Rätewahl und Sozialisierung ein. Schon hier zeigten sich aber Konflikte, denn die Mehrzahl der Räte, die die MSPD dominierte, wollte nicht so weit gehen.

Der Versuch, den Aufstand in Kiel einzudämmen, scheiterte. Wie schon in den Januarstreiks suchte die MSPD, durch Eintritt in die neuen Machtorgane das Schlimmste zu verhindern. Gustav Noske, Heeres- und Kolonialexperte der MSPD, gelang es zwar, sich an die Spitze des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates zu stellen und mäßigend auf Matrosen und Arbeiter einzuwirken. Aber der revolutionäre Funke war längst übersprungen.

Das war für die MSPD und ihre Führer ein Horrorszenarium, das sie wie auch die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten an «russische Verhältnisse» mahnte. Die MSPD forderte Anfang November angesichts der Aufstandsbewegung im Land und des Taktierens von Militär, Regierung und Kaiser ultimativ radikalere Veränderungen: faktische Aufhebung des Belagerungszustands mit Versammlungsrecht und Zurückhaltung der Sicherheitskräfte, Rücktritt von Kaiser und Kronprinz, stärkeren Einfluss in der Regierung und auch in Preußen eine Regierung aus den Kräften der Mehrheitsfraktionen des Reichstags.³ Nur so konnte der große Albtraum vermieden werden, den Friedrich Ebert, der Parteivorsitzende, beschwor: Denn «wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde».⁴ Die MSPD hatte Erfolg. Der bisherige Reichskanzler von Baden

Die MSPD hatte sich festgelegt. Sie wollte mit den Räten zusammenarbeiten, wenn es sein musste, sah sie aber nur als zeitweiliges Unterstützungsorgan. Dank ihrer Organisationsstärke und ihrer Autorität konnte die MSPD diese Linie auch durchsetzen.

übertrug Ebert am 9. November 1918 die Verantwortung als Kanzler und sorgte dafür, dass der Kaiser abdanken musste. Ebert und seine Partei organisierten einen Rat der Volksbeauftragten, zu dem sie die USPD (und über diese auch die Revolutionären Obleute) zur Mitarbeit drängten.⁵ Der radikalere Karl Liebknecht (und damit der Spartakusbund) blieb mit seinen Forderungen nach einer sozialistischen Revolution außen vor.

Einer der ersten Schritte der neuen Machthaber war, sich der alten Funktionsträger zu versichern: Die bisherigen führenden Politiker und Beamte, aber auch die Militärs wurden aufgefordert, weiter ihre Pflicht zu erfüllen und vertrauensvoll der neuen Regierung zu dienen. Insofern war die neue Regierung zwar eine Koalitionsregierung der Mehrheitsparteien des bisherigen Reichstags, also von MSPD und gemäßigten bürgerlichen Parteien, gleichzeitig gab es aber ein faktisches Bündnis mit der alten Macht, während sich die monarchistischen und konservativen bürgerlichen Kräfte parteipolitisch neu aufstellten. Eine Woche später, am 15. November, sollten Unternehmer und Gewerkschaften einen Stillhaltepakt unterzeichnen, das Stinnes-Legien-Abkommen.⁶ Es enthielt soziale Zugeständnisse, machte die Gewerkschaften zu anerkannten Tarifpartnern, versprach für die Kriegsheimkehrer die alte Arbeit und stellte die Weichen für die Einrichtung von Betriebsräten. Zugleich bedeutete es aber einen Verzicht auf umfangreiche Sozialisierungen.

Ausschlaggebender war jedoch die Kontaktaufnahme zwischen Ebert und der Obersten Heeresleitung noch am Abend des 9. November. Ebert und der Erste Generalquartier-

meister, Generalleutnant Wilhelm Groener, brauchten nur Minuten, um sich zu einigen. Die Sicherung von Ruhe und Ordnung war die wichtigste Aufgabe. Die heimkehrenden Fronttruppen sollten das durchsetzen. Beide sorgten sich um den Einfluss der radikalen Linken, die durch ihre sozialistischen Losungen, ihr Ablehnen militaristischer Strukturen und den Aufbau einer Rätemacht in Deutschland «russische Verhältnisse» heraufbeschworen.

Die MSPD sah sich wie schon im August 1914 in staatstragender Verantwortung. Sie war mit den bürgerlich-demokratischen Veränderungen zufrieden und sah die Revolution bestenfalls als Bestätigung des bereits unter Max von Baden eingeleiteten Prozesses der Oktoberreformen. Ihr Regierungsprogramm beendete den Belagerungszustand, bekräftigte das Vereins- und Versammlungsrecht, hob die Zensur auf, sicherte Religionsfreiheit, verkündete eine politische Amnestie, beseitigte das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst⁷ ebenso wie die Gesindeordnung⁸ und reaktivierte die kriegsbedingt aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen. Gleichzeitig wurde der Achtstudententag angekündigt, Arbeitsbeschaffung versprochen, ebenso Erwerbslosenunterstützung, der Ausbau der Krankversicherung und Schritte gegen die Wohnungsnot.⁹

Die MSPD hatte sich festgelegt. Sie wollte mit den Räten zusammenarbeiten, wenn es sein musste, sah sie aber nur als zeitweiliges Unterstützungsorgan. Dank ihrer Organisationsstärke und ihrer Autorität konnte die MSPD diese Linie auch durchsetzen. Sie verstand sich als Träger einer sozialistischen Regierung, aber nach Sozialismus stand ihr nicht der Sinn.

Schon beim Regierungseintritt im Oktober 1918 hatte der Chefredakteur der Parteizeitung *Vorwärts*, Friedrich Stampfer, die für die Partei verbindliche Lesart ausgegeben: «Die deutsche Sozialdemokratie hat stets auf dem Standpunkt gestanden, dass es auf die Ziele ankommt und nicht auf *die Mittel*. Das Ziel einer deutschen Demokratie wird in kurzer Zeit auf dem Wege der friedlichen Umwälzung erreicht sein. Dann tritt die gewaltige Frage der weltwirtschaftlichen Neuordnung an uns heran; und der Sozialismus wird seinen Vormarsch antreten [...]. Wir dürfen uns nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern nur von der klaren Erkenntnis dessen, was unserem schwergeprüften Volk not tut [...]. *Not tut ihm die Vermeidung alles dessen, was nur zu altem Unglück neues Unglück fügt.*»¹⁰

Die sozialdemokratischen Führer hatten nicht aus Böswilligkeit, sondern aus der Sorge und der fragwürdigen Einschätzung heraus, dass Partei, Arbeiterklasse und das gesamte Land von einer sozialistischen Revolution überfordert wären, die Revolution von oben beendet. Die «sozialistische Regierung» hatte dafür gesorgt, dass unter ihrem Befehl stehende Regierungstruppen all jene mit Gewalt, mit Mord und Massakern bekämpften, die mehr wollten – nämlich das sozialdemokratische Programm erfüllen.

Wann verlor die SPD ihren revolutionären Anspruch?

Ein Zeitgenosse hat ein Jahrzehnt nach den Ereignissen aus linker Perspektive daran erinnert, dass «die Regierung des 10. November zwar scheinbar eine rein sozialistische [war], gemäß dem äußerlichen Verlauf der Novemberrevolution, die im Zeichen der roten Fahne als Werk der Sozialisten auftrat. In Wirklichkeit regierte die alte Koalition der bürgerlichen Demokratie und der alten Mächte im Militär- und Staatsapparat, wie sie sich schon im Jahre 1917 aus den drei Parteien, den Mehrheitssozialisten, dem Zentrum und den Fortschritt-

lern, gebildet hatte.»¹¹ Das erscheint im Rückblick verwunderlich.

Die deutsche Sozialdemokratie war weltweit die stärkste, reifste, theoretisch aktivste linke Partei, Herz der Zweiten Internationale, sah sich in der Nachfolge von Marx und Engels, hatte mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht beliebte Parteiführer gehabt, besaß mit Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg anerkannte Theoretiker und Theoretikerinnen. Ihr 1891 in Erfurt beschlossenes Parteiprogramm war revolutionär. Es verband das Ziel des Sturzes des Kapitalismus mit detaillierten, demokratischen Übergangsforderungen. Die SPD bekannte sich zum politischen Klassenkampf gegen die Kapitalisten und hatte sich «die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische» auf ihre Fahnen geschrieben. Und sie wusste, dass dies, «ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein», unmöglich war.¹²

Mit den sozialistischen Zielen gingen Forderungen nach notwendigen ersten Schritten zur demokratischen Umgestaltung Deutschlands einher, die sich in der Betonung bürgerlich-demokratischer Freiheitsrechte im Regierungsprogramm vom November 1918 niederschlugen. Das Programm offenbarte aber auch bezeichnende Fehlstellen im Vergleich mit dem Parteiprogramm. Dort hatte es explizit Forderungen nach der Gleichstellung der Frau, der Abschaffung der Todesstrafe, nach einer unentgeltlichen Gesundheitsfürsorge, nach höheren Einkommens- und Vermögenssteuern sowie Erbschaftsteuern und weiteren «wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern», gegeben. Angesichts des politischen

Umbruchs erinnerte sich die MSPD aber auch nicht der geforderten «direkten Gesetzgebung durch das Volk [...], Selbstbestimmung und Selbstverwaltung [...] in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk», «Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter».¹³

Die Situation 1918 war also geprägt von Widersprüchen: Die Partei hatte ihre revolutionäre Programmatik vergessen, aber die Mitglieder, Sympathisanten und Sympathisantinnen vertrauten ihr trotzdem. All dies ist nicht allein aus den Konflikten seit Beginn des Krieges zu erklären. Bereits in der Vorkriegszeit hatte sich die damalige SPD von diesen revolutionären Zielen verabschiedet. Arthur Rosenberg analysierte: «Der offizielle Radikalismus beherrschte in der deutschen Sozialdemokratie bis 1914 den Parteivorstand, die große Mehrheit der Funktionäre und der einfachen Mitglieder. Daneben gab es freilich zwei Oppositionsgruppen, die voneinander aufs Schärfste abwichen, aber doch in dem einen Punkt sich trafen, dass sie, im Gegensatz zu dem herrschenden formalen Radikalismus, eine realistische, aktive Politik forderten. Die kleine Gruppe der äußersten Linken verwarf die Auffassung, dass man noch für eine längere Periode mit stabilen staatlichen und wirtschaftlichen Zuständen rechnen müsse.»¹⁴

In der Tat gab es all die Jahre harte theoretische und politische Auseinandersetzungen, es gab den Revisionismusstreit und die Massenstreikdebatte.¹⁵ Die Parteiführung um Bebel verstand es immer wieder, die Risse zu kitten. Ihre zentristische Politik hatte Vorteile, aber sie verhinderte eine theoretische Klärung und in der Regel eine organisatorische Trennung. Durchsetzen konnte sich der realistische, reformorientierte Flügel. Er baute auf die Wahlerfolge der SPD, die verbesserte soziale Lage der Arbeiterschaft, die sozialpolitischen Anstrengungen des Staates und die Zugeständnisse der Unternehmer. Das konnten die Arbeiter und Arbeiterinnen tatsächlich erleben

und sie wussten, dass sie dies in hohem Maße ihrer Partei und ihren der SPD nahestehenden Gewerkschaften zu verdanken hatten. Selbst unter den Bedingungen des Krieges mit seinen Entbehrungen funktionierte dieses Vorgehen durchaus.

Die dominierenden Kräfte in Partei und Fraktion konnten sich 1918 zugleich auf eine ihnen verpflichtete starke Gruppe von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären stützen, die Organisations- und Überzeugungsarbeit leisteten und die um den Vorteil ihrer Pöstchen wussten. So konnten sie etwa einer Einberufung aufgrund ihrer kriegswichtigen Aufgaben entgehen. Die große Disziplin innerhalb dieser Partei- und Apparaturstruktur war Garant der politischen Stärke der SPD – selbst in widriger Zeit und auch angesichts der kriegsbedingten Spaltung. Sie machte die Partei schlagkräftig und berechenbar. Sie war, wie kritische Beobachter bereits lange vor dem Wissen um leninistische Parteikonzepte erkannten, aber auch die Grundlage für die Lenkbarkeit der Partei durch die jeweilige Führung.¹⁶

Bekanntlich benannte Lenin in seiner Kritik an der Zweiten Internationale genau diese Schwachpunkte. Er machte deutlich, dass sich eine «Arbeiteraristokratie» der besser gestellten Arbeiter herausgebildet habe, die, korrumpiert durch die imperialistischen Macht- und Wirtschaftsstrukturen, weniger offen für klassenkämpferische Parolen sei. Er erkannte in den Partei- und Gewerkschaftsapparaten sowie den Parlamentsfraktionen Horte solch antirevolutionärer Anpassung.

Interessant ist, dass Karl Liebknecht 1916 zu ähnlichen Einsichten gelangte, mit denen er sich das SPD-Versagen 1914 erklärte. Auch wenn er letztlich nur ein (unerfülltes) «Forschungsprogramm»¹⁷ entwickelte und vor allem über die Zweckmäßigkeit des Verbleibs der radikalen Linken in einer zur «Scheinfirma» sich wandelnden Mutterpartei nachdachte, hatte er doch sehr klare Vorstellungen davon, wie dieser Missstand zu beheben wäre.

Gegen diese Partei- und Gewerkschaftsbürokratie sei «*organisatorisch* nur ein Kraut gewachsen [...]»: Beseitigung der *besoldeten* Bürokratie oder ihre Ausschaltung von allen Beschlüssen, ihre Beschränkung auf technische Hilfsarbeit. Verbot der Wiederwahl aller Funktionäre nach bestimmter Dauer, wodurch zugleich die Zahl der organisationstechnisch bewanderten Proletarier vermehrt wird; jederzeitige initiative Absetzungsmöglichkeit wäh-

Von ihrem theoretischen Anspruch her wollte die Sozialdemokratie immer eine Partei sein, die auf putschistisches Vorgehen verzichtet.

rend der Amtsdauer; Beschränkung der Zuständigkeit der Instanzen; Dezentralisation; Urabstimmung für wichtige Fragen (Veto und Initiative). Bei der Wahl der Funktionäre muss das entscheidende Gewicht auf ihre Erprobung im entschlossenen, schlagfertigen *revolutionären* Handeln, im revolutionären *Kampfgeist*, in rücksichtsloser Opferwilligkeit unter bereitwilliger Einsetzung der ganzen Existenz gelegt werden. Die Erziehung der Massen und jedes Einzelnen zur geistigen und moralischen Selbständigkeit, zur Autoritätsungläubigkeit, zur entschlossenen Eigeninitiative, zur freien Aktionsbereitschaft und -fähigkeit bildet, wie die einzige sichernde Grundlage für die Entwicklung einer ihrer historischen Aufgaben gewachsenen Arbeiterbewegung überhaupt, so die wesentliche Voraussetzung für die Aus-tilgung der bürokratischen Gefahren.»¹⁸

Tatsächlich gab es eine große Enttäuschung unter den Arbeitern und Arbeiterinnen, Parteimitgliedern und Sympathisanten über die Burgfriedenspolitik der Parteiführung, insbesondere als sich der Krieg in die Länge zog und die Folgen spürbar wurden. Dennoch ist daran zu erinnern, dass sich die Partei zwar anhand der Kriegsfrage gespalten hatte, der größere Teil der Mitglieder samt Parteinfrastruktur

aber bei der MSPD blieb. Zudem bedeutete die Spaltung nicht, dass die innere Zerrissenheit der Linken ob eines Reform- oder Revolutionsweges erledigt war. Dieser Konflikt blieb auch in der neuen Partei gegenwärtig.¹⁹

Von ihrem theoretischen Anspruch her wollte die Sozialdemokratie immer eine Partei sein, die auf putschistisches Vorgehen verzichtet. Sie vertraute, wie dies bereits früh der lang-jährige Cheftheoretiker Karl Kautsky formuliert

hatte, auf einen naturgesetzesmäßigen Prozess. Denn: «Die Sozialdemokratie ist eine *revolutionäre*, nicht aber eine *Revolutionen machende* Partei. Wir wissen, dass unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht

werden können, wir wissen aber auch, dass es ebenso wenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu *machen*, als in der unserer Gegner, sie zu *verhindern*. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen.»²⁰

Wer von einem solchen Hineinwachsen ausgeht, braucht natürlich nicht unbedingt ein Konzept dafür, wie der Weg dorthin zu gestalten ist. Was Marx und Engels dazu ausführten, war schmal, Kautsky hatte in den Kommentaren zum «Erfurter Programm» einige Ansätze angeboten, August Bebel in seiner Schrift «Die Frau und der Sozialismus» Eckpunkte der neuen Gesellschaft skizziert, manche Arbeiten von Kautsky – wie die hier zitierte – ließen erahnen, worauf sich ein siegreiches Proletariat würde einlassen müssen. Niemand in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie verfügte über einen vorbereiteten Masterplan für eine siegreiche Umgestaltung von Macht- und Eigentumsverhältnissen zu einem sozialistischen System. Die Sozialdemokraten waren sicher, dass der Staat eine zentrale Rolle spielen müsste, und wenn sie ihn auf demokratischem Wege übernehmen könnten, würde sich das Weitere von selbst ergeben.²¹

Die Zwangslage

Für viele Arbeiter, Arbeiterinnen und Soldaten waren die neue Regierung und die demokratischen wie sozialen Veränderungen, nicht zuletzt der endlich erfolgte Waffenstillstand am 11. November 1918, ein Erfolg. Das war die Grundlage für das Vertrauen in die Männer um Ebert.

Für Letztere war es schwieriger: Wer einmal Ja sagt zur Regierungsverantwortung unter Beibehaltung der alten Eliten und im Bündnis mit ihnen, muss die Folgen tragen. Zunächst gelang es der MSPD, die USPD einzubinden. Allerdings zerbrach dieses Bündnis noch im Dezember 1918, als die neue Regierung zu Weihnachten gegen revolutionäre Matrosen in Berlin gewaltsam vorging. Der Spartakusbund, aus dem später die neu gegründete KPD hervorging, stellte aus Sicht der Regierung die größte Bedrohung dar. Denn der Spartakusbund verkörperte, unabhängig von seinem tatsächlichen und zu diesem Zeitpunkt vergleichsweise geringen Einfluss, die sozialistischen Ideen der Revolution. Er wollte «russische Verhältnisse» in Deutschland. Davon träumten nach der Februarrevolution, aber auch in den ersten Wochen nach der Oktoberrevolution nicht nur Linke der verschiedensten Richtungen.²² Inzwischen war aber nicht nur für die alten Eliten aus dem russischen Beispiel ein in erster Linie abschreckendes Menetekel geworden. Es dominierte die Einschätzung, dass dort ein Bürgerkrieg durchgeführt wurde (von den Interventionsmächten wurde weniger geredet), dass der Klassenkampf durch die Bolschewiki konsequent – auch blutig – geführt wurde und dass sich die ursprünglich großen Erwartungen an die basisdemokratischen Sowjets angesichts ihrer kriegsbedingten Unterordnung unter die Bolschewiki zerschlagen hatten.

Seit dem Abend des 9. November 1918 verstand sich die neue MSPD-geführte Regierung als Garant für Ruhe und Ordnung. Insbesondere der Volksbeauftragte und spätere

Reichswehrminister Noske, der nach dem Motto, einer müsse der «Bluthund» sein, handelte, hinterließ eine Blutspur. Der Hetze der Konterrevolution, die schon plakatierte «Schlagt ihre Führer tot. Tötet Liebknecht» und Kopfgelder ausgesetzt hatte, stand die MSPD nicht nach: In einem regierungsamtlichen Anschlag an Berlins Litfaßsäulen versprachen am 9. Januar 1919 Ebert und seine Kollegen: «Die Stunde der Abrechnung naht!»²³ Auch das sozialdemokratische Zentralorgan *Vorwärts* veröffentlichte kaum verklausulierte Mordaufrufe gegen Liebknecht und Luxemburg. Und es fanden sich die Täter. Die radikale Linke versuchte seit Januar 1919 immer wieder, das Blatt zu wenden, die Revolution voranzutreiben. Sie ließ sich aus einer Defensivposition angesichts des Abwürgens der Räte und der offenen Repression, erlebt am 6. Dezember und bei der «Blutweihnacht» in Berlin, auch zu Aufstandsversuchen hinreißen.

Bis heute glauben auch der SPD nahestehende Historiker, dass das Vorgehen der Regierung – bei allem Bedauern über zu viele Opfer und die Ungesetzlichkeiten – eine berechnete Verteidigung gewesen sei. So beurteilt etwa auch Heinrich August Winkler das Regierungshandeln vor dem Hintergrund der historischen Parallele zu den russischen Revolutionen 1917 als gerechtfertigt: «Hatten die Bolschewiki ein Jahr zuvor die gewählte Konstituante auseinandergelassen, so schickten sich ihre deutschen Gefolgsleute nun an, die Konstituante im Voraus unmöglich zu machen. Ein solcher Anschlag auf die Demokratie musste abgewehrt, Gewalt notfalls mit Gewalt beantwortet werden.»²⁴ Auch der Historiker Hans-Ulrich Wehler bekräftigte diese Haltung anlässlich des Jahrestags der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts 2009: «Wer den Bürgerkrieg entfesselt, lebt immer im Angesicht des Todes, wenn er von der Gegenseite erwischt wird, wird er an die Wand gestellt. Wenn Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

korrekt überstellt worden wären, wären sie abends vor ein Standgericht gekommen und erschossen worden. So sind sie gräulich erschlagen worden, aber wer sozusagen den Bürgerkrieg provoziert, muss mit dem Tod rechnen.»²⁵

So sprechen «wahre Demokraten», so wurde seit Dezember 1918 in Deutschland gehandelt und so wird dieses Handeln seither gerechtfertigt – ungeachtet dessen, dass die Opferzahlen belegen, dass nicht die Linksradi-kalen, die die Revolution verteidigten, die treibende Kraft hinter den Gewaltexzessen waren, sondern die Regierungstruppen.²⁶ Nicht nur Radikale wie die beiden führenden Köpfe der KPD oder Eugen Leviné und Leo Jogiches, auch gemäßigte Verteidiger der Republik wurden Opfer dieses rechten Mobs: Kurt Eisner, Philipp Scheidemann (der überlebte), Hugo Haase, Matthias Erzberger und Walther Rathenau. Nicht nur Kommunisten waren «Tote auf Urlaub», auch Republikaner, Pazifisten und Demokraten, egal, ob Männer oder Frauen.

Was bleibt

Die Bilanz für die MSPD fällt zwiespältig aus. Ihre Führer standen für eine bürgerlich-demokratische Revolution und sie konnten keinen Sozialismus verraten, den sie nicht auf ihrer politischen Agenda hatte. Ihre Mitglieder waren gegen den Krieg und hatten lange an eine sozialistische Zukunft geglaubt, auch wenn in der Partei kaum geklärt war, was Sozialismus bedeuten könnte. Die Parteispitze wollte mehrheitlich Probleme im Hier und Jetzt lösen und freute sich über jeden kleinen Schritt der Akzeptanz für die Partei und über demokratische und vor allem soziale Verbesserungen. Auf diese Weise hatte sich der Begriff «Sozialismus» mehr und mehr entleert. Dort, wo er konkret ausgefüllt werden sollte – mit basisdemokratischer Rätewahl und Sozialisierung –, gelang es der Parteiführung, ihre Mitglieder zu überzeugen: Jetzt geht das noch nicht, sonst haben wir «russische Verhältnisse», die doch

niemand wolle. Die MSPD wollte den Staat tragen und verband sich mit Kräften, die eigentlich die Linke, die Republik, die Demokratie und den Frieden wie die Pest hassten. Hierin lag von Anfang an der Geburtsfehler der Weimarer Demokratie. Hier wurden die Faschisten groß, die 15 Jahre später die Demokratie zerstörten, die nach Revanche – innenpolitisch gegen den demokratischen Wandel und nach außen hin gegen den Versailler Frieden – lechzten. Auch viele Mitglieder der Sozialdemokratie fanden sich mit ihren einstigen politischen Gegnern in Hitlers Konzentrationslagern wieder.

Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen hatten in der Revolution mit ihrer Revolutionsregierung aus MSPD und USPD auf die Wiederherstellung der Einheit der Partei gehofft. Stattdessen vertiefte sich die durch die Kriegsfrage herbeigeführte Spaltung vom 4. August 1914 aber nach 1918 mit Blut und Hass und führte zur Handlungsunfähigkeit der deutschen Arbeiterbewegung 1933.

Trotzdem: Die Novemberrevolution, der Rat der Volksbeauftragten, selbst die Nationalversammlung haben erstmals in Deutschland dauerhaft und umfassend demokratische Verhältnisse ermöglicht. Die Sozialismuserwartungen wurden enttäuscht, die MSPD – wie die USPD – gewannen die Wahlen zur Nationalversammlung zwar als starke Parteien, aber die MSPD konnte nur mit ihren bürgerlichen Bündnispartnern aus dem Reichstag eine Koalitionsregierung bilden. Von den Räten blieben die relativ einflusslosen Betriebsräte, von dem Versprechen, «Die Sozialisierung marschiert!», blieb kaum etwas. Für 15 Jahre konnte in Deutschland gewählt werden, gab es demokratische Freiheiten und soziale Verbesserungen, ein kulturell freies Klima. Es gab aber eben auch den Weg der Notverordnungen gemäß Verfassung, die auf dem rechten Auge blinde Justiz, das Militär als Staat im Staate und das schnelle Erstarren des deutschen Faschismus. Der Klassenkompromiss

der MSPD war auf den ersten Blick erfolgreich, auf den zweiten ein Verhängnis. Heute wird die Geburtsstunde der deutschen Demokratie gefeiert, ihre Begleitumstände und ihr Ende 1933 müssen dabei aber unbedingt mitgedacht werden.

1 Luxemburg, Rosa: Ein Pyrrhussieg, in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 471. **2** MSPD nannte sich die SPD seit 1917, nachdem sich die USPD der Kriegsgegner abgespalten hatte. **3** Siehe Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente, neu hrsg. von Golo Mann und Andreas Burckhardt, Stuttgart 1968, S. 571. **4** Friedrich Ebert zitiert nach: Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente, S. 567. **5** In der Erstbesetzung für die SPD: Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Otto Landsberg; für die USPD: Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Emil Barth (der gleichzeitig zu den Revolutionären Obleuten gehörte). Der Rat zerbrach angesichts des Angriffs auf die Volksmarinedivision im Berliner Marstall Weihnachten 1918, die USPD-Vertreter schiedেন aus und wurden durch die MSPD ersetzt, nun wurde u. a. Noske Volksbeauftragter. Mit den Wahlen zur Nationalversammlung und der Regierungsbildung hatte sich der Rat erledigt. **6** Vereinbarung zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, benannt nach den federführenden Autoren, dem Großindustriellen Hugo Stinnes und dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Carl Legien. **7** 1916 durch die Oberste Heeresleitung veranlasstes und auch von den Gewerkschaften befürwortetes Gesetz zur Sicherung der Kriegswirtschaft. Es zementierte die Ausnahmebedingungen zulasten der Beschäftigten, ließ aber erstmals «Arbeiterausschüsse» als begrenzt befugte Mitbestimmungselemente zu. **8** Die Gesindeordnung regelte die Arbeitsverhältnisse für die insbesondere auf den Gütern Beschäftigten und beschnitt ihre Rechte deutlich. **9** Vgl. das Regierungsprogramm des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 365f. **10** Stampfer, Friedrich: Sozialdemokraten in die Friedensregierung!, in: Vorwärts, 3.10.1918, S. 2 (Hervorhebungen im Original). **11** Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. und eingeleitet von Kurt Kersten, Teil 2, Hamburg 1983, S. 5. **12** Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem

Parteitag in Erfurt 1891, in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingeleitet von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3., überarb. u. akt. Aufl., Bonn 1990, S. 186f. **13** Ebd., S. 188f. **14** Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, S. 13. **15** Das waren die großen Debatten über die Aktualität der revolutionären Theorie angesichts der Entwicklung des Kapitalismus (ab 1896) bzw. um die Zulässigkeit des politischen Streiks zur Erreichung politischer Ziele (ab 1905). Letztlich wurden diese Debatten mit Kompromissformeln durch eine zentralistische SPD-Führung «beigelegt». **16** Siehe besonders: Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, hrsg. und mit einer Einführung versehen von Frank R. Pfetsch, 4. Aufl., Stuttgart 1989 [Erstausgabe 1911]. **17** So Liebknechts demütige Einsicht, die auf ein zentrales Defizit der radikalen Linken in der Auseinandersetzung mit der bisherigen Sozialdemokratie verwies. **18** Liebknecht, Karl: Meinungsverschiedenheiten und Klassengegensätze (Über die Gegensätze in der Sozialdemokratie). Handschriftliches Manuskript, Juni und November 1916, in: ders.: Gesammelte Reden und Schriften. Mai 1916 bis 15. Januar 1919, Bd. IX, Berlin 1974, S. 302. **19** Siehe dazu den Beitrag von Mario Hesselbarth in der vorliegenden Broschüre. **20** Kautsky, Karl: Ein sozialdemokratischer Katechismus, in: Die Neue Zeit, 11/1893, S. 368; siehe auch ders.: Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, Berlin 1910, S. 59. **21** Einen Überblick aus sozialdemokratischer Sicht bietet: Grebing, Helga: Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1993. **22** Vgl. Schüttrumpf, Jörn (Hrsg.): Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18, Berlin 2017. **23** Aufruf der Reichsregierung vom 9. Januar 1919. Abgedruckt in: Ruge, Wolfgang/Schumann, Wolfgang (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Geschichte 1917–1919, Berlin 1975, S. 103. **24** Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, 4., durchges. Aufl., München 2005, S. 58. **25** Wehler, Hans-Ulrich: «Wer den Bürgerkrieg entfesselt, lebt immer im Angesicht des Todes». Deutschlandradio Kultur – Thema, 15.1.2009, unter: www.deutschlandfunkkultur.de/wer-den-buergerkrieg-entfesselt-lebt-immer-im-angesicht-des.954.de.html?dram:article_id=143953. **26** Immerhin macht 100 Jahre danach das Buch eines irischen Historikers Furore, der minutiös diese Gewaltorgien, vor allem vonseiten der Regierungstruppen und ihres rechten Umfeldes, wieder publik macht: Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Bonn 2017.

Mario Hesselbarth

REPRÄSENTANT DER REVOLUTIONÄREN SOZIALISTISCHEN ARBEITERSCHAFT

DIE POLITIK DER USPD WÄHREND DER NOVEMBERREVOLUTION
1918/19

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) war im April 1917 als Zusammenschluss der innerparteilichen Opposition gegen die Burgfriedenspolitik der mehrheitssozialdemokratischen Parteiführung während des Ersten Weltkriegs gegründet worden. Indem die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligte, vollzog sie zugleich einen grundlegenden Bruch mit dem bisherigen Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie. Obwohl ihre politische Praxis der einer parlamentarisch-demokratischen Oppositionspartei, hauptsächlich des Industrieproletariats, entsprach, verstand sie sich bis zu diesem fundamentalen Wendepunkt in ihrer Entwicklung als eine revolutionäre Partei. Den damit verbundenen grundsätzlichen Oppositionsanspruch gegenüber der Monarchie, der Regierung und der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gab die Führung der deutschen Sozialdemokratie am 4. August 1914 nicht nur auf, vielmehr verzichtete sie für die Zeit des Krieges auf jegliche Opposition, weil sie darauf hoffte, dass sie dafür nach Kriegsende mit Reformen von oben belohnt werden würde. Durch ihre Einreihung in die nationale Kriegsfrent des deutschen Kaiserreichs sollte die Integration der bis dahin als «Reichsfeinde» und «vaterlandslose Gesellen» vom Staat und der bürgerlichen Gesellschaft ausgegrenzten sozialdemokratischen Arbeiterschaft erfolgen.¹ Die sich gegen diesen Kurs wendende Minderheit innerhalb der SPD war von der Mehrheit im Parteivorstand und der Reichstagsfraktion systematisch ausgegrenzt worden. Die hieraus resultierenden innerparteilichen

Spannungen und Konflikte führten in der Konsequenz zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg.

Vor diesem Hintergrund umfasste die USPD das gesamte politisch-inhaltliche Spektrum der Vorkriegssozialdemokratie. Ihr gehörten sowohl Revisionisten wie Eduard Bernstein an, die über den Weg demokratischer und sozialer Reformen einen allmählichen friedlichen Übergang zur sozialistischen Gesellschaft erreichen wollten. Die große Mehrheit der zur USPD übergetretenen Mitglieder sah sich weiterhin in der revolutionären Tradition der Vorkriegs-SPD. Ihr Selbstverständnis hatte der führende theoretische Kopf der als marxistisches Zentrum bezeichneten Richtung, Karl Kautsky, prägnant formuliert: Die Sozialdemokratie sei eine revolutionäre, aber keine Revolutionen machende Partei. Unter einer Revolution verstand das marxistische Zentrum den historisch gesetzmäßigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft, auf den sich die Arbeiterbewegung politisch und organisatorisch vorbereiten sollte. Ein bewusstes Hinarbeiten auf einen revolutionären Umsturz lag für das Zentrum außerhalb des Vorstellbaren. Hierauf zielte indes nach Beginn des Weltkriegs die radikale Linke um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Letzterer hatte am 2. Dezember 1914 als erster und zu diesem Zeitpunkt einziger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gegen die Kriegskredite gestimmt. Im Januar 1916 konstituierte sich die radikale Linke als Spartakusgruppe, die im April 1917 unter Aufrechterhaltung ihrer politischen und publizistischen Unabhängigkeit der USPD beitrug. Der pazifistische Positionen ver-

tretende Hugo Haase war bis zu seinem Tod im Herbst 1919 der weitgehend anerkannte Vorsitzende der USPD.

Diese politisch-ideologische Vielfalt wird oft als Heterogenität und Ursache der «schwankenden» Politik der USPD während der Novemberrevolution 1918/19 und letztlich auch ihrer Spaltung im Oktober 1920 interpretiert. Die Existenz eines sozialdemokratischen und eines kommunistischen Flügels in einer Organisation sei auf Dauer nicht tragbar gewesen.²

Die Revolutionären Obleute und die Spartakusgruppe drängten auf eine Initiative der USPD-Führung, um die aus ihrer Sicht zur Aktion bereiten arbeitenden Massen zum aktiven Kampf für den Frieden aufzurufen.

Es ist jedoch kein Zufall, dass die «Räteforschung» der 1960er Jahre in der Bundesrepublik die USPD als «politischen Ausdruck der Massenbewegungen der revolutionären deutschen Arbeiterschaft der Jahre 1916 bis 1920»³ verstand. Im Unterschied zur bis dahin dominierenden konservativen Revolutionsdeutung sah diese neuere Forschung nicht im «Bolschewismus», das heißt der Diktatur einer kommunistischen Partei nach dem Vorbild Sowjetrusslands, sondern in einer sozialen Demokratie, die sich auf die zu Beginn der Novemberrevolution gebildeten Arbeiter- und Soldaten gestützt hätte,⁴ die wirkliche Alternative zur bürgerlichen Demokratie der Weimarer Republik.

Dass die USPD diese Alternative politisch präsentierte, resultierte aus ihrem eigenen Wandel, in dessen Folge sie sich aus einer von der Regierungspolitik des kaiserlichen Deutschlands unabhängig agierenden sozialdemokratischen Partei hin zu einer revolutionär-sozialistischen Partei entwickelt hatte. Vor, während und nach der Novemberrevolution 1918/19 war ihre Politik nicht nur von ihren

führenden Mitgliedern in den Parteileitungen bestimmt worden. Maßgebenden Einfluss hatten vor allem auch die Akteure der Rätebewegung, insbesondere die Revolutionären Obleute. Entscheidend prägten vor allem auch die bis 1918 politisch nicht organisierten Arbeiter_innen, die im Zeitraum 1919/20 massenhaft in die USPD eintraten, deren Politik mit. Möglich war diese Einflussnahme aufgrund der basisdemokratischen Strukturen dieser Partei, die den lokalen und regionalen

Organisationen gegenüber der Zentraleitung eine große Selbstständigkeit im politischen Agieren verschafften. Dadurch ergab sich die Politik der USPD immer auch aus den konkreten Handlungen vor Ort.

Die USPD verstand sich seit ihrer Gründung vor allem als eine Frie-

denspartei, wenngleich der Weg zur Beendigung des Krieges in ihren Reihen umstritten war. Vor dem Hintergrund der zwischen dem Deutschen Kaiserreich und dem revolutionären Sowjetrussland seit dem 22. Dezember 1917 geführten Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk standen sich in der Partei zwei unterschiedliche Positionen gegenüber: Die Revolutionären Obleute und die Spartakusgruppe drängten auf eine Initiative der USPD-Führung, um die aus ihrer Sicht zur Aktion bereiten arbeitenden Massen zum aktiven Kampf für den Frieden aufzurufen. Teile der Parteiführung standen hingegen Anfang 1918 einem Massenstreik sowohl hinsichtlich der Streikbereitschaft als auch der konkreten Erfahrungen mit staatlichen Repressionen skeptisch gegenüber.

Tatsächlich erzielte der indirekte Streikaufruf der USPD-Reichstagsabgeordneten an die «Männer und Frauen des werktätigen Volkes» vom 10. Januar 1918 eine beachtliche Wirkung bei der Auslösung des Januarstreiks 1918, der bis dahin größten Massenaktion der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Ers-

ten Weltkrieg. Im Ergebnis dieses letztlich gescheiterten Massenstreiks nahm das Ansehen der USPD insbesondere unter der Industriearbeiterschaft jedoch zu. Führende Parteimitglieder wie der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann oder Kurt Eisner, der spätere Initiator und Inspirator der Revolution in München am 7. November 1918, teilten infolge ihrer Haftstrafen das Schicksal Tausender, von massivsten staatlichen Repressionen betroffener Arbeiter_innen.

Während aufgrund der Erfahrung des Januarstreiks die zur Aktion drängenden Revolutionären Obleute nun begannen, die Revolution unmittelbar vorzubereiten, hielten die Parteileitung und große Teile der Parteibasis bis zum Beginn der Novemberrevolution 1918/19 einen vollständigen Zusammenbruch des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats infolge der sich abzeichnenden militärischen Niederlage nicht für möglich. Allerdings gab die USPD der Friedensbewegung, die nach dem Waffenstillstandsgesuch der deutschen Regierung an den US-amerikanischen Präsidenten Wilson am 3. Oktober 1918 entstand, zunächst politischen Ausdruck. Auf den von ihr im Oktober/Anfang November 1918 organisierten Massenversammlungen und Kundgebungen zeigte sich der Wille großer Teile der Bevölkerung nach Frieden und Demokratie. Der Aufruf der USPD-Führung «An das werktätige Volk Deutschlands»⁵ vom 5. Oktober 1918 enthielt deshalb neben einer Kritik am Eintritt der Mehrheitssozialdemokratie in die Regierung Max von Badens ein Mindestprogramm zur unmittelbaren Herbeiführung des Friedens «nach den Grundsätzen der Demokratie». Ausgehend vom Manifest der USPD für die letztlich nicht zustande gekommene Stockholmer Friedenskonferenz 1917, zielte diese Forderung auf einen Frieden im Interesse der arbeitenden Bevölkerung in allen Staaten. Dabei ging es gleichermaßen um Abrüstung, Beseitigung des Militarismus und der Geheimdiplomatie sowie eine Demokrati-

sierung der Außenpolitik durch die Kontrolle wirklicher Volksvertretungen sowie Arbeiterschutz, Gleichberechtigung der Frauen, die Herstellung völliger politischer Gleichheit aller Einwohner_innen eines Staates sowie den Schutz nationaler Minderheiten. Darüber hinaus verlangte die USPD in ihrem Aufruf vom 5. Oktober 1918 unter anderem die Einführung des Achtstundentags sowie des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts auf allen politischen Ebenen und für beide Geschlechter. Ihr Plädoyer für eine sozialistische Republik blieb demgegenüber zwar ohne programmatische Untersetzung, verband aber das grundsätzlich revolutionäre Ziel der USPD mit der Friedensfrage.

Weder die USPD-Führung noch die Revolutionären Obleute oder die Spartakusgruppe hatten sich im Voraus auf die konkrete Situation des 9. November 1918 vorbereiten und detaillierte Vorstellungen für die Überleitung der spontanen Massendemonstrationen der Berliner Arbeiterschaft und den zu ihr übergegangenen Soldaten in einen Staatsumsturz entwickeln können. Im Unterschied dazu hatte die radikale Linke mit den konkreten Planungen eines Aufstands für die nahe Zukunft begonnen, auf die sie im entscheidenden Moment zwar zurückgreifen, aber die faktische Übernahme der Revolution durch die MSPD nicht verhindern konnte. Während die Revolutionären Obleute mit ihren ersten diesbezüglichen improvisierten Aktivitäten – wie dem Versuch der Bildung eines Vollzugsausschusses ohne MSPD-Mitglieder während der Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins am Abend des 10. November oder der Aufstellung einer «Roten Garde» – an den tatsächlichen Mehrheits- und Machtverhältnissen innerhalb der Berliner Rätebewegung scheiterten, trat die USPD-Führung nahezu ohne Konzept und Zielrichtung in die gemeinsame Revolutionsregierung mit der Mehrheitssozialdemokratie, den Rat der Volksbeauftragten, ein.

Zu diesem Zeitpunkt repräsentierten die Revolutionären Obleute die radikale, auf eine Ausweitung der politischen zur sozialen Revolution setzende Minderheit der Arbeiterschaft. Mit dem Eintritt in die Regierung entsprach hingegen die USPD-Führung den Forderungen der großen Mehrheit der Mitglieder in beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien, die den Wunsch nach einer Überwindung der Spaltung artikulierten. Indem die USPD gegenüber der MSPD-Führung, die dies le-

diglich aus taktischen Gründen akzeptierte, die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte als alleinige Inhaber der politischen Macht zunächst formal durchsetzte, gab sie der Rätebewegung überhaupt einen politischen Ausdruck. Die von den

Mehrheitssozialdemokraten geforderte Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung sollte nach Auffassung der USPD erst nach der Konsolidierung der Revolution erfolgen.

In den beiden Wochen unmittelbar nach dem 9. November 1918 entwickelten Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid die Umrisse eines Konzepts zur sozialen und demokratischen Sicherung der Revolution, das Programm der «rechten USPD».⁶ Sein Ziel war die feste Verankerung der Demokratie, um der Reaktion jede Möglichkeit zu nehmen, sie wieder zu beseitigen. Hierzu sollten die Verwaltung und das Militär demokratisiert und insbesondere die großen Unternehmen der Schwerindustrie und des Kohlebergbaus sozialisiert bzw. vergesellschaftet werden. Diesbezüglich forderten Hilferding und Breitscheid von der Revolutionsregierung ein demokratisches und sozialistisches Aktionsprogramm. Dessen Kern müsse die Beseitigung des Widerspruchs zwischen formaler staatsbürgerlicher Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit bilden.

Diesbezüglich forderten Hilferding und Breitscheid von der Revolutionsregierung ein demokratisches und sozialistisches Aktionsprogramm.

«Solange die infamen Abhängigkeitsverhältnisse bestehen, die die kapitalistische Produktion schafft, solange hilft die formale papierne Demokratie dem Proletariat einen Pappentisch. Die Grundlagen dieser Abhängigkeit müssen mit Hilfe der uns durch die Revolution in die Hand gegebenen Mittel beseitigt werden.» Erst dann könne damit begonnen werden, die Demokratie nach ihrer formalen Seite auszubilden und eine aus wirklichen, freien Volks-

wahlen hervorgegangene Nationalversammlung gewählt werden, «um auf diesem Boden, den zu verändern ihr schwer sein dürfte, weiter zu bauen», schrieb Rudolf Breitscheid am 16. November 1918.⁷

Die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte – in den Tagen nach dem

9. November 1918 als «Diktatur des Proletariats» verstanden – sollte nach den Vorstellungen der «rechten USPD» die Grundlagen für eine sozialistische Republik schaffen, über die letztlich jedoch in einer allgemeinen, freien und geheimen Wahl entschieden werden müsse. Daran ließ Rudolf Hilferding keinen Zweifel, denn «eine unbeschränkte Fortdauer der Diktatur der Räte würde die Auflehnung der Unterdrückten herausfordern», der dann nur mit Terror und Bürgerkrieg zu begegnen sei. Die demokratische Entscheidung könne hingegen die sozialistischen Maßnahmen umso stärker sichern, je energischer während der «Diktatur des Proletariats» als Übergangsstadium die erforderlichen Veränderungen eingeleitet würden. Hilferding betrachtete die von ihm und seinen Mitstreiter_innen geforderten proletarisch-sozialistischen Maßnahmen als entscheidende Voraussetzung für die Erringung der Mehrheit der Arbeiterparteien in der konstituierenden Versammlung.⁸

Dass das Programm der «rechten USPD» im November/Dezember 1918 den Willen der

großen Mehrheit der Revolutionsbewegung und damit der beiden Arbeiterparteien repräsentierte, zeigen die Beschlüsse des Reichsrätekongresses, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin stattfand. Die von ihm auf den 19. Januar 1919 festgesetzte Wahl der Nationalversammlung wird zutreffend als Votum für die parlamentarische Demokratie entsprechend der demokratischen Tradition der Sozialdemokratie interpretiert.⁹ Gleichzeitig votierte der Reichsrätekongress für die Sozialisierung der hierfür reifen Betriebe und die sogenannten Hamburger Punkte, die das Militär unter die Kontrolle der zivilen Regierung stellten und gleichermaßen den Bruch mit dem preußischen Militarismus bedeuteten. Damit unterstrichen die mehrheitlich zur MSPD gehörenden Delegierten des Kongresses, dass sie die zukünftige Republik auch entsprechend ihrer sozialistischen und antimilitaristischen Tradition ausgestaltet sehen wollten.

Indem die Führung der Mehrheitssozialdemokratie nach dem 9. November innerhalb weniger Wochen ihre Position für eine sofortige Wahl der Nationalversammlung in der breiten Masse der sozialistischen Arbeiterschaft durchsetzen konnte, war dem Programm der «rechten» USPD letztlich der Boden entzogen. Die USPD-Führung besaß jedoch keine Alternativstrategie zu dessen Umsetzung. Bis Ende November 1918 hielt sie an einem späteren Termin für die Wahl zur Nationalversammlung fest. In der die Wahlfrage entscheidenden Sitzung im Rat der Volksbeauftragten am 29. November beugten sich die USPD-Vertreter dann jedoch dem Druck ihrer MSPD-Kollegen, die ultimativ die Nationalversammlung forderten. Beide Parteien einigten sich vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrätekongresses auf einen Wahltermin. Damit geriet die USPD-Führung jedoch innerparteilich in eine schwierige Situation, weil sie trotz Regierungsbeteiligung die eigenen Ziele nicht hatte realisieren können.

Seit dem 9. November 1918 waren der linke USPD-Flügel, insbesondere die Berliner Revolutionären Obleute und die Spartakusgruppe, für den Fortbestand und den Ausbau des Räteystems eingetreten. Sie sahen sich in ihren Vorbehalten gegenüber der MSPD durch die Ereignisse am 6. Dezember 1918 bestätigt. Einzelne Truppenteile putschten faktisch gegen die Revolutionsregierung und wollten Ebert sofort zum Reichspräsidenten ausrufen. Eine Demonstration von Anhänger_innen der Spartakusgruppe wurde in der Chausseestraße beschossen, ein furchtbares Ergebnis dieses Angriffs waren vierzehn Tote. Infolgedessen forderten Rosa Luxemburg und die Revolutionären Obleute den Austritt der USPD aus der Regierung.¹⁰

Die USPD-Führung reagierte auf den sich zuspitzenden innerparteilichen Konflikt mit einer scharfen Wendung gegen links, insbesondere gegen die Spartakusgruppe. Sie bezeichnete deren Taktik als bolschewistisch und unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Partei. Rudolf Breitscheid spitzte die Auseinandersetzung zu, indem er den Austritt aus der Regierung als Bekenntnis zu Spartakus oder aber den Verbleib im Rat der Volksbeauftragten und eine scharfe Abgrenzung gegenüber der Parteilinken als alternative Handlungsoptionen einander gegenüberstellte.¹¹ In dieser Logik gefangen, rückte die «rechte USPD» anstelle ihres Programms zur festen Verankerung der Demokratie die Frage «Rätediktatur oder Nationalversammlung» zunehmend in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Wie die MSPD plädierte nun auch sie für einen frühen Wahltermin.

Eine erste innerparteiliche Kraftprobe zwischen dem radikal-linken Parteiflügel und der Parteiführung fand am 15. Dezember 1918 auf der Generalversammlung der Berliner USPD statt. Die große Mehrheit der anwesenden Parteimitglieder unterstützte Hugo Haases Plädoyer für die Wahl der Nationalversammlung, während Rosa Luxemburgs Gegenposi-

tion nur von einer Minderheit geteilt wurde. Auf dem Reichsrätekongress desavouierte dann der linke USPD-Flügel die eigene Parteiführung, indem die von ihm dominierte unabhängige Fraktion die Teilnahme an der Wahl zum Zentralrat boykottierte. Durch diesen Schritt besaßen die USPD-Volksbeauftragten keinen Rückhalt in dem als Kontrollorgan gegenüber der Regierung gedachten Gremium. Während die Parteilinke damit ihrem Ziel nähergekommen war, wurde zugleich die Selbstblockade der USPD auf dem Reichsrätekongress offenkundig. Die hieraus resultierende Parteikrise erreichte ihren Höhepunkt, als die Revolutionären Obleute und die Spartakusgruppe am 21./22. Dezember ultimativ den Austritt aus der Regierung und die Einberufung eines Parteitags forderten.¹² Tatsächlich traten die USPD-Volksbeauftragten von ihren Ämtern zurück, nachdem infolge der Berliner Weihnachtskämpfe der Konflikt zwischen der Volksmarinedivision, einer Einheit revolutionärer Matrosen, und der MSPD-Führung eskaliert war.¹³ Dennoch drohte die USPD infolge der weiteren Entwicklung bis zum Jahreswechsel 1918/19 zu zerfallen. Mit der Gründung der KPD Ende Dezember 1918 im Ergebnis einer Reichskonferenz des Spartakusbundes löste sich ein Teil der radikalen Linken von ihr ab. Die Revolutionären Obleute wägten ab, ob sie der neuen Partei beitreten oder sich selbstständig organisieren sollten. Zudem gab es an der Parteilinie zahlreiche Aktivitäten zur Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Diese Situation war jedoch auch ein Ausdruck dafür, dass die Rätebewegung des November 1918 mit der Entscheidung für die Wahl der Nationalversammlung zunächst an ein vorläufiges Ende gekommen war, während die Sozialisierungsbewegung beispielsweise im Ruhrgebiet erst ab diesem Zeitpunkt aktiv wurde.

Erst infolge der politischen Ausbootung und militärischen Niederschlagung der Rätebe-

wegung durch die Regierung Ebert/Scheidemann im Frühjahr 1919 wurde die USPD zur Sachwalterin des Rätegedankens. Indem die nach dem Tagungsort der Nationalversammlung bezeichnete Weimarer Koalition aus MSPD, katholischer Zentrumspartei und der liberalen Deutschen Demokratischen Partei die Beschlüsse des Reichsrätekongresses hintertrieb, fand die Forderung nach einem Räte-system als Form der «Diktatur des Proletariats» bei großen Teilen der Arbeiterschaft nun zunehmend Unterstützung.

Der «Revolutionsparteitag» vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin war entscheidend für die politische Konsolidierung der USPD im Frühjahr 1919. Einerseits bewegte sich dieser Parteitag aufgrund der weiterwirkenden Konflikte zwischen den Vertreter_innen des sozialdemokratischen Erbes, die an den Grundsätzen des Erfurter Programms von 1891 festhalten wollten, und den Protagonist_innen des «reinen Räte-systems» und der «Diktatur des Proletariats» am Rande der Spaltung. Andererseits endete der Parteitag mit einem Kompromiss, in dem die Vorstellungen der USPD-Linken vor allem in der Rätefrage maßgeblich berücksichtigt wurden.¹⁴

Haases Entwurf für ein Aktionsprogramm der USPD zielte auf den Ausbau des Systems der Arbeiterräte und seiner Verankerung in der Verfassung. Die politische Funktion der Räte sollte in der Mitwirkung an der Staats- und Selbstverwaltung sowie der Kontrolle der Behörden bestehen. Zudem sprach er ihnen das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen und vom Parlament beschlossene Gesetze abzulehnen. Endgültig sollte über solche von den Räten abgelehnte Gesetze durch Volksabstimmungen entschieden werden. Haases Konzept war keine Alternative zur parlamentarischen, wohl aber eine Kombination aus parlamentarischer, Räte- und direkter Demokratie.

Die vom Parteitag beschlossene «Program-matische Kundgebung» legte als Kompromisslinie zwischen dem Konzept Haases und

Mit der Niederschlagung der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919 fand die zweite Phase der Revolution ihren blutigen Abschluss.

dem der Vertreter_innen des reinen Rätessystems fest, dass die USPD unter Aufrechterhaltung des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms sowohl die «Diktatur des Proletariats» als auch das in die Verfassung eingeordnete Rätessystem anerkenne. Wenngleich einige Delegierte des linken Flügels diesem Kompromiss nicht zustimmten, bedeutete er auf der programmatischen Ebene eine Verschiebung nach links, wodurch die Spaltung der Partei vermieden werden konnte.

Mit der Niederschlagung der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919 fand die zweite Phase der Revolution ihren blutigen Abschluss. Die große Mehrheit der USPD-Mitglieder ging jedoch weiterhin davon aus, die Revolution zu einem erfolgreichen Ende führen und anstelle der bürgerlich-kapitalistischen eine sozialistische Gesellschaft errichten zu können.¹⁵ Auch deshalb lehnte die USPD-Fraktion in der Nationalversammlung die im August 1919 verabschiedete Weimarer Verfassung als gegenrevolutionär ab. Anstelle einer demokratischen Republik sei ein neuer Obrigkeitsstaat geschaffen worden, «in dem der Reichspräsident im Verein mit der alten Bürokratie und der alten Klassenjustiz eine so beträchtliche Macht darstellt, dass von einer reinen Parlamentsherrschaft nicht gesprochen werden kann», kritisierte etwa das unabhängige Zentralorgan *Freiheit* am 5. August 1919.¹⁶

Mit dieser Einschätzung reflektierte die USPD zugleich die Massenstimmung unter der Arbeiterschaft, die bis tief in die Reihen der Mehrheitssozialdemokratie von den bisherigen Ergebnissen der Revolution enttäuscht war. Vor allem jüngere Arbeiter_innen ver-

stärkten nun ihre Reihen, allein von März bis November 1919 stieg die Mitgliedschaft in der USPD von 300.000 auf 750.000. «Wo die Hinzugekommenen sich vornehmlich aus früher Unorganisierten rekrutierten, ist das Verlangen nach Aktionen vielfach am stärksten.»¹⁷

Die Entstehung und Gründung der USPD im Zeitraum 1916/17 sowie ihr Agieren während der Novemberrevolution 1918/19 waren politische und organisatorische Reaktionen auf tatsächliche Massenstimmungen. Deshalb konnte die USPD zu den unterschiedlichen Zeitpunkten weit über ihre Anhängerschaft hinaus den jeweiligen Massenbewegungen politischen Ausdruck geben. Dementsprechend spiegelte sich auch das widersprüchliche Meinungsspektrum insbesondere der Revolutionsbewegung des November 1918 in der USPD wider. Ihre innerparteilichen Kontroversen waren deshalb nicht nur eine Folge ihrer politisch-ideologischen Heterogenität, sondern auch ein Spiegelbild der Auseinandersetzungen innerhalb der Rätebewegung selbst. Die zeitweiligen Erfolge der USPD brachten wie ihr jeweiliges Schwanken und Versagen während der Novemberrevolution 1918/19 zugleich auch die Stärken und Schwächen der revolutionären deutschen Arbeiterschaft zum Ausdruck.

1 Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, S. 9. 2 Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn/Berlin 1983, S. 477. Engelmann, Dieter/Naumann, Horst: Zwischen Spaltung und Vereinigung – Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993, S. 187. 3 Feldmann, Gerald/Kolb, Erhard/Rürup, Reinhard: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: Politische Vierteljahresschrift 111/1972, S. 84–105, hier S. 100. 4 Oertzen, Peter v.: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Berlin/Bonn 1976, S. 67. 5 Institut für Marxismus-Leninismus (IML) (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1958, S. 207–210. 6 Kolb, Erhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 158. 7 Zitiert nach ebd., S. 160. 8 Ebd., S. 161. 9 Schmeitzner, Mike: Ambivalenzen des Fortschritts. Zur Faszination der proletarischen Diktatur in der demokra-

tischen Revolution 1918–1920, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 53, Bonn 2013, S. 113–145, hier S. 126. **10** Engelmann/Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung, S. 71. **11** Kolb: Arbeiterräte, S. 165 f. **12** Ebd., S. 206. **13** Anstatt die Differenzen auf dem Verhandlungsweg beizulegen, gaben die MSPD-Volksbeauftragten dem Militär faktisch freie Hand. Dessen Versuch, das von der Volksmarine-division besetzte Berliner Schloss und den Marstall am Morgen des 24. Dezember mit Gewalt zu erobern, scheiterte. Vgl. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 109–113. **14** Krause, Hartfrid: USPD – Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Par-

tei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975, S. 124–127. **15** Engelmann/Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung, S. 115. **16** Brandt, Peter/Lehnert, Detlef: «Mehr Demokratie wagen.» Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010, Berlin 2013, S. 121. **17** Bericht über die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll am 9. und 10. September 1919 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Zusammengestellt nach einer Broschüre und Zeitungsberichten von Hartfrid Krause, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 1, 1917–1919, Glashütten im Taunus 1975, S. 5.

Karsten Krampitz

«ECCLESIAM HABEMUS!»

VOM ENDE DER STAATSKIRCHE: 100 JAHRE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), wie wir sie heute kennen – als eine vom Staat subventionierte, sich von diesem aber unabhängig organisierende Institution –, ist eine Folge der Novemberrevolution 1918/19. In der EKD wird man das nicht gern hören; diesbezügliche Feierstunden werden dieser Tage wohl ausbleiben.

Gerade an der Geschichte des deutschen Protestantismus wird aber deutlich, wie tief greifend die Zäsur war, die das Jahr 1918 mit sich brachte. Über all die Jahrhunderte hatte sich zuvor am Grundprinzip deutsch-protestantischer Kirchenverfassungen nichts geändert: Seit der Reformation war der jeweilige Landesfürst – selbst wenn er, wie in Bayern, Katholik war – immer auch Summus Episcopus, also Oberhaupt seiner evangelischen Landeskirche. Die Ehe von Thron und Altar ist wesentlich älter, sie geht auf den römischen Kaiser Konstantin im 4. Jahrhundert zurück. Dennoch war es Martin Luther, der das Bündnis zwischen geistiger und weltlicher Macht neu ordnete, indem er die Trennung beider Ämter aufhob und die Fürsten zu Bischöfen machte.

In der Obhut irdischer Obrigkeit führten die Kirchen ein relativ sorgenfreies Leben. Die Gehälter wurden immer pünktlich bezahlt. Im Gegenzug kümmerten sich die Pfarrer darum, dass die Landeskinder ordentlich getauft, verheiratet und bestattet wurden. Vor allem aber lieferten die Geistlichen die Legitimation für die Herrschaft der Monarchen: Ein König von Gottes Gnaden bedurfte keiner demokratischen Wahlen. Autokratische Herrschaft galt ebenso als Teil der Schöpfungsordnung, gegen die der Mensch sich nicht aufzulehnen hatte, wie später Staat

und Nation. Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie wurden von der Kanzel herab verteufelt, und wenn der König zu den Waffen rief, stimmten allerorten evangelische Pfarrer in den Kriegsgesang mit ein, erklärten die Schlacht zum Gottesdienst. Seit der Reformation gibt es keinen deutschen Waffengang ohne Segen der evangelischen Kirche. Vor allem im Ersten Weltkrieg predigten Militärpfarrer Kampf- und Opferbereitschaft und versprachen Erlösung. Wer bereit war, sein Leben für Nation und Vaterland zu geben, dem sollte das ewige Leben winken – evangelische (aber auch katholische) Militärseelsorge als Appendix der imperialistischen Durchhaltepropaganda.¹

Ende und Anfang

Im November 1918 hatten deutsche Pastoren nicht nur den Ersten Weltkrieg verloren, sondern auch ihr Oberhaupt, den Kaiser. In der neuen Republik standen die evangelischen Landeskirchen plötzlich ohne Führung da. Pfarrer und Superintendenten fürchteten um ihre Einkünfte, ihre Stellung. Was sollte jetzt werden? Aus den Institutionen? Aus dem Religionsunterricht an den Schulen? Welche Rolle sollte die Kirche in dieser neuen Republik einnehmen? Und wer sollte sie bezahlen? Das gemeine Volk war nun der Souverän und bestimmte die Regierung; ebendiese brauchte die Kirche nicht mehr, jedenfalls nicht für ihre Legitimation. Mehr noch: Die neue Regierung strebte sogar eine Trennung von Staat und Kirche an.

Die Leitung der preußischen Kirche, der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin, hatte also guten Grund zur Klage. Am Buß- und Betttag desselben Jahres hieß es in einer Erklärung:

«Wir haben den Weltkrieg verloren. Unerhörte grausamste Waffenstillstandsbedingungen der übermütigen Feinde haben wir annehmen müssen. Kaiser und Reich, wie es in einer Geschichte ohnegleichen uns teuer und wert geworden war, ist dahin. Es ist uns nichts von Bitterkeit und Demütigung erspart worden. Unsere Herzen sind wie erstarrt und zerrissen in namenloser Trauer, in bängsten Sorgen. Armut, Elend, Hunger und Verachtung droht unser und unser Kinder Los in der Welt.»² Die evangelische Kirche sah das Kriegsende als eine «erniedrigende Schmach» an. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss erklärte im Februar 1919: «Tiefer Schmerz durchzuckt unser deutsches Volk ...»³

Dass die neue Demokratie die Abhängigkeit der Kirchen vom Staat beseitigt hatte, wurde im protestantischen Milieu keinesfalls als etwas Befreiendes angesehen. Fortan hatten die evangelischen Landeskirchen ihre Oberhäupter selbst einzusetzen. «Ecclesiam habemus! Wir haben eine Kirche!», schrieb der spätere EKD-Ratsvorsitzende Otto Dibelius in seinem im Dezember 1926 erschienenen Buch «Das Jahrhundert der Kirche». Als Programmschrift sollte es kirchenweit für größte Aufmerksamkeit sorgen. Das Jahrhundert der Kirche, so der Kurmärkische Generalsuperintendent, hatte mit dem Jahr 1918 begonnen. «Das Ziel ist erreicht. Gott wollte eine evangelische Kirche. Seinem Willen mussten beide dienen, die aufbauen und die da zerstören wollten.»⁴

Doch anders als der Katholizismus, der als Weltkirche organisiert war und seine Angelegenheiten schon immer unabhängig vom Staat zu regeln pflegte, war man in der evangelischen Kirche nicht wirklich vorbereitet auf ein sich selbst organisierendes Gemeinwesen. Die seit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 existierende grundsätzliche Organisationsstruktur der evangelischen Kirche in Landeskirchen blieb erhalten. Jedoch wurde 1922 der Deutsche Evangelische Kirchen-

bund (DEKB) zur «Wahrung und Vertretung der gemeinsamen Interessen der deutschen evangelischen Landeskirchen» gegründet. Allerdings: Ähnlich wie die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete EKD war der DEKB selbst noch keine Kirche, nur ein Bund von Kirchen, der die Landeskirchen gegenüber dem Weimarer Staat zu vertreten hatte und die deutschen Gemeinden im Ausland betreuen sollte.⁵

Treue zum Kaiser

Über mehr als 400 Jahre haben sich die evangelischen Kirchen der weltlichen Obrigkeit untergeordnet und die starke Bindung an den Bibelvers Römer 13 («Jedermann sei untertan der Obrigkeit ...») zu einem zentralen Bestandteil ihrer Identität gemacht – ausgerechnet dem ersten demokratisch verfassten Staatswesen in Deutschland, der Weimarer Republik, versagten sie ihre Loyalität. Aus protestantischer Sicht war mit den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die Katastrophe eingetreten: eine Koalition aus SPD und Zentrum, aus Sozialisten und Katholiken.⁶ Als die Träger des «organisierten Vaterlandsverbands» am 28. Juni 1919 dann auch noch den «Schandvertrag von Versailles» unterschrieben, wandten sich die Generalsuperintendenten aller preußischen Kirchenprovinzen an ihre Gemeinden:

«Das Verlangen, uns als einzig Schuldigen am Kriege zu bekennen, legt uns eine Lüge in den Mund, die schamlos unser Gewissen verletzt. Als evangelische Christen erheben wir vor Gott und Menschen feierlich heiligen Protest gegen den Versuch, unserer Nation dieses Brandmal aufzudrücken. Wie man auch urteilen mag über einzelne Handlungen der Regierung unseres Kaisers: fest steht die Reinheit seines Wollens, die Makellosigkeit seines Wandels, der Ernst seines persönlichen Christentums und seines darin tief begründeten Verantwortlichkeitsgefühls. Mit

äußeren Mitteln vermögen wir ihn nicht zu schützen, aber hier unsere Bitte: im Einklang mit Millionen deutscher Männer und Frauen rufen wir unsere Gemeinden auf, in dieser Not den Kaiser und seine schwerkranke, in den Werken christlicher Barmherzigkeit vorbildlich bewährte Gemahlin nebst unseren deutschen Führern und Helden mit dem Wall unserer Fürbitten zu umgeben.»⁷

Bei den angekündigten Fürbitten sollte es nicht bleiben. In den folgenden Jahren organisierte die Kirche der Altpreußischen Union regelrechte Pilgerreisen ins niederländische Doorn, zu «Feldgottesdiensten» beim immer noch als rechtmäßig empfundenen Summus Episcopus (höchster Bischof) Wilhelm II.

Die evangelische Treue zum einstigen Kaiser und preußischen König fand ihre Fortsetzung im Kampf gegen den von SPD und KPD 1926 initiierten Volksentscheid zur Enteignung der Fürstenhäuser.⁸ Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss erklärte dazu:

«Die geplante entschädigungslose Enteignung bedeutet die Entrechtung deutscher Volksgenossen und widerspricht klaren und unzweideutigen Grundsätzen des Evangeliums.»⁹

Von unzähligen Kanzeln wurde gegen den Volksentscheid gepredigt. Auch deshalb kamen am Ende nur 14.441.590 Ja-Stimmen statt der erforderlichen 20 Millionen für die Enteignung zusammen. Unterdessen hatte sich der 28. Juni 1919 als «Tag der Schande» tief ins nationalprotestantische Bewusstsein eingebrannt. Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags rief die Deutsche Evangelische Kirche diesen Tag zum «Trauertag» aus. Zur historischen Stunde, zwischen 15 und 16 Uhr, als damals die «Novemberverbrecher» mit ihrer Unterschrift den «Schandvertrag» besiegelt hatten, läuteten reichsweit in den evangelischen Kirchen die Glocken.¹⁰

So blieb denn auch die Niederlage im Ersten Weltkrieg und mit ihr die Novemberrevoluti-

on das große Trauma der evangelischen Kirchen – wenn man so will: bis zur Niederlage im Zweiten Weltkrieg, aber das sei nur am Rande bemerkt.

Evangelischer Antisemitismus

Die NSDAP war noch nicht gegründet, als das Kirchliche Jahrbuch 1919 neue Legenden kolportierte:

«So hat sich doch, gestützt auf unzählige Einzelerfahrungen, im deutschen Volke die Überzeugung festgesetzt, dass mehr als andere Kreise der Bevölkerung Deutschlands die Juden es verstanden haben, sich auf «Druckposten» in Sicherheit zu bringen. – Weiter macht man ihnen zum Vorwurf, dass sie in Ausnutzung ihrer größeren Geldmittel sich im Wege des Schleichhandels alle möglichen Lebensmittel zu verschaffen wussten und dadurch wiederum in einem viel höheren Maße als die übrige Bevölkerung – einerseits den Schleichhandel gefördert, andererseits die Preistreiberei begünstigt haben. [...] Viel ernster als diese, man könnte sagen, privaten Verfehlungen von Juden sind die Vorwürfe zu nehmen, die gegen die Judenheit im Großen erhoben werden und sie des unpatriotischen Verhaltens bezichtigen. Da wird ihnen vorgeworfen, dass sie im Interesse des international investierten Kapitals die Miesmacherei und Flaumacherei im Großen betrieben hätten. Sie werden für die eigentlichen Urheber der Friedensangebote angesehen. Sie sollen, um die Fortsetzung des Krieges unmöglich zu machen, die innere Front zermürbt haben.»¹¹

Es sei daran erinnert, dass in den deutschen Armeen in den Jahren 1914 bis 1918 mindestens 96.000 Soldaten mosaischen Glaubens gekämpft hatten – Männer aus allen Altersgruppen und sozialen Schichten, die, soweit sie die Front überlebten, ihre Bereitschaft, mit Leben und Gesundheit für ihr Vaterland einzustehen, noch bitter bereuen sollten.¹²

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten sprach seinerzeit von 12.000 Gefallenen. Der evangelischen Kirche war das keine Silber wert. So mögen sich die völkischen Hetzer und Propagandisten im *höheren* Auftrag gewährt haben, als sie nach und nach die erste Demokratie in Deutschland aus den Angeln hoben, da doch selbst die Kirchen den Juden die Schuld an der Niederlage, an Not und Elend anlasteten.

Geschenke ohne Gegenleistung

Dabei hatte die evangelische Kirche der neuen Zeit und der verachteten «Weimarer Koalition», dem Bündnis von Sozialdemokratie und Katholizismus, eine Freiheit zu verdanken, bei gleichzeitig garantierter finanzieller Sicherheit, wie dies bis dato in der Geschichte des Protestantismus in Deutschland noch nie der Fall gewesen war: Die «Novemberverschreiber» hatten den evangelischen Kirchen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zuerkannt, sie mit dem Privileg der Steuererhebung ausgestattet und ihr noch dazu die Möglichkeit zur Seelsorge in den Bereichen Militär, Krankenhäuser und Strafanstalten eingeräumt. Im Gegenzug hatten SPD und Zentrum auf jede Einflussmöglichkeit des Staates in kirchlichen Fragen verzichtet. Bedauerlicherweise gehörte dazu auch der Bereich der Fürsorgeerziehung. Wohl hatte die Sozialdemokratie das Wirken kirchlicher Zwangserziehungsheime (einer Mischung aus Kaserne, Gefängnis und Kloster) lange Zeit und zu Recht als Klassenkampf von oben empfunden; nur allzu oft hatte der Staat das unangepasste Sozialverhalten jugendlicher Arbeiter mit einer rigiden Einweisungspraxis beantwortet. Dessen ungeachtet sahen sich die Vertreter von SPD und USPD in der Nationalversammlung von 1919 außerstande, ihre Initiative zur «Fernhaltung religiöser Betätigung

auf dem Gebiet der Erziehung» Gesetz werden zu lassen.¹³ Die teils unmenschlichen Zustände in kirchlichen Erziehungsheimen sollten erst Mitte der 1960er Jahre Gegenstand einer öffentlichen Debatte werden – im Zuge der «Heimkampagne» der Außerparlamentarischen Opposition. In der Weimarer Republik aber (bis weit in die westdeutsche Nachkriegszeit) blieben diese Heime zwar vom Staat finanziert, aber unbeaufsichtigt.

Doch ungeachtet der vielen Privilegien stieß die Weimarer Demokratie bei den Repräsentanten der evangelischen Kirchen auf wenig Gegenliebe. Die neue Religionsfreiheit, Ergebnis der Trennung von Staat und Kirche, wurde als Beliebigkeit empfunden, wenn nicht gar als antichristlich, als etwas Aufgezwungenes. Nicht einmal ein Dietrich Bonhoeffer war frei von solchen Ressentiments. In einer Ansprache vor New Yorker Studenten betonte Bonhoeffer 1930:

«Lasst mich ganz offen sagen, dass kein Deutscher und kein Ausländer, der die historischen Ursachen des Krieges kennt, daran glaubt, dass Deutschland die alleinige Kriegsschuld trägt – ein Satz, den wir gezwungen waren, im Versailler Vertrag zu unterzeichnen [...] Jener 11. November 1918, der uns das Kriegsende brachte, war der Beginn einer neuen Periode des Leidens und des Unglücks.»¹⁴

Zwei Jahre später lesen wir bei Bonhoeffer zur theologischen Standortsuche der Kirche in der Weimarer Republik:

«Die Kirche will überall sein und ist darum nirgends. Sie ist ungreifbar und darum unangreifbar geworden. Sie ist nie und nirgends ganz sie selbst. Auf der Flucht vor sich selbst ist die Kirche heute einer tiefen Verachtung verfallen. Sekten werden ernster genommen als die Kirche, weil sie an einem Ort stehen. [...] Was ist der eigentliche Ort der Kirche?»¹⁵

Sehnsucht nach der Obrigkeit

Zum Antisemitismus und zur allgemeinen Demokratieverachtung in weiten Teilen der evangelischen Kirche gesellte sich die Furcht vieler Protestanten vor sozialer Verelendung infolge der Wirtschaftskrise (wenn sie davon nicht schon längst betroffen waren) und noch dazu eine obskure Katholikenfurcht. Albrecht Schönherr erinnerte sich später, wie zuwider es den Protestanten war, dass die Weimarer Republik lange Zeit durch eine Koalition mit der katholischen Zentrumspartei regiert wurde.¹⁶ Während die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), in gewisser Weise die Partei der Nati-

Diese Mischung aus Angst und reaktionärem Denken, verbunden mit der Illusion, mit dem Nationalsozialismus in einer Koexistenz leben zu können, ließ das protestantische Milieu zum Rekrutierungsgebiet demokratiefeindlicher Kräfte werden. Albrecht Schönherr schreibt: «Im Grunde war das Herz vieler Pfarrer und Gemeindeglieder immer noch bei der Monarchie. Sie war ihnen mehr als eine Staatsform, sie war ihnen trotz Reichs- und Landtag eine patriarchalische Lebensordnung ähnlich der Familie gewesen. [...] Man wollte eine starke Regierung, eine echte «Obrigkeit», die den auflösenden Tendenzen des durch die Weimarer Verfassung genährten Liberalis-

mus, der sich in einer bisher ungewohnten Freizügigkeit auslebte, wirksam entgegenzutreten würde.»¹⁸

Als besonders verhängnisvoll erwies sich dabei die damals herrschende Theologie, die «Volk» und «Ras-

Die evangelische Kirche und die NS-Bewegung schöpften in den Jahren der Weimarer Republik aus derselben Quelle - der Quelle eines völkisch-rassistisch aufgeladenen Nationalismus.

onalprotestanten, Jahr für Jahr an politischem Gewicht verlor, bekam die Republik eine ganze Reihe katholischer Reichskanzler: Constantin Fehrenbach, Joseph Wirth, Wilhelm Marx, Heinrich Brüning und, nicht zu vergessen, (der später parteilose) Franz von Papen.

Zur Katholikenfurcht der Protestanten kam die Kommunistenfurcht; das Gespenst des aufkommenden Bolschewismus verbreitete in den Kirchen Angst und Schrecken. Der damalige württembergische Kirchenpräsident Theophil Wurm, der nach dem Krieg erster EKD-Ratsvorsitzender werden sollte, sah sich noch während der Brüning-Ära gezwungen, braune Farbe zu bekennen. Mit Blick auf den Kirchenkampf unter Stalin sagte Wurm, dass man nur die Wahl habe zwischen einer Diktatur Hitlers und einer Diktatur Moskaus und dass die Erstere in jedem Fall vorzuziehen sei, auch wenn sie nicht bequem sein werde.¹⁷

se» als zentrale Bestandteile einer gewollten Schöpfungsordnung interpretierte.¹⁹ Woran sich nach dem Untergang des Dritten Reichs unter Pfarrern und Bischöfen niemand mehr erinnern wollte: Die evangelische Kirche und die NS-Bewegung schöpften in den Jahren der Weimarer Republik aus derselben Quelle – der Quelle eines völkisch-rassistisch aufgeladenen Nationalismus. Die Indizienlage, so der Historiker Manfred Gailus, ist schlicht erdrückend. Vieles spricht für die These, «dass kein anderes der großen Sozialmilieus so offen und aufnahmebereit für nationalsozialistische Politik und Weltanschauung war wie gerade das protestantische» – eine der sozialen Haupteinbruchsstellen der Nazis während der Zwischenkriegszeit.²⁰ Die Weichenstellung für diese Entwicklung war in der evangelischen Kirche bereits unmittelbar nach der Novemberrevolution erfolgt.

1 Müller-Kent, Jens: Militärseelsorge im Spannungsfeld zwischen kirchlichem Auftrag und militärischer Einbindung, Hamburg 1990, S. 12f. **2** Zitiert nach Prolingheuer, Hans: Kleine politische Kirchengeschichte. 50 Jahre evangelischer Kirchenkampf von 1919 bis 1969, 2. durchgesehene und verbesserte Aufl., Köln 1985, S. 11. Siehe auch Nowak, Kurt: Protestantismus und Weimarer Republik, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933, Bonn 1998, S. 220. **3** Kirchliches Jahrbuch 1919, S. 340. **4** Dibelius, Otto: Das Jahrhundert der Kirche, Berlin 1926, S. 77. **5** Der DEKB war strukturiert in drei Organe: als synodales Organ den Kirchentag (KT) mit 210 Mitgliedern, den Kirchenbundesrat (KBR), in dem alle 28 Landeskirchen vertreten waren, und den Kirchausschuss (KA), in den KT und KBR je 18 Mitglieder entsandten. **6** Zur besseren Lesbarkeit verwendet der Autor das generische Maskulinum. **7** Zitiert nach Prolingheuer: Kleine politische Kirchengeschichte, S. 25. **8** Infolge ungeheurer Entschädigungsforderungen, vor allem der Hohenzoller, für in der Revolution erlittene materielle Schäden, sahen sich beide Arbeiterparteien gemeinsam (!) auf den Plan gerufen, die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser, deren Vermögen auf drei Milliarden Goldmark geschätzt wurde, durch Volksentscheid durchzusetzen (im Reichstag wäre ein solches Gesetzesvorhaben ohne Chance auf Zweidrittelmehrheit gewesen). **9** Zitiert nach Prolingheuer: Kleine politische Kirchengeschichte, S. 30. **10** Prolingheuer: Kleine politische Kirchengeschichte, S. 36. **11** Kirchliches Jahrbuch 1919, Auszug aus dem Kapitel «Juden und Judenmission», S. 235f. Siehe dazu auch Krampitz, Karsten: «Jedermann sei untertan». Deutscher Protestantismus im 20. Jahrhundert – Irrwege und Umwege, Aschaffenburg 2017, S. 35 ff. **12** Berger, Michael: Eisernes Kreuz und Davidstern. Die Geschichte jüdischer Soldaten in Deutschen Armeen, Berlin 2006, S. 134 ff. u. 141 f. **13** Im Deutschen Reich gab es 1926 insgesamt 776 Erziehungsheime, darunter 420 in evangelischer, 240 in katholischer und acht in jüdischer Trägerschaft. Lediglich 108 Heime hatten keine konfessionelle Bindung, nur 97 Häuser hatten öf-

fentliche Träger. Siehe dazu: Benad, Matthias: Die Fürsorgeerziehung in Freistatt von 1899 bis in die frühe Bundesrepublik, in: Benad, Matthias/Schmuhl, Hans Walter/Stockhecke, Kerstin (Hrsg.): Endstation Freistatt. Fürsorgeerziehung in den v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel bis in die 1970er Jahre, Bielefeld 2011, S. 55–142, besonders S. 96. Für die Zahlenangaben siehe S. 76. **14** Zitiert nach Zimmermann, Wolf-Dieter: Wir nannten ihn Bruder Bonhoeffer, Berlin 1995, S. 17. **15** Zitiert nach Bethge, Eberhard: Dietrich Bonhoeffer – Gefährdetes Erbe in bedrohter Welt, in: Fink, Heinrich u. a. (Hrsg.): Dietrich Bonhoeffer – Gefährdetes Erbe in bedrohter Welt, Berlin 1987, S. 34. **16** Schönherr, Albrecht: 1933 – Jahr der Machtkämpfe und Illusionen, in: Bekenntnis in Not. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg im Konflikt mit dem totalen Staat (1933–1945), Aufsätze zur Geschichte des Kirchenkampfs, hrsg. von Erich Schuppan, Berlin 2000, S. 78. Zur «Katholikenfurcht» vgl. auch Nowak: Protestantismus und Weimarer Republik, S. 236. **17** Zitiert nach Nowak: Protestantismus und Weimarer Republik, S. 236. **18** Schönherr: 1933 – Jahr der Machtkämpfe und Illusionen, S. 78 f. **19** Als exponiertes Beispiel siehe aus dem Jahr 1926 den antisemitischen Aufsatz des späteren bayerischen Bischofs Hans Meiser: «Die evangelische Kirche und die Judenfrage», in: Röhm/Thierfelder: Juden, Christen, Deutsche, 1. Bd., Stuttgart 1990, S. 350–362. **20** Gailus, Manfred/Krogel, Wolfgang (Hrsg.): Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen. Berlin 2006, S. 18. Wohingegen das katholische Milieu, so man als Indikator dafür die konstanten Wahlergebnisse der Zentrumspartei nimmt, bis 1933 weitgehend unversehrt blieb. Auch hatten die katholischen Bischöfe – bis zur Machtübernahme Hitlers – eine eindeutig ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus eingenommen; noch im August 1932 hatte die Fuldaer Bischofskonferenz festgelegt, dass eine Mitgliedschaft in der NSDAP mit dem katholischen Glauben unvereinbar sei. Vgl. dazu: Jauch, Ernst-Alfred/Helwig, Gisela: Katholische Kirche, in: Helwig, Gisela/Urban, Detlef (Hrsg.): Kirchen und Gesellschaft in beiden deutschen Staaten, Köln 1987, S. 7 ff.

Julia Killet/Riccardo Altieri

KONTRAHENT_INNEN UND GLEICHGESINNTE

DIE ROLLEN VON ROSA LUXEMBURG UND KURT EISNER WÄHREND DER NOVEMBERREVOLUTION 1918/19

Freunde waren Rosa Luxemburg und Kurt Eisner nicht. Ihre Lebenswege unterscheiden sich deutlich voneinander. Eine der großen Gemeinsamkeiten zwischen ihnen besteht wohl darin, dass die Novemberrevolution in München und Berlin bis heute mit ihren Namen verbunden wird.

Geboren wurde Rosa Luxemburg am 5. März 1871 im polnischen Teil des russischen Kaiserreichs, in Zamość. Sie war die Jüngste von fünf Geschwistern. Im Jahr 1873 siedelte die Familie nach Warschau über. Die Eltern legten großen Wert auf die Bildung der Kinder. Rosa Luxemburg war eine der besten Schüler_innen auf dem Gymnasium und beteiligte sich schon früh an illegalen politischen Zirkeln.

1889 schrieb sie sich an der Universität Zürich ein, zunächst für Naturwissenschaften, später für Staatswissenschaften. Vielleicht riet ihr ihre erste große Liebe, Leo Jogiches, zu diesem Fachwechsel. Zusammen gehörten sie zu den Mitbegründer_innen der ersten sozialdemokratischen Partei Polens, der SDKP¹ (ab 1900 SDKPiL²).

Im Alter von 27 Jahren schloss Rosa Luxemburg ihre Doktorarbeit ab. 1898 zog sie nach Berlin und erhielt durch eine Scheinehe die deutsche Staatsbürgerschaft. Gleich nach ihrer Ankunft trat sie der SPD bei und wurde auf der großen politischen Bühne aktiv. In der folgenden Zeit fehlte Rosa Luxemburg auf keinem Parteitag und überzeugte schon als junge Frau innerhalb des linken Flügels der SPD als exzellente Rednerin. Einen Namen machte sie sich in einer Debatte mit dem Sozialdemokraten Eduard Bernstein: Er forderte Reformen, sie die Revolution. Kurze Zeit später wurde sie

als erste Frau zur Chefredakteurin der *Sächsischen Volkszeitung* berufen.

Rosa Luxemburg beherrschte fünf Sprachen in Wort und Schrift und verfasste Artikel in französischer, polnischer³ und russischer Sprache. Von 1904 bis 1914 war sie Delegierte im Internationalen Sozialistischen Büro, einem Beratungsgremium mit Vertreter_innen aller sozialdemokratischen Parteien, das sich zu nationenübergreifenden Diskussionen in Brüssel einfand. Mit Beginn der revolutionären Streik- und Protestbewegung im russischen Zarenreich 1905 zog es Rosa Luxemburg nach Warschau. Dort wurde sie zusammen mit Leo Jogiches verhaftet und kam auf Kaution der SPD wieder frei. Zurück in Berlin setzte sie sich im Folgenden vehement für die Verankerung des politischen Massenstreiks im Parteiprogramm der SPD ein. Sie sah darin einen Hebel im Kampf für die Befreiung der Gesellschaft vom Kapitalismus. Die Sozialdemokrat_innen lehnten das ab. Ihre Schrift «Massenstreik, Partei und Gewerkschaften» erschien 1906 in Hamburg.

Rosa Luxemburg folgte der Überzeugung, dass die sozialistische Gesellschaft nur durch eine erfahrene und geschulte Bewegung erreicht werden könne. Politische Bildung war für sie unerlässlich. 1907 trat sie ihre Stelle als Lehrerin an der Parteischule der SPD an, wobei sie die einzige Frau im Kollegium war. Kurt Eisner sprach sich der Parteischule gegenüber übrigens kritisch aus, weil sie mit ihrem Sitz in Berlin seiner Meinung nach zu hauptstadtzentriert und inhaltlich zu einseitig aufgestellt war. Ihm schwebte ein allgemeinbildendes Konzept vor, das den Parteischüler_innen die

Grundkenntnisse der politischen Theorie am Beispiel des Alltags der arbeitenden Klasse vermitteln möge, anstatt der Hoffnung nachzuhängen, in einem halben Jahr Parteischule Schüler_innen zu künftigen Lehrkräften für die Provinz ausbilden zu können.⁴

Kurt Eisner wurde am 14. Mai 1867 in Berlin als zweites Kind von vier Geschwistern geboren. Er besuchte das humanistisch geprägte Askanische Gymnasium in der Friedrichsvorstadt. Der Vater verdiente den Familienunterhalt als Textilfabrikant und hatte bisweilen Schwierigkeiten, die Ausbildung des Sohnes zu finanzieren. Nach dem Abitur entschied sich Eisner für ein Philosophie- und Germanistikstudium an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität. Während Rosa Luxemburgs politische Ausrichtung vor allem durch ein ausführliches Studium der Schriften von Ferdinand Lassalle, Karl Marx und Friedrich Engels geprägt war, fokussierte sich Kurt Eisner auf die erkenntnistheoretischen Schriften Immanuel Kants. Die Arbeit an seiner Doktorarbeit zu Leben und Werk Achim von Arnims konnte Eisner nicht beenden: Weil ihm recht früh das Geld ausging – ein Problem, das sich wie bei Rosa Luxemburg durch die gesamte Vita zieht –, war er gezwungen, ein Stellenangebot als Journalist anzunehmen und sein Studium damit ohne Abschluss zu beenden. Von der Dissertation blieben nur 242 Seiten Materialsammlung erhalten; mehr kam nicht zu Papier.

Ab 1890 schrieb Kurt Eisner unter anderem für die *Frankfurter Zeitung* und die *Hessische Landeszeitung*. Er war im Feuilleton tätig, verfasste aber auch zeitkritische Gesellschaftsanalysen. Eisner zog nach Marburg, wo er den Religionsphilosophen Hermann Cohen kennenlernte. Der Neukantianer wurde zu einem Vorbild für Kurt Eisner und brachte ihn zu der Überzeugung, dass Kants Ethik nur im Sozialismus realisierbar sei.⁵ Seine Artikel wurden immer politischer und 1897 veröffentlichte er in der Zeitschrift *Die Kritik* einen satirischen

«Provinzialbrief». Die darin enthaltenen Anspielungen auf den Kaiser führten zu einer neunmonatigen Haftstrafe wegen Majestätsbeleidigung.⁶ Nach seiner Entlassung bot Wilhelm Liebknecht dem 31-Jährigen die Position als Chefredakteur beim SPD-Zentralorgan *Vorwärts* an. Offenbar verortete Liebknecht Kurt Eisners politische Haltung zwischen den Revisionist_innen auf der rechten und den Marxist_innen auf der linken Seite der Sozialdemokratie.⁷ Erst nach Antritt seiner Stelle wurde Kurt Eisner 1898 Mitglied der SPD.

In ihren Schriften und Reden hatte Rosa Luxemburg stets gegen Aufrüstung, Militarismus und Krieg gekämpft.

Wie Rosa Luxemburg eckte auch Kurt Eisner in der Sozialdemokratie an. Während er sich mit Franz Mehring gut verstand, zählten Victor Adler (SDAP)⁸ und August Bebel zu seinen schärfsten Kritiker_innen: «Schöngeist», «Phantast», «Literat» und «Feuilletonist» waren noch die höflicheren Ausdrücke, mit denen sie ihn belegten. Verstärkt geriet er mit Eduard Bernstein wie auch mit «orthodoxen Marxisten» in der SPD in politische Auseinandersetzungen.⁹ Auf dem Parteitag 1905 in Jena wurde Eisner aufgrund seiner zurückhaltenden Berichterstattung über den politischen Massenstreik und die revolutionären Ereignisse in Russland angegriffen. Daraufhin bot August Bebel Rosa Luxemburg die Leitung des *Vorwärts* an. In der Folge kündigten sechs Redakteure aus dem Eisner-Kreis.¹⁰

Auch im privaten Leben beschritten Eisner und Luxemburg unterschiedliche Wege. Rosa Luxemburg blieb kinderlos und heiratete nach ihrer Scheinehe nicht wieder. Stattdessen ging sie 1907 eine Liebesbeziehung mit dem 14 Jahre jüngeren Sohn ihrer Freundin und Kampfgefährtin Clara Zetkin ein. Eisner heiratete 1892 Elisabeth Hendrick und hatte fünf

Kinder mit ihr. In Nürnberg verliebte er sich in Else Belli. Sie gingen eine Affäre ein und lösten damit innerhalb der SPD einen Eklat aus, der Eisner zunächst die Aussicht auf ein politisches Mandat kostete und letztlich zu seinem Umzug nach Altbayern führte. Erst 1917 ließ er sich von Elisabeth Eisner scheiden, um Else Belli zu heiraten. Mit ihr hatte er zwei weitere Kinder, Freia und Ruth.¹¹

1907 trat Eisner seinen Posten als Chefredakteur der *Fränkischen Tagespost* in Nürnberg an. Drei Jahre später zog er nach München, arbeitete zunächst als Redakteur bei der *Münchner Post*, gründete dann jedoch unter dem Namen Arbeiter-Feuilleton¹² eine kleine Presseagentur, die sozialdemokratischen Zeitungen Artikel anbot. Durch diese Arbeit kam Kurt Eisner in Kontakt mit der Münchner Künstler- und Intellektuellenszene.

In ihren Schriften und Reden hatte Rosa Luxemburg stets gegen Aufrüstung, Militarismus und Krieg gekämpft. Für ihren Ausruf «Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: «Nein, das tun wir nicht!»» wurde sie am 20. Februar 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Davon ließ sie sich aber nicht abschrecken und setzte ihren antimilitaristischen Aufklärungskurs fort.¹³

Nachdem die SPD-Fraktion am 4. August 1914 den Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg zugestimmt hatte, versuchte Rosa Luxemburg, eine Opposition aufzubauen, und gründete am 1. Januar 1915 die «Gruppe Internationale». Dieser Kreis gab Informationsblätter mit dem Titel *Politische Briefe* heraus, die illegal in ganz Deutschland verteilt wurden. Die Beiträge waren mit «Spartakus» unterzeichnet, angelehnt an den legendären Anführer des römischen Sklavenaufstands. Die Zeitung hieß jetzt *Spartakus-Briefe*, wodurch auch die Gruppe ab 1916 zu dem Namen «Spartakusgruppe» gelangte. 1917 schloss sich der Spartakusbund als eigenständige Or-

ganisation auf dem linken Flügel der neu gegründeten USPD¹⁴ an.

Im Gegensatz zu Rosa Luxemburg durchschaute Kurt Eisner die Kriegspropaganda vom angeblichen russischen Angriffskrieg der ansonsten von ihm kritisierten deutschen Reichsleitung anfangs nicht. Geblendet davon verharnte Eisner einige Zeit in Unentschlossenheit. Doch Ende des Jahres 1914, als die erste Kritik am Krieg durch die Zensur der Behörden gedrungen und die deutsche und die gegnerischen Armeen in einen verlustreichen und lähmenden Stellungskampf verfallen waren, hatten ihn heftige Zweifel gepackt. Er begann, die Propaganda zu hinterfragen, und wurde im Folgenden zu einem überzeugten Pazifisten und Gegner der Kriegstreiber in allen Ländern. Auf dem Gründungsparteitag der USPD schloss er sich der neuen Partei an. Das Verhältnis zu Rosa Luxemburg verbesserte sich.¹⁵ Mitte 1916 wurde Rosa Luxemburg ohne Anklage in sogenannte Schutzhaft genommen. Bis November 1918 lebte sie ununterbrochen in Berlin, Wronke und Breslau in einer winzigen Gefängniszelle. Insgesamt verbrachte Rosa Luxemburg drei Jahre und vier Monate in Gefangenschaft – länger als alle anderen inhaftierten Sozialist_innen während des Krieges. Umsorgt wurde sie von ihrer Vertrauten und Sekretärin Mathilde Jacob, die ihr politische Informationen zukommen ließ, aber auch Artikel aus dem Gefängnis heraus schmuggelte und nach Publikationsmöglichkeiten suchte. Rosa Luxemburg nutzte die Zeit zum Schreiben: 1916 erschien ihre Broschüre «Die Krise der Sozialdemokratie», die sie unter dem Pseudonym «Junius» veröffentlichte. Außerdem schrieb sie die «Antikritik» zu ihrem 1913 erschienen und vieldiskutierten Werk «Akkumulation des Kapitals», arbeitete weiter an ihrer «Einführung in die Nationalökonomie» und schrieb zahlreiche Artikel zu tagesaktuellen Themen.

Die russische Revolution begrüßte Rosa Luxemburg voller Euphorie. In Briefen an Freun-

de bat sie aus dem Gefängnis um Informationen und Berichte. In ihrer fragmentarisch gebliebenen Schrift «Zur russischen Revolution» wird ihre Anerkennung für die Leistungen der Bolschewiki deutlich. Gleichzeitig weist sie scharf auf Probleme und Schwierigkeiten hin: «Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein. Einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren. Unter ihnen leidet die Wirklichkeit.»¹⁶

Kurt Eisners Positionen bezüglich der russischen Revolution sind noch kaum erforscht. Wenngleich er die Erfolge der Bolschewiki in Russland womöglich gutheißen mochte, so kritisierte er wie auch Rosa Luxemburg mit Nachdruck Lenins Praktiken bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk: «Was [...] Lenin und Trotzki raten, müssen die deutschen, oesterreichischen, italienischen, französischen und englischen Proletarier mit ihrem Blut zahlen. Sonderfrieden ist die entsetzlichste Kriegsverschärfung.»¹⁷

Auch in Bayern wurden zahlreiche Kriegsgegner_innen verhaftet. Anlass für Kurt Eisners Verhaftung waren die Januarstreiks von 1918.¹⁸ Mit einem Coup gelang es der USPD, Kurt Eisner aus dem Gefängnis zu holen. Man hatte zuvor den Plan gefasst, ihn für die bevorstehenden außerordentlichen Reichstagswahlen als Spitzenkandidaten der USPD aufstellen zu lassen, wodurch seine Haft aufgehoben werden konnte.

In Berlin wurde Prinz Max von Baden am 3. Oktober 1918 zum neuen Reichskanzler ernannt. Rosa Luxemburg hoffte auf Entlassung und bat um Begnadigung. Stattdessen erging ein neuer Haftbefehl gegen sie. Während Kurt Eisner und Karl Liebknecht bereits Ende Oktober aus dem Gefängnis entlassen wurden,

kam Rosa Luxemburg erst am 8. November 1918 frei – einen Tag, bevor Philipp Scheidemann die deutsche und Karl Liebknecht die freie sozialistische Republik ausriefen. Rosa Luxemburg erreichte Berlin erst am 10. November, besuchte sogleich die Genoss_innen der Spartakusgruppe in den Verlagsräumen des besetzten *Berliner Lokal-Anzeigers* und begutachtete die erste Ausgabe der *Roten Fahne*.

Als Chefredakteurin schrieb Rosa Luxemburg unermüdlich für die *Rote Fahne*. Die Redaktionsstätigkeit war geprägt von der Suche nach Druckmöglichkeiten und dem Umgang mit knappen Papierressourcen. Der Spartakusbund wurde am 11. November 1918 offiziell gegründet. Am 6. Dezember unternahm Offiziere und Soldaten der Reichswehr einen Putschversuch gegen die Arbeiter- und Soldatenräte. Als es zu Unruhen kam, wurden 16 Demonstrierende von Reichswehrsoldaten erschossen. Als Konsequenz daraus forderte Rosa Luxemburg die USPD in einer Resolution auf, den Rat der Volksbeauftragten¹⁹ zu verlassen. Nur so könnte die USPD die Chance für eine sozialistische Gesellschaft erkämpfen, «bei der die Mehrheit des Proletariats die politische Macht in den Händen hat».²⁰ Ihre Resolution wurde abgelehnt. Am 14. Dezember veröffentlichte Rosa Luxemburg das Programm «Was will der Spartakusbund?» in der *Roten Fahne*. Darin listete sie Schritte auf, die zur Sicherung der Revolution zu befolgen seien: Entwaffnung von Polizei und nichtproletarischem Militär; Bewaffnung der Proletarier_innen, Aufhebung der Gehorsamspflicht, Entfernung der Offiziere aus den Räten; Besetzung von wichtigen Posten durch Revolutionär_innen, Einsetzung eines Revolutionstribunals und Beschlagnahme von Lebensmitteln zur Sicherung der Volksernährung.²¹

In Bayern verlief die Entwicklung in eine andere Richtung. Am 7. November 1918 waren Hunderte Anhänger_innen der USPD auf der nördlichen Theresienwiese zusammen-

Rosa Luxemburg stellte sich auf dem Gründungsparteitag am 30. Dezember vergeblich gegen den Vorschlag der «Bremer Linksradi-kalen», den Namen «Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)» zu wählen, und sprach sich stattdessen für den Namen «Sozialistische Arbeiterpartei» aus.

gekommen und hatten ein Ende des Krieges gefordert. Anschließend folgte ein Marsch zu den Münchner Kasernen, wo die Soldaten in Scharen zu Kurt Eisners Anhängern wurden. Am 8. November 1918 rief der Pazifist Eisner schließlich den Freistaat Bayern aus.²² Dabei konnte er sich vor allem auf kriegsmüde Soldaten stützen, die unter anderem in den Räten organisiert waren. Die Arbeiter_innen waren zum Großteil überzeugte Anhänger_innen der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD). Eisners Politik war weit weniger radikal als die der Berliner Spartakist_innen, die – wie gesagt – eine Beteiligung im Rat der Volksbeauftragten ablehnten. Als erster Ministerpräsident Bayerns bildete er unter Beibehaltung nahezu des gesamten Beamtenapparats eine Regierung mit mehrheitssozialdemokratischem Übergewicht, deren größte Erfolge – analog zu reichsweiten Entwicklungen – die Umsetzung des Achtstundenarbeitstags, die Einführung der Erwerbslosenfürsorge und das aktive und passive Wahlrecht für Frauen waren.²³

In ihren Artikeln richtete sich Rosa Luxemburg weiterhin gezielt an die Arbeiter- und Soldatenräte. Sie schrieb: «Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf der Tagesordnung gestellte Frage lautet: *bürgerliche* Demokratie oder *sozialistische* Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne.»²⁴ Voller Hoffnung setzte Rosa Luxemburg auf die Rätebewegung.

Für Kurt Eisner war die Diktatur des Proletariats nach russischer Spielart ebenfalls keine Alternative. Er verurteilte die Gewalt der Bolschewiki und jede Begründung zu deren Verteidigung auf Basis der angeblichen

«russischen Rückständigkeit». Nach seiner Meinung hatte Lenin in Moskau keine «Demokratie [oder] sozialistische Gesellschaft» geschaffen, sondern «den Sozialismus» als solchen «nicht begriffen».²⁵

In Berlin überschlugen sich die Ereignisse. Auf dem Reichsrätekongress vom 16. bis 20. Dezember 1918 wurde für parlamentarische Wahlen zur Nationalversammlung gestimmt. Nach den sogenannten Weihnachtskämpfen zwischen der revolutionären Volksmarinedivision und regierungsnahen Truppen am 24. Dezember 1918 glaubten einzelne Linksradi-kale, die Zeit wäre reif, eine neue Partei zu gründen. Aus Protest gegen diese blutigen Auseinandersetzungen verließ die USPD den Rat der Volksbeauftragten. Rosa Luxemburg stellte sich auf dem Gründungsparteitag am 30. Dezember vergeblich gegen den Vorschlag der «Bremer Linksradi-kalen», den Namen «Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)» zu wählen, und sprach sich stattdessen für den Namen «Sozialistische Arbeiterpartei» aus. Klar positionierte sie sich für eine Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung, da sie die Befürchtung hatte, die KPD wäre Repressionen sonst schutzlos ausgeliefert und würde nach und nach an Bedeutung verlieren. Doch auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt, angenommen wurde jedoch das von ihr verfasste Parteiprogramm.

Kurt Eisner war diesen Schritt nicht mitgegangen. Er blieb kritisches Mitglied der USPD und behielt in Bezug auf die angekündigten Wahlen zur Nationalversammlung seine bereits in der Revolutionsnacht am 7. November 1918 formulierte Position: «Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen

wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.»²⁶

Zum vorläufigen Höhepunkt der revolutionären Ereignisse kam es, als die Zeitungen am 4. Januar 1919 meldeten, dass der von der USPD gestellte Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn abgesetzt werden sollte. Für den folgenden Tag riefen Revolutionäre Obleute zum Generalstreik auf. Das Berliner Zeitungsviertel wurde besetzt. Zur gleichen Zeit versammelte der Volksbeauftragte für Heer und Marine, Gustav Noske, Freikorps und Militär rund um Berlin.

Wie die Schwerpunktsetzung in der *Roten Fahne* zeigt, war die KPD nicht auf ein erneutes Aufkommen der revolutionären Bewegung vorbereitet.²⁷ Auf die Demonstration am 6. Januar 1919 wurde nur in einer Spalte hingewiesen. Am 4. Januar entschied sich die KPD-Führung dagegen, zum Sturz der Regierung aufzurufen. Als es am 6. Januar zu Massendemonstrationen kam, änderte sie den Kurs, am 7. und 8. Januar schwenkte sie wieder zurück zur Ausgangsposition. In den Artikeln Rosa Luxemburgs lassen sich diese Kehrtwenden nachvollziehen. Es wird deutlich, dass Rosa Luxemburg sich nicht als Anführerin sah. Sie gab keine direkten Anweisungen, sondern überließ die Entscheidung der Masse.

Die Aufstände wurden in den folgenden Tagen von regierungsnahen Truppen und Freikorps blutig niedergeschlagen. 165 Menschen verloren ihr Leben. In der Presse wurde Rosa Luxemburg als «blutige Rosa», «jüdische

Galizin» und «Krüppel» beschimpft. Sie und Karl Liebknecht wurden für den Tod der Arbeiter_innen verantwortlich gemacht. Beide lebten konspirativ und in ständig wechselnden Quartieren, immer in Gefahr. Am 15. Januar 1919 wurde ihr Versteck verraten. Die «Garde-Kavallerie-Schützendivision» transportierte sie ins Hotel Eden. Offiziere holten Rosa Luxemburg aus dem Hotel, schlugen sie nieder und schmissen sie nach einem Schuss in den Kopf in den Landwehrkanal. Sie war 47 Jahre alt. Ihre Mörder wurden nie, andere Beteiligte nur milde verurteilt.²⁸

Die USPD in Bayern hatte bei den Landtagswahlen am 12. Januar und 2. Februar 1919 mit 2,5 Prozent einen so herben politischen Rückschlag einstecken müssen, dass sich Eisner, der seit Monaten Hunderte von antisemitischen und hasserfüllten Briefen sowie mehrere Todesdrohungen erhalten hatte, dazu entschloss, seinen Rücktritt einzureichen. Als er ihn dem Bayerischen Landtag am 21. Februar 1919 verkünden wollte, hielt er sich zunächst mit einigen Vertrauten im Außenministerium auf. Sie versuchten, ihn dazu zu bewegen, sich nicht auf direktem Weg zum Landtag zu begeben, sondern einen heimlichen Umweg in Kauf zu nehmen. Felix Fechenbach, Eisners Sekretär, beschrieb Eisners Reaktion später: «Man kann einem Mordanschlag auf Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschießen.»²⁹ Nur Minuten später wurde Kurt Eisner auf offener Straße rücklings von Anton Graf Arco auf Valley ermordet. Der Täter entstammte dem nationalistischen und völkisch-antisemitischen Spektrum.

Rosa Luxemburg und Kurt Eisner waren Parteigenoss_innen, zeitweilige Weggefährt_innen und politische Kontrahent_innen. Sie verfolgten jedoch ein gemeinsames Ziel: eine friedliche und gerechte Welt für alle Menschen.

Eisners Politik war weit weniger radikal als die der Berliner Spartakist_innen, die eine Beteiligung im Rat der Volksbeauftragten ablehnten.

1 Sozialdemokratie des Königreiches Polen. **2** Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauen. **3** Ein Drittel ihres Werkes verfasste Rosa Luxemburg in polnischer Sprache. **4** Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908, S. 227–229, unter: <http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1908.pdf>. **5** Vgl. Altieri, Riccardo: Der Pazifist Kurt Eisner, Hamburg 2015, S. 38. **6** Eisner, Kurt: «Ein undiplomatischer Neujahrsempfang, Provinzialbrief XXV», in: Die Kritik 118, 1897, o. S. Die Strafe saß er im Gefängnis Berlin-Plötzensee ab. **7** Vgl. Altieri: Der Pazifist Kurt Eisner, S. 40. **8** Vgl. Zimmermann, John: «Aber das Nichtstun gegen den Krieg ist auch eine Verantwortung für vergossenes Blut». Friedrich Adler und sein Attentat auf den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh 1916, in: Jacob, Frank/Altieri, Riccardo (Hrsg.): Krieg und Frieden im Spiegel des Sozialismus 1914–1918, Berlin 2018, S. 285–307. **9** Grau, Bernhard: Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biografie, München 2001, S. 215. **10** Vgl. Laschitzka, Annelies: Im Lebensrausch, trotz alledem – Rosa Luxemburg: eine Biographie, Berlin 2002, S. 228 ff. Der Vorfall ging als der Vorwärts-Konflikt in die Geschichte ein. **11** Altieri: Der Pazifist Kurt Eisner, S. 42 f. **12** Vgl. Steinberg, Swen/Jacob, Frank/Baddack, Cornelia/Ebert, Sophia/Pöschl, Doreen (Hrsg.): Kurt Eisner: Arbeiter-Feuilleton, Bd. 1, 1909–1911 (Kurt Eisner-Studien 2), Berlin 2018. Weitere Bände sind in Vorbereitung. **13** Vgl. Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 7/2, Berlin 2017, S. 817 ff. **14** Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. **15** Altieri: Der Pazifist Kurt Eisner, S. 25. **16** Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 362. **17** Brief Kurt Eisners an Hugo Haase, München, 29.11.1917, BArch NY/4060/67, Bl. 34. Vgl. hierzu Altieri, Riccardo: Die deutsche «Linke» und die russische Revolution, in: ders./Jacob,

Frank (Hrsg.): Die Geschichte der Russischen Revolutionen. Erhoffte Veränderung, erfahrene Enttäuschung, gewaltsame Anpassung, Bonn 2015, S. 314–345, hier S. 325. **18** Zur Wichtigkeit dieses Ereignisses vgl. Eisner, Kurt: Wahrede vom 12. 12. 1918, in: Dorst, Tankred (Hrsg.): Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentare, Frankfurt a. M. 1966, S. 23. **19** Rat der Volksbeauftragten, bestehend aus Vertretern der SPD und USPD. **20** Luxemburg, Rosa: Außerordentliche Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin, 15.12.1918, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 455 ff. **21** Luxemburg, Rosa: Was will der Spartakusbund?, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 440 ff. **22** Eisner, Kurt: An die Bevölkerung Münchens!, in: Münchener Neueste Nachrichten 71, 1918, S. 1, unter: <http://daten.digital-sammlungen.de/00111/bsb00111932/images/index.html?-fip=193.174.98.30&id=00111932&seite=1>. **23** Altieri: Der Pazifist Kurt Eisner, S. 147. **24** Luxemburg, Rosa: Nationalversammlung, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 409. **25** Neue Zeitung, 16.1.1919, zit. n. Eisner Freya: Kurt Eisners Ort in der sozialistischen Bewegung, in: Vierteljahresschäfte für Zeitgeschichte (VfZ) 43, 1995, S. 407–435, hier S. 434. **26** Eisner, Kurt: Aufruf aus der Nacht zum 8. November 1918, in: ders.: Die neue Zeit, München 1919, S. 5. **27** Vgl. Luban, Ottokar: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit, in: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte 6, Leipzig 2008, S. 67–117. **28** Vgl. Gietinger, Klaus: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Hamburg 2008. **29** Fechenbach, Felix: Der Revolutionär Kurt Eisner. Aus persönlichen Erlebnissen, Berlin 1929, S. 62. Fechenbach, der 1933 ebenfalls ermordet wurde – allerdings von Nationalsozialisten –, und seine Frau Irma, geb. Epstein, hatten ihren ältesten Sohn (1927–2017) nach Kurt Eisner benannt. Vgl. Flade, Roland: Leben und Tod Felix Fechenbachs, in: ders./Ott, Barbara (Hrsg.): Felix Fechenbach, Würzburg 1988, S. 7–30, hier S. 12.

Christian Dietrich

«KEIN INNERER FRIEDEN»

EUGEN LEVINÉS REDE VOR DEM BAYERISCHEN STANDGERICHT
IM JUNI 1919

Die Vorgeschichte

Am 3. Juni 1919 um 18:50 Uhr entsprach das Münchner Standgericht dem Antrag des Staatsanwalts und verurteilte Eugen Leviné wegen Hochverrats zum Tode.¹ Leviné, zu diesem Zeitpunkt bereits seit etwa drei Wochen in Untersuchungshaft, wurde zwei Tage später im Gefängnis Stadelheim erschossen.

Obwohl sich die KPD und mit ihr Eugen Leviné an der Ausrufung der Münchner Räterepublik am 7. April 1919 nicht nur nicht beteiligt, sondern sich sogar dagegen ausgesprochen hatten, sah es das Gericht nach zwei Sitzungstagen als erwiesen an, dass Leviné nach dem 13. April an der «gewaltsame[n] Änderung der bayerischen Verfassung»² gearbeitet hatte. Was war geschehen?

Bayern hatte im März 1919 zwei Regierungen. Die von der Bayerischen Volkspartei tolerierte Regierung des Sozialdemokraten Johannes Hoffmann stand dem Landtag vor, der am 12. Januar 1919 gewählt worden war. Der nach Kurt Eisners Ermordung geschaffene Zentralrat der bayerischen Republik hatte den Sozialdemokraten Martin Segitz mit der Regierungsbildung beauftragt. Doch Segitz fand seinerseits nicht die Anerkennung des Landtags. In dieser undurchsichtigen Gemengelage versuchte die Hoffmann-Regierung, Oberhand über die Räte zu gewinnen. Das gelang ihr nicht. Stattdessen wuchs deren Widerstand, sich das Heft des Handelns aus der Hand nehmen zu lassen. In dieser Situation kam es in der Nacht zum 5. April zwischen Vertretern des Bauernbunds, der SPD, der USPD und einiger Anarchisten zu Verhandlungen im Kriegsministerium, an deren Ende der Entschluss stand, eine Räterepublik auszurufen. Obwohl die Kommunist_innen aufgefor-

dert wurden, sich zu beteiligen, kritisierten sie das Unternehmen heftig. Eine Räterepublik, von oben dekretiert ohne eine Massenbasis in den Betrieben, so schrieb Leviné in der *Roten Fahne*, ist gar keine Räterepublik. Tatsächlich hatte ihre Ausrufung am 7. April kaum Auswirkungen auf das Leben der Münchner Bevölkerung. Abgesehen davon, dass die Hoffmann-Regierung nach Bamberg übersiedelte, änderte sich bis zum 13. April wenig. An diesem Datum, es war der letzte Sonntag vor Ostern, putschte die «Republikanische Schutztruppe» unter Alfred Seyffertitz im Interesse der Hoffmann-Regierung gegen die Räterepublik, deren zahlreiche Anhänger_innen unter Führung des Kommunisten Rudolf Egelhofer, der an diesem Tag 23 Jahre alt wurde, den Kampf für sich entscheiden konnten.

Die nun folgenden drei Wochen waren sehr viel ereignisreicher als die vorangegangenen Tage. Ein Blick in die bereits erwähnte Urteilsverkündung macht dies deutlich: «Zu diesem Zeitpunkt begann die positive Tätigkeit des Levinés zur gewaltsamen Änderung der bayerischen Verfassung. [...] Auf seinen Antrag bildete sich ein Aktionsausschuss und ein Vollzugsrat, deren Vorsitz er übernahm. Er veranlasste sofortigen Generalstreik, um die Massen für seine Zwecke zu sammeln. Das Proletariat wurde bewaffnet und die rote Armee organisiert.»³ Was die Urteilsbegründung nicht berücksichtigt, die zweite Phase der Räterepublik aber von der ersten unterscheidet: Geldbeträge ab 20.000 Mark wurden beschlagnahmt und die Verteilung von Lebensmitteln strenger geregelt. Leviné spielte dabei eine entscheidende Rolle. Trotzdem konnte die militärische Niederschlagung der Räterepublik durch Freikorps und Reichswehrverbände nicht verhin-

dert werden; zumal der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske am 17. April den Einsatz von militärischen Verbänden gegen München anordnete und damit das militärische Ungleichgewicht überwältigend machte. Als Levinés Position, nicht mit der Hoffmann-Regierung zu verhandeln, weil zu vermuten war, dass diese die Verhandlungszeit nutzen würde, um weitere Truppen zu mobilisieren, in der Versammlung der Betriebs- und Soldatenräte keine Mehrheit mehr fand, trat er am 27. April zusammen mit dem gesamten Aktionsausschuss zurück. Am 3. Mai wurde die Münchner Räterepublik brutal niedergeschlagen. Zehn Tage später wurde der unter dem Namen Ludwig Geisenberg untergetauchte Leviné in der Schneckenburgerstraße 20 festgenommen.

Vor Gericht sprach er von den sechs Monaten, in denen er seinen kleinen Sohn gar nicht und seine Frau Rosa nur selten sehen konnte. Tatsächlich hatte im Dezember 1918 mit der Gründung der KPD eine Zeit der Konspiration begonnen, in der Leviné mindestens zwei Mal lebensgefährlichen Situationen knapp entkam: zunächst im Januar 1919, als er bei der Erstürmung der besetzten Gebäude des *Vorwärts* zufällig nicht im Haus war, obwohl er in den vorangegangenen Tagen dort an der Zeitung der Aufständischen gearbeitet hatte; ein zweites Mal, als er – auf dem Weg zum Gründungskongress der Kommunistischen Internationale – in Kowno von der Polizei angehalten wurde und nur mit der Hilfe ortsansässiger Jüdinnen und Juden fliehen konnte. Am Abend des 13. Mai endete diese Zeit. Leviné wurde von Soldaten der vierten Kompanie des ersten bayerischen Schützenregiments verhaftet und um 23.45 Uhr der Polizei übergeben.

Die Rede vor Gericht

Die im Gefängnis geschriebenen Briefe an seine Frau Rosa lassen erkennen, dass Leviné weder von einem fairen Prozess ausging noch

mit einem milden Urteil rechnete. Tatsächlich wurden zahlreiche Zeug_innen vor Gericht nicht angehört und der Verteidigung wurde erst zwei Tage vor Prozessbeginn Akteneinsicht gewährt. Besonders bemerkenswert: Mit Major Hofmann und Hauptmann Karl von Löffelholz waren zwei von fünf Richtern Militärangehörige.⁴

Der zweitägige Prozess ging nicht nur aufgrund des vorhersehbaren Urteils, sondern auch Levinés mutiger Verteidigungsrede wegen in die Geschichte ein. Leviné brachte darin in furcht- und kompromisslosem Ton zum Ausdruck, nichts zu entschuldigen, sondern unbeeindruckt darzustellen:

«Ich verteidige mich also nicht, um von Ihnen mildere Strafe zu erwirken, sondern um mir die Möglichkeit nicht entgehen zu lassen, festzustellen, was ist.»⁵

Diese Haltung erlaubte es seinem ersten Biografen, Paul Frölich, Levinés politische Entwicklung vom Sozialrevolutionär zum Kommunisten als scheinbar selbstverständliche und logische zu beschreiben.⁶ Zugleich lag in Levinés treffenden Ausführungen – er war seit seinen Jugendjahren schrifstellerisch tätig – großes Mobilisierungspotenzial. Es verwundert also nicht, dass die Verteidigungsrede bereits 1919 ein erstes Mal im Verlag Junge Garde publiziert wurde. 1925 erschien eine erweiterte, mit dem stenografischen Protokoll abgeglichene zweite Fassung in dem aus dem Verlag Junge Garde hervorgegangenen Verlag der Jugendinternationale. Beziehen wir uns im Folgenden auf diese zweite Fassung.

Fast 100 Jahre nach dem Prozess ermöglicht die erneute Lektüre, ein detailliertes Bild des Programms der im Aufbau begriffenen Kommunistischen Partei zu zeichnen. Unter der Vielzahl an Bezugnahmen auf das Parteiprogramm sollen zwei Aspekte herausgestellt werden: der von Leviné skizzierte Internationalismus und sein Demokratieverständnis. Selbstverständlich berühren sich beide Aspekte. Wo die Gesellschaft in Klassen zerfällt

und politische Partizipation stark von sozioökonomischen Faktoren bestimmt wird, da spielen nationale Zugehörigkeiten eine weitgehend untergeordnete Rolle. Aber nähern wir uns dem Ende des Verfahrens im Sitzungssaal III des Amtsgerichtsgebäudes am Mariahilfplatz.

Für das Gericht war «Leviné [...] ein fremder Eindringling in Bayern, dessen staatsrechtliche Verhältnisse ihn an sich nicht im geringsten bekümmerten»,⁷ und auch der Sozialdemokrat Ernst Schnepfenhorst soll Leviné nach dessen Plädoyer gegen die Ausrufung einer Räterepublik in der entscheidenden Nacht zum 5. April antisemitisch beleidigt und Levinés Judentum über dessen politische Überzeugungen gestellt haben. Aufschlussreich ist, wie der Angeklagte vor Gericht über seine Herkunft sprach.

«Ich weiß ja wohl, ich bin meiner Abstammung nach Russe, ich bin Jude, nicht Bayer. Wie konnte ich mir anmaßen, einen Posten anzunehmen, der dem eines Ministerpräsidenten gleichkommt. Um das zu verstehen, müssen Sie sich in die Vorstellung der Arbeiterschaft hineindenken. Unser Ideal ist die zukünftige deutsche Räterepublik, die später aufgeht in der internationalen Räterepublik. [...] Wir waren selbstverständlich davon überzeugt, dass jeder mitarbeiten musste, wenn er dem Posten sich gewachsen fühlte und wenn kein anderer für den Posten zur Verfügung stand.»⁸

Dieses internationalistische Ideal bestimmte auch den Gründungsparteitag der KPD, der vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 in Berlin stattfand und an dem Leviné teilnahm.⁹ Wie wir dank der vorhandenen Protokolle wissen, trug Leviné diesen Gedanken auch in die Münchner Betriebsräteversammlung.¹⁰ Nationale Zugehörigkeiten spielten für ihn keine Rolle. Viel entscheidender war der politische Standpunkt, den Leviné wesentlich aus seiner humanistischen Grundüberzeugung ableitete. Aber mit welchen politischen

Instrumenten ließen sich die Verhältnisse zum Tanzen bringen?

Immer wieder warb Leviné für den Rätegedanken, den er als ein basisdemokratisches Konzept verstand. Die Räte sollten einerseits eine direkte Kontrolle der Mandatsträger_innen gewährleisten und darüber hinaus den Beteiligten erlauben, eigene Erfahrungen zu machen und in einem dynamischen, revolutionären Prozess rasch zu lernen. Wie zuletzt Axel Weipert konstatierte, maß man auch in der jungen KPD dem Räteystem große Bedeutung zu.¹¹ In dem von Rosa Luxemburg verfassten Programm der Kommunistischen Partei, das unter dem Titel «Was will der Spartakusbund?» zuerst am 14. Dezember 1918 in der *Roten Fahne* und danach als Broschüre erschien, werden die Arbeiter- und Soldatenräte als zentrale Institutionen vorgestellt, die auf lokaler Ebene die Gemeinderäte und Parlamente ersetzen und sich einen überregionalen Zentralrat schaffen, den sie kontrollieren und der quartalsweise zusammenkommen soll.¹² Die Wahl der Räte müsse direkt in den Betrieben «durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land» sowie durch «die Mannschaften, unter Ausschluss der Offiziere und Kapitulanten»,¹³ erfolgen. Ihnen stünden die Betriebsräte zur Seite, die «im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe»¹⁴ regeln und die Leitung der Betriebe übernehmen. Diese Forderungen vertrat Leviné auch vor Gericht, als er über den Aufbau der Räterepublik sprach:

«Der Eckpfeiler der Räterepublik ist, dass sie aufgebaut ist auf den Betriebsräten. Die Arbeiter werden zusammengefasst nicht nach ihren Wohnstätten, sondern nach ihren Arbeitsstätten. [...] Jeder Vertreter bleibt nur so lange auf seinem Posten, wie seine Wähler es wollen.»¹⁵

Eine Wahl der Delegierten an den Werkstätten erlaube eine direktere Kontrolle der Mandatsträger_innen auch in Konfliktsituationen

und eine schnelle Abwahl, so die zugrunde liegende Überlegung. Sich selbst nahm Leviné von diesem Prinzip der unmittelbaren Abwahl nicht aus und merkte an: «Es war [...] keine Phrase, wenn ich mein Mandat wiederholt in die Hände der Betriebsräte zurücklegte.»¹⁶

Deutlich wird dieser Grundsatz der ständigen Verantwortlichkeit auch im Verhältnis zwischen politischer Führung und Masse. Den Vorwurf des Staatsanwalts, er habe sich dank seiner Intelligenz über die Arbeiterschaft gestellt und diese verhetzt, entkräftet Leviné, indem er die starre und asymmetrische Vorstellung von Führung und Allgemeinheit mit einer eigenen Beobachtung konfrontierte:

«Der Staatsanwalt überschätzt die Macht und die Fähigkeit der Führer. Ihm scheint, die Würfel der Weltgeschichte rollen anders, je nachdem sie von der Hand ehrlicher oder ehrloser Führer geworfen werden. Aber die Führer kommen selbst aus den Massen hervor, wenn auch vielleicht aus anderem Milieu. Sie werden zu Führern, nicht weil sie über die Massen hervorragen, sondern nur dadurch, dass sie befähigt sind, das auszusprechen, was die Massen selbst instinktiv ersehnen und was sie aus Mangel an formaler Bildung nicht zum Ausdruck bringen können.»¹⁷

Im gesellschaftlichen Emanzipationsprozess sei Gewalt schon deswegen nicht angebracht, weil diese Entwicklung ganz wesentlich von einem Bewusstwerdungsprozess begleitet werde und nur erfolgreich sein könne, wenn «aus toten Maschinen» selbstständig denkende «Lenker dieses Prozesses»¹⁸ werden würden. Zudem bekämpfe die Kommunistische Partei keine «Individuen, sondern Institutionen»,¹⁹ wie es im Programm des Spartakusbunds hieß, aus dem Leviné vor Gericht zitierte.

Als Eugen Leviné nach der Niederschlagung des Januaraufstandes in Berlin untertauchen musste, begann eine etwa zweimonatige

Odyssee, die erst in München endete. Leviné, nach München geschickt, um die Redaktion der *Roten Fahne* zu übernehmen, begleitete den Aufbau der lokalen KPD-Strukturen. Die Genoss_innen vor Ort, so schrieb er seiner Frau Rosa, seien die reinsten Kinder, geradezu naiv in ihrer Begeisterung für Kurt Eisner und ihrem Interesse an der großen Weltpolitik, das den Blick auf die konkreten Notwendigkeiten des Tages verstelle. Levinés Aufgabe in dieser Zeit: mit der Organisation der Arbeiterräte zu beginnen.

Er konnte dies auf der Grundlage der Ideen tun, die bereits beim Gründungskongress der KPD kursierten. In einem ersten Organisationsentwurf der Ortsgruppe der KPD ist der oben angesprochene Bewusstwerdungsprozess mit Verweis auf den Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie ebenfalls Thema. Es heißt dort: «Die Revolution ist aber keine Zeit der organischen Entwicklung, sondern ein revolutionärer Prozess der gewaltsamen Umwälzung im politischen Fühlen, Denken, Handeln, ein täglich wachsendes Spiel der Kräfte, Leidenschaften und Meinungen.»²⁰ Dass Leviné diese Positionen vor Gericht wiederholte, beweist, wie ernst es ihm mit dem Anliegen war, die Arbeit der KPD, «der Partei, die in Deutschland am meisten gehasst und verleumdet wird»,²¹ umfassend darzustellen. Dieses Anliegen und sein Plädoyer für den Sozialismus dürften seine Aussichten auf eine Haftstrafe maßgeblich verringert haben. Aber hören wir ihn selbst:

«Ich verteidige mich nicht, weil ich eine mildere Strafe von Ihnen erwarte, denn wenn ich das wollte, dann müsste ich eigentlich jetzt schweigen; meine Verteidiger, die Ihnen politisch und menschlich näher stehen als ich, würden die Verteidigung viel wirksamer ausüben können.»²²

Und weiter:

«Solange das Wort Sozialismus nur auf den Briefbogen der verschiedenen Regierungen steht, gibt es keinen inneren Frieden.»²³

Nachwirkungen

Ihre Wucht entfalteten Levinés Worte bekanntlich nicht vor Gericht, sondern in der linken Öffentlichkeit. Die Formulierung «Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub», mit der Leviné das Schlusswort seiner Rede einleitete, wurde zum geflügelten Wort. Auch wenn die Münchner Polizei Demonstrationen zum Grab Levinés auf dem Israelitischen Friedhof rund um seinen Todestag verbot, erinnerten bis in die späten 1920er Jahre regelmäßig zum 5. Juni kommunistische Zeitungen an ihn. 1936 veröffentlichte Michail Slonimskij eine Erzählung zu Levinés letzten Lebenswochen, die 1949 auch im Berliner Dietz Verlag erschien.²⁴ In der historischen Forschung ist Eugen Leviné, der anders als Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nur wenige Wochen im Fokus der Öffentlichkeit stand, heute weitgehend vergessen. Angesichts der prominenten Rolle, die Leviné während der Münchner Räterepublik spielte, sollte dies korrigiert werden, zumal die von ihm vorliegenden Texte – neben seiner Rede vor Gericht insbesondere auch sein Bericht von der ersten Reichsrätekonfe-

renz und seine unter dem Titel «Stimmen der Völker zum Krieg» posthum im Malik-Verlag erschienene Darstellung über den Pazifismus in der Volkskunst – Auskunft über die Gründungsmotive der KPD sowie über die Arbeiterbewegung insgesamt geben.

1 Protokoll geführt in der öffentlichen Sitzung des standrechtlichen Gerichts München, den 3. Juni 1919, StAM Pol. Dir. 10110, Blatt 121. **2** Urteil, Vollstreckbare Ausfertigung dieses Urteils in der Richtung gegen Leviné, erteilt am 4. Juni 1919, StAM Pol. Dir. 10110, Blatt 122. **3** Ebd. **4** Protokoll geführt in der öffentlichen Sitzung des standrechtlichen Gerichts München, den 3. Juni 1919, StAM Pol. Dir. 10110, Blatt 119. **5** Leviné, Eugen: Rede vor Gericht, in: ders.: Skizzen, Rede vor Gericht und anderes, Berlin 1925, S. 36–46, hier S. 37. **6** Werner, Paul [d. i. Paul Frölich]: Eugen Leviné, Berlin 1922. **7** Urteil, Blatt 123. **8** Leviné: Rede vor Gericht, S. 41. **9** Vgl. Weber, Hermann (Hrsg.): Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, Berlin 1993, S. 63. **10** Vgl. Dietrich, Christian: Eugen Leviné. «Ich fühle russisch und denke jüdisch», Berlin 2017, S. 72. **11** Vgl. Weipert, Axel: Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015, S. 59. **12** Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) (Hrsg.): Was will der Spartakusbund?, Berlin 1919, S. 20. **13** Ebd. Unter KapitulantInnen sind all jene zu verstehen, die sich zusätzlich zum Wehrdienst freiwillig für bis zu zwölf Jahre verpflichteten, um nach abgeleistetem Militärdienst Anspruch auf eine zivile Beamtenstelle zu haben. Vgl. Weipert: Zweite Revolution, S. 386. **14** Kommunistischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Was will der Spartakusbund?, S. 21. **15** Leviné: Rede vor Gericht, S. 40. **16** Ebd., S. 37. **17** Ebd., S. 38. **18** Ebd., S. 39. **19** Ebd., S. 39. **20** Organisationsentwurf der KPD vom 10. März 1919, in: Meyer-Leviné, Rosa: Leviné. Leben und Tod eines Revolutionärs, Frankfurt a. M. 1974, S. 188. **21** Leviné: Rede vor Gericht, S. 36. **22** Ebd. **23** Ebd., S. 43. **24** Slonimskij, Michail: Eugen Leviné. Erzählung, Berlin 1949.

Anja Thuns

«CLÄRE, MACH' DU'S!»

ERINNERUNGEN VON FRAUEN AN DIE REVOLUTIONSEREIGNISSE 1918/19

Gendergeschichte der Revolution

Wenn es um das Thema Revolution geht, sind sich öffentlicher und wissenschaftlicher Diskurs zumeist erstaunlich einig: Revolutionen sind umstürzend und gewaltsam – und sie werden von Männern gemacht. Diese Perspektive bringt sowohl die Rolle der Frauen als auch des Alltags in der Revolutionszeit zum Verschwinden. Dabei waren Frauen in der Revolution 1918/19 keinesfalls nur Anhängsel ihrer Männer. Sie handelten häufig autonom – sowohl im Betrieb als auch in der Familie. Im Folgenden sollen Handlungsfelder, Motivationen und die Beteiligung von Frauen an den revolutionären Ereignissen exemplarisch sichtbar gemacht werden.

Bislang ist in der Beteiligung von Frauen bei der Einleitung der Revolution 1918/19 kein bestimmender Faktor gesehen worden. Die zahlreichen zeitgenössischen Fotos und die historischen Darstellungen des Revolutionsgeschehens sparen – von Ausnahmen abgesehen – Frauen aus. Dieser Fakt darf aber keinesfalls als Beleg für eine Abwesenheit von Frauen oder ihre fehlende Politisierung gesehen werden, sondern vielmehr als Beleg für den Mangel, die Beteiligung von Frauen an der Revolution sichtbar zu machen.

Man könnte annehmen, dass durch die Etablierung der Frauengeschichte seit den 1980er Jahren dieser Missstand behoben und zahlreiche Biografien von Revolutionärinnen¹ rekonstruiert und zur Verfügung gestellt worden sind. Was soll heute noch innovativ daran sein, die Beteiligung von Frauen nachzuzeichnen? Bis heute stellt aber der Aufsatz von Helga Grebing aus dem Jahr 1994 eine der wenigen Veröffentlichungen dar, die ganz

explizit das weibliche Gesicht der Revolution zum Thema machen.² Dass die Revolution lediglich «Männersache»³ unter Beteiligung weniger herausragender Frauen gewesen ist – dieser Ansicht muss widersprochen werden. Der Aufsatz von Grebing stellt klar: «Die Frauen waren fast überall dabei und nicht nur in Berlin.»⁴ Aber selbst für das Beispiel Berlin, eines der revolutionären Zentren, gilt, dass die Beteiligung von Arbeiterinnen an der Revolution und den damit verbundenen Ereignissen und Streiks zwischen 1918 und 1919 noch nicht näher erforscht ist.

Ein Blick auf die soziale Zusammensetzung der revolutionsbewegten Massen ist in dieser Hinsicht aus zwei Gründen erhellend: Erstens waren Führungspositionen in dieser Zeit zweifelsohne mehrheitlich von Männern besetzt. Frauen, die es an die Spitze von Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden geschafft hatten, waren absolute Ausnahmen. Axel Weipert hat diesen Befund jüngst für den Anteil der Frauen in der Rätebewegung bestätigt: Obwohl in die neugegründeten Räte auch Frauen gewählt werden konnten, waren sie an einflussreichen Stellen nur marginal vertreten.⁵ Gleichzeitig ist aber über diejenigen, die hin und wieder doch in den Protokollen der Rätevertretungen auftauchen, wenig bekannt. Manche von ihnen waren als Bürogehilfinnen oder Protokollantinnen tätig. Andere Frauen wurden tatsächlich auch als Delegierte in die Vertretungen gewählt. Dieser Gruppe hat sich die Geschichtsschreibung bisher wenig zugewandt.⁶ Seit einiger Zeit wird in der Historiografie allerdings auf den bestehenden Forschungsbedarf hingewiesen⁷ – und somit der Versuch unternommen, den bekannten weiblichen Revolutionärinnen wie Rosa Luxemburg

burg, Luise Kautsky oder Toni Sender andere bisher weitgehend unbekannte Frauen an die Seite zu stellen.

Helga Grebing stellt in ihrem Aufsatz fest, dass – wie oben bereits zitiert – Frauen zwar überall dabei waren, dass der Anteil von Frauen an «revolutionären Aktivitäten» wie Demonstrationen, Streiks und bewaffneten Kämpfen allerdings «im Verhältnis zu ihrer Zahl und im Vergleich zu den Männern gering»⁸ gewesen sei. Im Unterschied zu diesem Befund soll hier und im Folgenden argumentiert werden, dass Frauen an der Basis der Proteste durchaus zahlreich vertreten waren, und der Frage nachgegangen werden, in welcher Weise sie an den revolutionären Ereignissen beteiligt waren.

Um die Handlungsfelder und Motivationen von Frauen herauszuarbeiten und sichtbar zu machen, bietet sich die Analyse von Selbstzeugnissen an, zum Beispiel von Tagebüchern oder Briefen. Diese Textformen eignen sich besonders gut, um die Erfahrung von Umbrüchen, den Wandel von Mentalitäten und die «Perspektive auf die Welt»⁹ der Schreibenden zu untersuchen.

Eine weitere Möglichkeit bieten Quellen aus dem sogenannten Erinnerungsarchiv, das in den 1950er Jahren vom Institut für Marxismus-Leninismus eingerichtet wurde, um Materialien und Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.

Die Geschichts- und Erinnerungspolitik in der DDR, die zum 40. Jahrestag der «Novemberrevolution»¹⁰ für diese Zeitspanne ihren Höhepunkt fand, setzte verstärkt auch auf die Produktion von Quellen. Das Archiv umfasst nicht nur Berichte von späteren Funktionär_innen der SED – gezielt wurde auch nach einem breiten Kreis von ehemaligen Teilnehmer_innen der Revolution gesucht. Auch die auf Bezirksebene eingeführte «Kommission zur Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung» wirkte an dieser Politik

bzw. Strategie des Sammelns und Bewahrens mit. Im Oktober 1957 erschien als Auftakt und Vorbote des 40. Jahrestags der «Novemberrevolution» eine erste Broschüre, die Erlebnisse «von Arbeitern aus den Jahren 1917 und 1918, die die großen Kämpfe des Berliner Proletariats jener Tage miterlebt haben», versammelt.¹¹ Auf der letzten Seite dieser Broschüre findet sich die Ankündigung, eine «Sammlung von Erinnerungen Berliner Arbeiter über die Novemberrevolution herauszubringen», an die sich der Aufruf anschließt: «Die Kommission fordert deshalb die Berliner Arbeiterveteranen auf, ihre Erinnerungen und Materialien aus dieser Zeit dem Parteikabinett der Bezirksleitung der SED Groß Berlin [...] zugänglich zu machen.»¹² Zwar legte das Zentralkomitee der SED den Spielraum für die Interpretation dieser Quellen weitgehend fest, die Zeitzeug_innen hatten aber durchaus Gestaltungsmöglichkeiten bei den Aufzeichnungen ihrer Erinnerungen, denn sie fertigten die Berichte selbstständig an.

Die Erinnerungsberichte aus der DDR-Überlieferung müssen unbedingt mit einem kritischen Blick auf den Kontext ihres Zustandekommens gelesen werden: Dabei ist nicht nur der große zeitlichen Abstand zu den historischen Ereignissen von mindestens 30 Jahren zu berücksichtigen, sondern auch ihre Funktion innerhalb des Aufbaus eines «Parteigedächtnisses» durch die SED. Dadurch sind die Berichte weder einfache Tatsachenberichte noch reine lebensgeschichtliche Selbstentwürfe, sondern auch in unterschiedlicher Intensität «ideologisch gefärbte Rückinterpretationen».¹³ Dennoch geben sie uns als überlieferte Quellen die Möglichkeit, den einzelnen revolutionsbewegten Frauen in der Masse näherzukommen. Axel Weipert weist auf den Reichtum dieser Erinnerungsberichte hin: «Diese Quellen sind hier von erheblichem Interesse, da sie oft die Sicht von Basisaktivisten wiedergeben oder einzelne Begebenheiten schildern, die in anderen Quellen über-

haupt nicht oder nur sehr knapp Erwähnung finden. Sie stellen also eine der wenigen Möglichkeiten dar, den Akteuren an der Basis der Bewegung eine Stimme zu geben, nach ihren Intentionen, Aktivitäten und Erlebnissen zu fragen.»¹⁴

Tatsächlich bilden die Erinnerungsberichte insbesondere im Hinblick auf die Frage, welche Bedeutung der Weltkrieg für die Lebenswirklichkeit der Menschen hatte, eine gute Quellenbasis: Während in anderen Zeugnissen die Angst vieler Menschen vor einem politischen Umsturz im Vordergrund steht, spielen in diesen Berichten die allgemeine Kriegsmüdigkeit und die Zustimmung zu einer Transformation der politischen Verhältnisse nach sowjetischem Vorbild eine wichtige Rolle. Deutlich kommt die Hoffnung auf eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse zum Ausdruck, und auch die Frage nach einem kulturellen Neuanfang wird aufgeworfen.

An dieser Stelle zeigt sich bereits, wie selektiv das «Erinnerungsarchiv» ist: In den Quellen werden die Revolutionsereignisse aus der Perspektive von Menschen geschildert, die im Arbeitermilieu verankert waren und deren politische Positionen sich häufig aus den Erfahrungen der Kriegsjahre und der damit verbundenen Not herleiteten. Gleichwohl unterscheiden sich die Berichte nicht nur in den Mentalitäten und subjektiven Einstellungen, die zum Ausdruck kommen, sondern auch dadurch, welche Ereignisse als prägend erinnert werden und wie die eigene Beteiligung in Bezug auf die Geschlechtszugehörigkeit wahrgenommen wird.

Beteiligung von Frauen an den Revolutionsereignissen 1918/19

Nicht erst die Revolution 1918/19 und die darauffolgende Einführung des Frauenwahlrechts führten zu einer grundlegenden Transformation der Lebenswelten von Frauen. Sie ging vielmehr bereits mit den sozialen und wirt-

schaftlichen Umständen der Kriegszeit einher. Die Abwesenheit der männlichen Beschäftigten führte dazu, dass viele Frauen eine Erwerbsarbeit aufnahmen. Zudem wuchs ihre Bedeutung für die Kriegswirtschaft beständig. Viele Frauen litten unter dieser Doppelbelastung – die Arbeit in den Fabriken und die Hausarbeit, die durch die schlechte Versorgungslage zusätzlich erschwert wurde. Außerdem verdienten die Arbeiterinnen im Durchschnitt nur etwa halb so viel wie ihre männlichen Kollegen. Die Last des Krieges war insbesondere in den Großstädten täglich spürbar. Seit dem Winter 1916/17 war der Alltag von Frauen durch eine extreme Lebensmittelknappheit geprägt. Viele Menschen mussten im «Steckrübenwinter» 1916/17 hungern. Bereits im April 1917 organisierten Rüstungsarbeiter_innen den ersten Streiks. Dem Januarstreik 1918 schlossen sich Zehntausende Arbeiter_innen an. Viele der Erinnerungsberichte über die «Novemberrevolution» setzen bereits lange vor den Ereignissen im Jahr 1918 ein. Anna Erfurth, Jahrgang 1886, seit 1911 politisch aktiv in der SPD und Mitglied im Metallarbeiterverband in Berlin, seit 1918 dann in der KPD organisiert, berichtet von ihren Politisierungserfahrungen:

1914 wurde sie bei der Firma Schwarzkopff «Vertrauensmann» der Frauen und machte Bekanntschaft mit einem Netzwerk von Genossen, die später – ebenso wie sie selbst – an den Kämpfen der Revolution beteiligt waren. 1917 organisierten die Belegschaft ihrer Firma und die der AEG einen Hungerstreik. Arbeiter_innen und Angestellte schlossen sich an und marschieren zum Humboldthain. Sie schreibt:

«Die Regierung ließ Anschläge in den Betrieben anbringen mit dem Wortlaut: ‚Wer die Arbeit in 2 Tagen nicht aufnimmt, bekommt die Order und die Frauen werden entlassen.‘ Daraufhin veranlaßten mein Mann und ich, daß eine Versammlung in den Hussitensälen angesetzt wurde, wo wir die Ordern ein-

sammelten und verbrannten. Damit war der Fall erledigt, und es kam auch weiter nichts danach.»¹⁵

Die Arbeit in den Betrieben konnte für die Frauen den Ausgangspunkt ihrer politischen Aktivität bilden. In den Jahren nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs stellten sich Teile der Sozialdemokrat_innen gegen die Burgfriedenspolitik des Parteivorstands, andere wurden in der Antikriegsopposition politisch aktiv. Darunter befand sich auch die spätere Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft, Gesine Becker, Jahrgang 1888. Sie gehörte in Bremen zum engen Kreis der aktiven und organisierten Frauen und veranstaltete mit Mitstreiterinnen einen Protestmarsch gegen die Lebensmittelknappheit und gegen die miserable Ernährungssituation der Arbeiterfrauen und ihrer Familien. An den revolutionären Ereignissen der Bremer Räterepublik war sie aktiv beteiligt. Sie war eine von drei Frauen, die engagiert in die Debatten des Arbeiter- und Soldatenrats eingriff.¹⁶ Unter welchen Umständen diese drei Frauen in den Arbeiterrat Bremen delegiert worden waren, wurde bislang noch nicht weiter erforscht.¹⁷ In der Regel erhielten die Mitglieder ein Mandat aus dem Betrieb, dem sie angehörten.

Ralf Hoffrogge erwähnt dazu in seinem Buch über Richard Müller: «Dass Frauen eigene Delegierte, z. B. in die Streikleitungen sandten, ist durchaus als Ausbruch aus der Bevormundung zu sehen. Dies entsprach einem akuten Wandel der Lage: Im Krieg hatte die Zahl der Arbeiterinnen enorm zugenommen und ihre Lebenssituation war alles andere als einfach. [...] Als Ungelernte hatten sie oft besonders stupide, anstrengende und nicht selten auch gesundheitsschädliche Tätigkeiten zu verrichten. Auch der Januarstreik wurde maßgeblich von Frauen getragen, sichtbar nicht so sehr in der Streikleitung, dafür umso mehr an der Basis. Laut Berichten von Zeitzeugen bildeten Frauen die Hauptkraft der Massenstreiks in den Jahren 1917 und 1918.»¹⁸

Cläre Casper, Jahrgang 1891, 1917 Mitglied der Revolutionären Obleute, 1918 Mitglied der Streikleitung im Munitionsarbeiterstreik, schrieb später, dass in Berlin im Januarstreik 1918 «hauptsächlich Frauen»¹⁹ streikten. Sie gehörte als einzige Frau dem elfköpfigen Aktionsausschuss an, der den Streik der Munitionsarbeiter_innen im Januar in Berlin leitete.²⁰ Neben den Forderungen nach Frieden und nach Änderungen der sozialen Verhältnisse spielte 1918 auch das Frauenwahlrecht eine besondere Rolle. Erst seit 1908 bestand für Frauen in Deutschland überhaupt die Möglichkeit, Mitglied einer politischen Partei zu werden. Aus einem Berliner Polizeibericht geht hervor, Frauen seien «in hervorragender Weise an den Streiks selbst, als auch an den Straßenkundgebungen beteiligt» gewesen, vielfach seien sie als «Anführer»²¹ in Erscheinung getreten.

Die Erwerbstätigkeit von Frauen im Zuge des Ersten Weltkriegs hatte einen großen Effekt auf die Räume, in denen eine Politisierung stattfand. Die erhöhte Präsenz von Frauen in Branchen wie in der Metall- und Elektroindustrie schuf Möglichkeiten, sich politisch zu betätigen. Nicht alle Frauen hatten diesen Prozess der Politisierung bereits durch die Prägung im Elternhaus oder durch die Mitgliedschaft in Jugendorganisationen durchlaufen. Gerade für jene Frauen, die nicht aus einem Umfeld kamen, in dem über Politik viel gesprochen wurde oder Familienangehörige in Organisationen der Arbeiterbewegung Mitglied waren, konnten die neuen Erfahrungen in den Betrieben prägend sein.

So war es auch bei Cläre Casper. Mit 16 Jahren quittierte sie ihre Arbeit als Dienstmädchen aufgrund ihres geringen Verdiensts und begann mit der Arbeit in der Fabrik. Kurz darauf folgte der Eintritt in den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV). Dort nahm sie an Streiks und Aussperrungen teil:

«Im April 1917, beim sogenannten Brotstreik, der sich gegen eine neuerliche Kür-

zung der Brotrationen richtete, waren die Frauen besonders aktiv. Traf doch die Arbeiterfrauen, die zumeist noch einen Haushalt und Kinder zu versorgen hatten, jede Rationenkürzung besonders hart.»²²

Die erwähnten Biografien zeigen: Viele der revolutionsbewegten Frauen kamen nicht aus politisierten Elternhäusern im Arbeitermilieu: Gesine Becker und Anna Erfurth wuchsen als Töchter eines Kleinbauern und eines Tagelöhners auf und zogen erst in ihren jungen Erwachsenenjahren in die Großstädte Bremen und Berlin. Auch bei Cläre Casper, obwohl sie in Berlin aufgewachsen war, war es ähnlich: Bevor sie in der Fabrik arbeitete, war sie schon mit 14 Jahren als Dienstmädchen «in Stellung gegangen». Sie berichtet von einer Politisierung an den verschiedenen Arbeitsstellen und durch ein gewerkschaftlich geprägtes Netzwerk von Kolleg_innen. Mehrfach verlor sie ihre Anstellung in Fabriken, weil sie den Betrieb genutzt hatte, um für Streiks und bessere Arbeitsbedingungen zu werben.²³

Gesine Becker politisierte sich im Zuge ihrer Tätigkeit als Dienstmädchen in bürgerlichen Haushalten und der dort erlebten Ungerechtigkeit. Auch wenn in diesen Haushalten sicher kaum agitiert wurde, waren es nicht nur in Bremen viele Frauen aus diesen Dienstverhältnissen, die den Weg in die politische Organisation suchten.

Wie beteiligten sich Frauen an den Revolutionshandlungen im November 1918 und danach? Am 9. November schlossen sich unter anderem die Belegschaften der Berliner Rüstungsfabriken zu großen Demonstrationen zusammen, die sich kreisförmig in Richtung des Stadtzentrums bewegten. Die streikenden Fabrikarbeiter_innen wollten erreichen, dass sich die in der Chausseestraße stationierten Soldaten der sogenannten Maikäferkaserne ihrem Zug anschlossen.

Anna Erfurth war am 9. November 1918 an der Erstürmung der Maikäferkaserne in Berlin beteiligt. Sie berichtet von bewaffneten Aus-

einandersetzungen und von ihrer Verhaftung, bereits im Oktober – ihre Haftentlassung habe sie nur einem glücklichen Umstand zu verdanken.²⁴

Zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Anhänger_innen des alten Systems kam es an vielen Orten in der Stadt. In den Erinnerungen wird besonders häufig von der Teilnahme an großen Demonstrationen, Streiks und Sabotageaktionen berichtet. Die Funktionen, die Frauen dabei ausübten, unterschieden sich, jedoch war bereits das Einreihen in den Demonstrationenzug mit einem Risiko verbunden, dass für Frauen und Männer gleichermaßen bestand. Anna Rehme, Jahrgang 1899, berichtet, dass in der von ihr in Berlin besuchten Demonstration eine klare Reihenfolge innerhalb des Zugs bestand: Frauen marschierten etwas weiter hinten, hatten aber auch Waffen und Munition dabei. Sie selbst hatte einen Gurt mit Munition umgelegt, den sie später einem Genossen übergab, der ein postiertes Maschinengewehr bediente.²⁵

Martha Globig, Jahrgang 1901, stellte mit ihrer Kollegin in Kiel auf der Schreibmaschine Flugblätter her, die unter der Überschrift «Rote Fahnen über Kiel» die revolutionären Umbrüche unterstützten. Sie verteilten die Zettel bei Veranstaltungen und in größeren Menschenansammlungen.²⁶ Viele Frauen übernahmen im November und in den folgenden Monaten organisatorische Aufgaben wie die Verbreitung von Flugblättern und die Beschaffung von Munitionsnachschub oder halfen beim Bau von Barrikaden. Manchmal ergaben sich aus der Teilnahme an den Kämpfen im November 1918 für einige Frauen neue Arbeitsmöglichkeiten, zum Teil begünstigt durch die neu geknüpften Kontakte. So arbeitete zum Beispiel Cläre Casper nach den revolutionären Ereignissen im November als Bürogehilfin und Botin im Vollzugsrat des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats; Anna Rehme nahm 1918 die Stelle als Sekretärin

von Emil Eichhorn im Berliner Polizeipräsidium an.

«Die Historiker haben solchen zeitgenössischen Berichten aus der Umbruchzeit bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Sie aufzugreifen und zu analysieren hieße, wichtige Korrekturen am überlieferten Bild der Revolution vorzunehmen, das eben nicht nur vom Erlebnis einer tief greifenden politischen Zäsur, sondern auch in vielleicht noch stärkerem Maße von der Erfahrung einer ungebrochenen Kontinuität in Mentalität und Alltagsverhalten bestimmt war.»²⁷

Dieser Befund Volker Ullrichs spiegelt sich auch in den überlieferten Erinnerungsberichten wider: Das Eintreten für politische Veränderung entsprach einem langfristig gehegten Wunsch nach einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse, der nicht erst durch den Strudel der Revolutionsereignisse ausgelöst wurde. Das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, das am Arbeitsplatz oder im Rahmen einer Demonstration entstand, wird dabei häufig als stabilisierendes Element beschrieben. Demgegenüber spielt in den hier zitierten Berichten der Revolutionärinnen die eigene Rolle als Frau in einer von Männern dominierten Sphäre häufig nur am Rande eine Rolle.

Eine Schwierigkeit, den Frauen auf der Straße während der revolutionären Ereignisse näherzukommen, ergibt sich aus dem Fehlen einer geschlechtsspezifischen Sprache, in der Regel wird in den zeitgenössischen Berichten das generische Maskulinum, also die männliche Bezeichnung wie Arbeiter, Revolutionäre oder Vertrauensmann verwendet. Nur selten liegen zum Beispiel auch in Polizeiberichten nach Geschlecht differenzierte Angaben vor. Wie bewerteten die Frauen selbst die Bedeutung ihrer eigenen Geschlechtszugehörigkeit? Wo fanden Bezüge und Abgrenzungen zu den Männern statt? In den Erinnerungsberichten finden sich zahlreiche Hinweise darauf, dass Frauen ihre Rolle in einem männlich dominierten Umfeld nicht nur

wahrnahmen und bewusst reflektierten, sondern geschlechtsspezifische Rollenerwartungen auch in ihrem Sinne benutzten oder bewusst überschritten.

Cläre Casper schildert eine Situation im Betrieb, in der ihr von den Kolleg_innen die Kompetenz zugesprochen wurde, als Rednerin vor den Betrieb zu treten:

«Als im November 1917 bei uns bekannt wurde, daß die russischen Arbeiter endgültig ihre Unterdrücker verjagt hatten, wurde es in den Berliner Betrieben unruhig. Auch die Arbeiter des Betriebes Dr. Paul Meyer verlangten spontan eine Betriebsversammlung. Als kein Referent kam, meinten die Kollegen, ‚Cläre, mach’ Du’s!‘ Ich war zwar nicht darin geübt, Referate zu halten, aber ich faßte Mut und schilderte die Lage der Arbeiterschaft.»²⁸

Es ist anzunehmen, dass Cläre Casper diese Episode auch deshalb als prägend erinnert, weil sie in dieser Situation erlebt hat, einem männlichen Referenten mindestens ebenbürtig zu sein – mehr noch, allen anwesenden Männern ebenbürtig, wenn nicht gar, durch ihre Position als Rednerin, überlegen zu sein. Dieses Erleben wird durch den kollegialen Ton, mit dem sie die Umstehenden zu ihrer Rede auffordern, unterstützt. Cläre Casper schildert diese Erfahrung der Anerkennung in einer männerdominierten Sphäre nicht als selbstverständlich, sondern eher als einmaliges Erlebnis.

Zugleich kann Geschlecht für die Revolutionärinnen ein Element der Selbstidentifikation sein, das von den Akteurinnen verhandelt und verändert wird. Das klare Bewusstsein, sich in von Männern dominierten Bereichen und politischen Netzwerken zu bewegen, bot den Frauen auch die Möglichkeit, ihre Geschlechtszugehörigkeit bewusst einzusetzen. Damit konnten sie sich in den Netzwerken Anerkennung verschaffen.

Cläre Casper berichtet von ihrer Tätigkeit im Waffenschmuggel, ihre Wohnung diente als

Waffenversteck. Nach einer angekündigten Hausdurchsuchung gelang es, Gewehre und Munition wegzuschaffen. Im Verhör konnte sie versichern, «daß ich aus Angst vor solchem Zeug noch nie in einer Munitionsfabrik gearbeitet hätte und fragte ganz unschuldig, wie ich als junges Mädchen an solch gefährliches Zeug überhaupt herankommen sollte».²⁹ Cläre Casper schildert hier, wie sie gesellschaftliche Stereotype gezielt als Argument im Verhör zu ihren Gunsten einzusetzen wusste.

Fazit

Nach wie vor wird das Thema Revolution im deutschen Diskurs in erster Linie mit Chaos und Gewalt assoziiert. Darum ist es wichtig, neue Perspektiven, sowohl wissenschaftliche als auch politische, auf die Revolution als Geburtsstunde der Weimarer Republik zu werfen und die komplexe Dynamik der Ereignisse zu entfalten. Wenn wir die Revolution 1918/19 sowie den durch sie eingeleiteten Systemwechsel wirklich begreifen wollen, ist es unabdingbar, die Sicht der revolutionsbewegten Menschen mit in den Fokus zu nehmen. Ohne die geschichtlichen Eckdaten zu vernachlässigen, kann hier die Erfahrungsgeschichte einen neuen Ansatz liefern. Auf Basis der Erinnerungsberichte kann in die subjektiven Beweggründe und Erlebnisse der revolutionsbewegten Menschen ein Einblick gegeben werden, der auch dazu beitragen kann, die Rolle der Frauen vor und während der Revolution neu zu erforschen.

1 Hier werden – soweit es möglich ist – Personen und Personengruppen in geschlechtergerechter Sprache bezeichnet, um die wichtige Rolle von Frauen sichtbar zu machen. Diese soll aber im Gegenzug nicht überdecken, dass Frauen in zahlreichen Bereichen marginalisiert waren und Männer im politischen Bereich klar die Mehrheit bildeten. Werden Bezeichnungen wie Arbeiterinnen oder Revolutionärinnen hier verwendet, geht es ausdrücklich nur um eine Gruppe von weiblichen Personen. **2** Grebing, Helga: Frauen in der deutschen Revolution 1918/19. Kleine Schriften der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 17, Heidelberg 1994. **3** Karl, Michaela: Die Münchener Räterepublik. Porträts einer Revolution, Düsseldorf 2008,

S. 94. **4** Grebing: Frauen in der deutschen Revolution, S. 6. **5** Weipert, Axel: Die zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015, S. 340–342. **6** Canning, Cathleen: Gender and the Imaginary of the Revolution in Germany, in: Weinbauer, Klaus u. a. (Hrsg.): Germany 1916–23. A Revolution in Context, Bielefeld 2015, S. 103–126, hier S. 110. **7** Vgl. exemplarisch: Stalman, Volker: Die Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6/2016, S. 521–541, und Canning: Gender and the Imaginary of the Revolution. **8** Grebing: Frauen in der Revolution, S. 30. **9** Steuer, Janosch/Graf, Rüdiger: Selbstkonstitution und Welterzeugung in Tagebüchern des 20. Jahrhunderts, in: dies. (Hrsg.): Selbstreflexionen und Weltdeutungen. Tagebücher in der Geschichte und der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2015, S. 9. **10** Der Begriff «Novemberrevolution» erscheint hier in Anführungszeichen, da in den entsprechenden Textstellen meist auf seine zeitgenössische Verwendung in der DDR Geschichtsschreibung hingewiesen wird. In jüngeren Publikationen werden die Vorgänge im November 1918 in einen größeren zeitlichen und geografischen Kontext eingebettet. Konsequenterweise wird deshalb der Ausdruck «Novemberrevolution» vermieden. Da auch die hier verfolgte Argumentation von revolutionären Ereignissen ausgeht, die 1918 und 1919 stattgefunden haben, schließe ich mit dieser Schreibweise an. **11** Kommission zur Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Groß-Berlin (Hrsg.): Berlin 1917–1918. Parteiveteranen berichten über die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S. 7. **12** Ebd., S. 96. **13** Canning, Cathleen: Das Geschlecht der Revolution – Stimmrecht und Staatsbürgertum 1918/19, in: Gallus, Alexander (Hrsg.): Die vergangene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 84–116, hier S. 106. **14** Weipert: Die zweite Revolution, S. 38. **15** Bundesarchiv, SAPMO, Bestand DY 30/9904, Anna Erfurt, S. 141–145, hier S. 142. **16** Stuckmann, Dagmar: Becker, Gesine, geb. Bolte, in: Vorstand des Bremer Frauenmuseums e. V. (Hrsg.): Frauen Geschichte(n), Bremen 2016. **17** Becker, Gesine, in: Meyer-Braun, Renate: Frauen ins Parlament! Porträts weiblicher Abgeordneter in der bremischen Bürgerschaft, Bremen 1991, S. 53–76, hier S. 62. **18** Hoffrogge, Ralf: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, S. 52f. **19** Casper-Derfert, Cläre: «Steh auf, Arthur, heute ist Revolution!», in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1958, S. 293–300, hier S. 294. **20** Materna, Ingo/Engel, Gerhard/Holtz, Bärbel (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution, 1918/1919. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress, Berlin 1993, S. XI. **21** Zitiert nach Kuhlbrodt, Peter: Die Rolle der proletarischen Frauen im Januarstreik 1918 in Deutschland, in: Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft «Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau» 2, 1980, S. 34–51, hier S. 40. Im Anhang findet sich eine Aufstellung, der im Januarstreik unter anderem in Berlin verhafteten bzw. verurteilten Arbeiterinnen. Es wurden 15 Arbeiterinnen verhaftet, von denen einige zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. **22** Casper-Derfert: «Steh auf, Arthur, heute ist Revolution!», S. 293. **23** Bundesarchiv, SAPMO, Bestand SgY 30/0148, Erinnerungsmappe Cläre Casper, S. 4. **24** Bundesarchiv, SAPMO, Bestand DY 30/9904, Anna Erfurt, S. 142. **25** Bundesarchiv, SAPMO, Bestand SgY 30/0755, Erinnerungsmappe Anna Rehme. **26** Globig, Martha: «Weiße haben hier nichts zu suchen», in: Vorwärts und nicht vergessen, S. 301–309, hier S. 306. **27** Ullrich, Volker: Die Revolution von 1918/19, München 2009, S. 43. **28** Bundesarchiv, SAPMO, SgY 30/0148, Erinnerungsmappe Cläre Casper, S. 19. **29** Derfert-Casper, Cläre: Unternehmen «Schwarze Katze», in: Richter, Werner (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918 und die deutschen Gewerkschaften. Halbbd. 2, 1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914–1921), Berlin 1960, S. 354–362, hier S. 360.

DIE AUTOR_INNEN

Riccardo Altieri ist 1987 geboren und hat in Würzburg Geschichte und Germanistik studiert. Nach einem zweijährigen wissenschaftlichen Volontariat in einem Dokumentationszentrum promoviert er nun an der Universität Potsdam zum Thema «Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Transnationale Linke des 20. Jahrhunderts». Die Arbeit wird durch ein Promotionsstipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

Stefan Bollinger, Dr. sc. phil., geboren 1954, ist Politikwissenschaftler und Historiker. Er lebt in Berlin und ist Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Mitglied der Leibniz-Sozietät und Stellvertretender Vorsitzender der Hellen Panke e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Veröffentlichungen zum Thema: «Weltbrand, ›Urkatastrophe‹ und linke Scheidewege. Fragen an den ›Großen Krieg‹» (2014) sowie «November '18. Als die Revolution nach Deutschland kam» (2018).

Christian Dietrich, Dr. phil., Jahrgang 1983, studierte Soziologie, Zeitgeschichte und Politikwissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg und wurde am Historischen Institut der Universität Potsdam promoviert. Er arbeitet zur deutsch-jüdischen Geschichte sowie zur Geschichte sozialer Bewegungen. Letzte Veröffentlichungen: «Verweigerte Anerkennung. Selbstbestimmungsdebatten im ›Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‹ vor dem Ersten Weltkrieg» (2014) sowie «Eugen Leviné. ›Ich fühle russisch und denke jüdisch‹» (2017).

Mario Hesselbarth ist Historiker in Jena, er hat Geschichte und Politikwissenschaft an der Fern-Universität Hagen studiert. Schwerpunktmäßig arbeitet er zur Geschichte der

deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere in Thüringen, und ist Mitherausgeber des Bandes «Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen». 2017 erschien von ihm in der Reihe Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Publikation «Zur Geschichte der USPD in Thüringen». Zudem arbeitet Mario Hesselbarth ehrenamtlich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen.

Bernd Hüttner, 1966 geboren, ist Politikwissenschaftler, Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik am Historischen Zentrum Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der Stiftung. 1999 gründete er das Archiv der sozialen Bewegungen in Bremen. Seine Arbeitsschwerpunkte und Interessensgebiete sind: Geschichte und Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen und der undogmatischen Linken, freie Archive der sozialen Bewegungen, Global Labour History, künstlerische Avantgarden und Netzwerke vor 1933. Zudem ist Bernd Hüttner Mitglied des Vorstands der German Labour History Association, der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und des Internationalen wissenschaftlichen Beirats der ITH – International Conference of Labour and Social History. Mehr zur Person unter: www.bernd-huettner.de.

Julia Killet arbeitet seit 2011 als Geschäftsführerin für den Kurt-Eisner-Verein – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern. Sie studierte Literaturwissenschaft und Politik. Derzeit schreibt sie an ihrer Dissertation über das Luxemburg-Bild in der Prosa.

Karsten Krampitz, Dr. phil., ist 1969 in Rüdersdorf bei Berlin geboren. Er ist Schriftsteller und Historiker. Als ehemaliger Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde er 2015 an

der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert, mit einer Arbeit über das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR infolge der Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz. 2017 erschien im Alibri-Verlag Aschaffenburg seine kritische Überblicksdarstellung «Jedermann sei untertan. Deutscher Protestantismus im 20. Jahrhundert. Irrwege und Umwege».

Gisela Notz lebt und arbeitet als freie Wissenschaftlerin in Berlin. Sie ist Autorin und Herausgeberin zahlreicher Bücher und des Wandkalenders «Wegbereiterinnen» sowie Redakteurin der Zeitschrift *Lunapark21*. Im Erscheinen: Gisela Notz (Hrsg.): *Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte*, Neu-Ulm, 2018. Kontakt: gisela-notz@t-online.de.

Anja Thuns, 1988 geboren, hat Geschichte und Politikwissenschaft in Göttingen, Berlin und Uppsala studiert. In ihrer Masterarbeit beschäftigt sie sich mit Frauen in der Revolution 1918/19 und legt dabei einen Fokus auf die Erinnerungspolitik in der DDR. Neben der Revolutionsgeschichte forscht sie vor allem zur Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Kontinuität in den beiden deutschen Staaten. Sie arbeitet im pädagogischen Be-

reich der Gedenkstätte Sachsenhausen sowie am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte.

Axel Weipert, Dr. phil., Jahrgang 1980, studierte Neuere Geschichte und Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin und promovierte anschließend an der Freien Universität Berlin. Seine Dissertation erschien unter dem Titel «Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920». Er publizierte außerdem «Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934» und ist Herausgeber mehrerer Sammelbände, unter anderem zu den Themen Demokratisierung und Erster Weltkrieg. Weipert engagiert sich als Redakteur von *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien* und im Vorstand des «Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.».

Stefan Bollinger, Mario Hesselbarth, Gisela Notz und Axel Weipert sind Mitglieder des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der seit seiner Gründung im Jahr 2006 von Bernd Hüttner koordiniert wird. Weitere Informationen unter: www.rosalux.de/stiftung/gespraechskreise/geschichte

Impressum

MATERIALIEN Nr. 25, 1. Auflage

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: September 2018

Titelbild: Public domain/U.S. National Archives and Records Administration
(Revolutionstruppen in Straßburg um 1918)

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

«Ich verteidige mich nicht, weil ich eine mildere Strafe von Ihnen erwarte, denn wenn ich das wollte, dann müsste ich eigentlich jetzt schweigen; meine Verteidiger, die Ihnen politisch und menschlich näher stehen als ich, würden die Verteidigung viel wirksamer ausüben können. [...] Solange das Wort Sozialismus nur auf den Briefbogen der verschiedenen Regierungen steht, gibt es keinen inneren Frieden.»

EUGEN LEVINÉ